Die organisierte Seenot-Rettung

Von der EU geleitete Rettungsmissionen im Mittelmeer bringen das Menschen-Schmuggler-Geschäft zum Florieren.

Seite 28

Angela Merkels Rechtsbruch

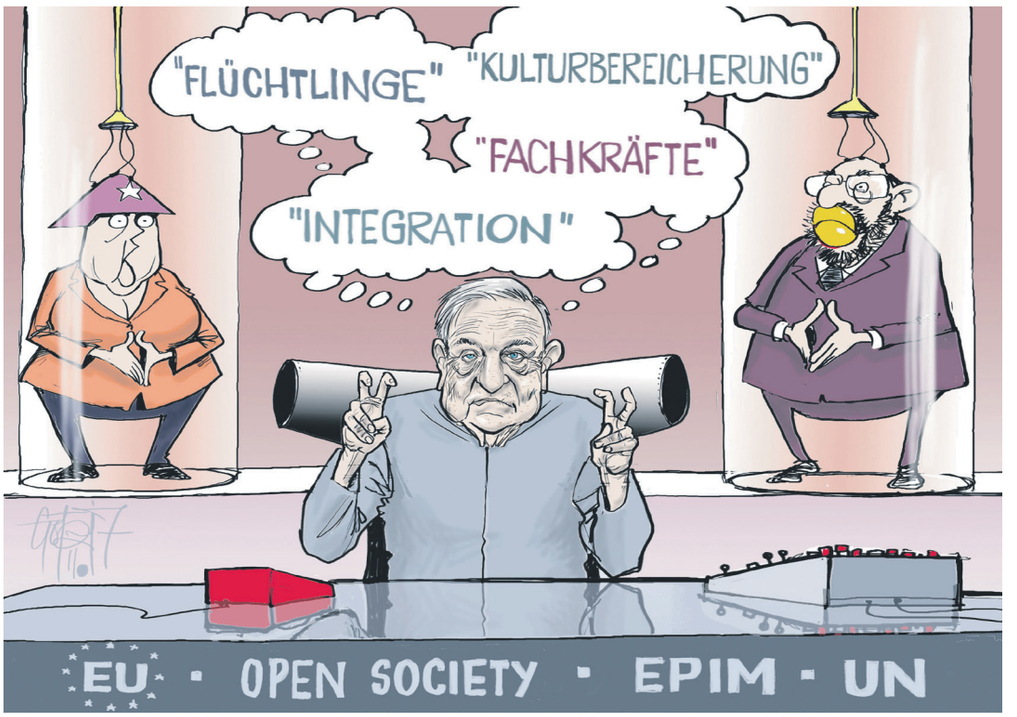
Angela Merkel hat das deutsche Recht mit Füssen getreten, als sie die die Grenzen für hunderttausende Migranten öffnete.

Seite 14

ExpressZeitung.com

Ausgabe 5, März 2017

Jetzt abonnieren - Seite 2



Bevölkerungsaustausch durch Migration*

Wie in der letzten Ausgabe der ExpressZeitung ausführlich behandelt, wird unsere vermeintlich eigene Meinung in einem perfiden Zusammenspiel von Medien, Politik, beeinflusster Wissenschaft und als unabhängig getarnten Organisationen in höchstem Masse manipuliert, auf Linie gebracht und zu einem einheitlichen Weltbild geformt. So gilt es auch, das medial vorgegebene Narrativ einer als plötzlich und unvorhergesehen dargestellten humanitären Tragödie zu hinterfragen. Nachweisbare Absichten, Planungen und Massnahmen zeigen ein vollkommen anderes Bild als jenes, das uns von Politik und Medien gezeichnet wird. Wer die sogenannte «Flüchtlingskrise» genauer untersucht, stellt unmittelbar fest, dass sie von langer Hand geplant war und nach einem Drehbuch internationaler Strategen abläuft.

*(*siehe UN-Dokument, S.8)*

George Soros' Netzwerk für grenzenlose Migration

Die Initiative «EPIM» des Milliardärs George Soros will unbegrenzte Einwanderung in ganz Europa durchsetzen

Seite 18

Premier Blair plante vor 15 Jahren Migrantenwelle für Grossbritannien

Eine Biografie enthüllt, wie Tony Blair seine Minister anwies, Zehntausende Asylbewerbern nach England durchzuwinken.

Seite 10

Bomben auf Dresden

Die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg war eindeutig darauf ausgelegt, möglichst viele Zivilisten zu töten.

Seite 43

»Ich bin dazu entschlossen, die Homogenität der Völker zu zerstören.«

Peter Sutherland, UN-Sonderberichterstatter für Migranten

Graf von Coudenhove-Kalergi sprach bereits 1925 in seinem Buch «Praktischer Idealismus» hellseherisch von einer «eurasisch-negroiden Zukunftsrasse», welche Europa in Zukunft beheimaten würde. Nun war dieser Coudenhove-Kalergi nicht irgendein verschrobener Rassentheoretiker in Zeiten des aufkommenden Nationalsozialismus, sondern gilt als Gründervater der Idee «Europäische Union», in dessen Namen alle zwei Jahre ein Preis für besonders verdienstvolle Europapolitiker verliehen wird, unter anderem auch an Helmut Kohl, Angela Merkel und Jean-Claude Junker. Für sich alleine betrachtet, ist dies nicht mehr als eine interessante Beobachtung. Doch stellt man seine Zukunftsthesen den heutigen Geschehnissen sowie Aussagen führender Politiker und Einflusspersönlichkeiten höchster Institutionen gegenüber, ergibt sich ein Bild, welches einen grösseren, langfristigen Plan dahinter vermuten und auch belegen lässt.

Aussagen wie etwa «Das Ziel ist die Rassenvermischung!» von Nicolas Sarkozy, «Ich bin dazu entschlossen, die Homogenität der Völker zu zerstören» des UN-Sonderberichterstatters für Migranten, Peter Sutherland, oder die Forderung nach verstärkter Anstrengung, «monokulturelle Staaten auszuradieren» von EU-Kommissar Frans Timmermans widerspiegeln nur ansatzweise die Stossrichtung heutiger Politik auf Bundes- und internationaler Ebene und lassen sich in überwältigender Anzahl beliebig fortsetzen. Spätestens wenn man diese Aussagen in ein grösseres Bild mit Beschlüssen und Planungen der EU und UNO zusammenfügt, beginnt man sich zu fragen, wie es sein kann, dass die Bevölkerung darüber nicht aktiv informiert und im Unklaren gelassen wird: Bereits im Jahr 2001 hatte die UNO einen umfangreiches Dokument mit dem Namen «Replacement Migration» herausgegeben, welches einen Bevölkerungsaustausch (!) in den westlichen Industrienationen empfiehlt und in unheimlicher Genauigkeit die heutigen Geschehnisse «voraussieht». Auch die EU schien über ein hohes Mass an Intuition und Vorausschau zu verfügen, als sie bereits im Jahr 2009, also zu einer Zeit, als noch niemand von Flüchtlingskrise und Massenmigration sprach, «Das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU» für Flüchtlinge vorschlug.

Was geschieht hier eigentlich? Wieso herrscht darüber mediales Stillschweigen? Und wieso werden diejenigen, die darauf hinweisen, mit Kampfbegriffen wie «Verschwörungstheoretiker» oder als «rechtes Pack» diffamiert und solche Informationen als «Fake News» abgetan und gar Gesetze dafür geschaffen, die es ermöglichen, solche Informationen künftig wegen «Hassrede» zu zensieren?

Über Jahrzehnte hinweg wurden Vorbereitungen getroffen, Umstände und Strukturen geschaffen, unzählige Stiftungen und Projekte mit Abermillionen-Budgets gegründet, Kriege angezettelt und souveräne Staaten mit funktionierenden Strukturen zerstört, grösste Not, Hunger und Verzweiflung verursacht, Hilfsgelder und Nahrungsrationen vor Ort gekürzt, Abholdienste organisiert, Einladungen mit Aussicht auf Arbeit, Geld und Wohlstand ausgesprochen und einfach ALLES dafür Notwendige in die Wege geleitet für das, was unserer Gesellschaft heute wider besseren Wissens als unerwartete «Flüchtlingskrise» verkauft wird.

Und nicht nur das: Medien und Politik berichten unentwegt, Schuld an dieser ganzen Misere seien wir, unsere Gesellschaft und jeder Einzelne von uns! Und so sei es auch unsere humanistische Pflicht, die Konsequenzen dafür zu tragen, die Grenzen zu öffnen und selber genau das zu fordern, was Coudenhove-Kalergi 1925 bereits vorausgesehen hat und wofür seither auf allen Ebenen und in allen europäischen Ländern die entsprechenden Umstände geschaffen wurden.

Fortsetzung auf Seite 4

Jetzt abonnieren!

Jahresabo mit 12 Ausgaben
für CHF 69.- in der Schweiz
und EUR 59.- in DE/AT

Nr. 1

Nr. 2

Nr. 3

Nr. 4

Online-Bestellung unter: www.ExpressZeitung.com

Mail-Bestellung an: abo@expresszeitung.com

Telefonische Bestellungen unter: +41 61 511 45 08

Postkarte mit Anschrift an: InfoXpress GmbH, Hohestrasse 130, CH-4104 Oberwil

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestrasse 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Website	www.ExpressZeitung.com
Erscheinung	Die ExpressZeitung erscheint 12 x jährlich im Abonnement in Deutschland, Österreich und der Schweiz.
Abo-Preis	Schweiz: SFr 69.- / Deutschland und Österreich: EUR 59.-
Bestellung	Tel +41 61 511 45 08 oder abo@expresszeitung.com
Herausgeber	André Barmettler und Ruben Buchwalder
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* redaktion@expresszeitung.com
Gastautoren	Jeder Autor haftet für seine Aussagen selber. Deren Meinung widerspiegelt nicht zwingend die Meinung der Redaktion.
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Fotos	Sofern nicht anders vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	Anfang April 2017

Thema der Ausgabe:

Bevölkerungsaustausch durch Migration

Bei der Flüchtlingskrise handelt es sich nicht um eine zufällige Entwicklung. Das Szenario wurde von langer Hand geplant und von Eliten wie George Soros eingefädelt. Wir alle sind die (Bauern-)Opfer in diesem grossen Schachspiel der Globalstrategen.

4

Geopolitik

Die Drahtzieher der Migrationskrise in ihren eigenen Worten

Die politische Klasse wünscht sich die Vermischung der Völker, wie es zahlreiche Zitate belegen. Die dahinterliegenden Motive werden von der Mehrheit der Bevölkerung nur selten hinterfragt. 5

Medien schweigen Briten-Skandal tot: Premier Blair plante schon vor 15 Jahren Migrantenwelle für Grossbritannien

Eine neue Biografie des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende Asylbewerber nach Grossbritannien durchzuwinken. 10

Politik

Angela Merkels Rechtsbruch

Angela Merkel hat sich Sommer 2015 in schamloser Weise über das deutsche Recht hinweggesetzt, als sie die die Grenzen für hunderttausende Migranten öffnete. Bisher kam sie allerdings ungeschoren damit davon. 14

Geopolitik

George Soros' Netzwerk für grenzenlose Migration in Europa

Die von 12 Stiftungen finanzierte Initiative «European Programme for Integration and Migration» (EPIM) des Milliardärs George Soros will unbegrenzte und ungehinderte millionenfache Einwanderung in ganz Europa durchsetzen. 18

Die organisierte Seenot-Rettung als Bestandteil der Schleuserwege

Von der EU geleitete Operationen im Mittelmeer geben als offizielles Ziel die Bekämpfung von Schleusern vor. In Wahrheit bringen sie das Schmuggler-Geschäft erst zum Florieren, denn die Grenzschutz-Operationen verpflichten sich zur Seenotrettung schiffbrüchiger Personen. Das führt dazu, dass die Schlepper die Flüchtlingsboote gezielt kentern lassen. 27

Politik

Fakten und Fiktionen zur Flüchtlingsflut

Verlautbarungen der Bundesregierung und Medien-Berichte sprechen in den höchsten Tönen von der Qualifikation und Arbeitswilligkeit der Flüchtlinge. Viele Statistiken, Beobachtungen und Aussagen, die in den Medien selten Beachtung finden, sprechen hingegen eine ernüchterndere Sprache. 32

SOS Switzerland – Die schleichende Islamisierung Europas

Die Warnungen vor einer Islamisierung Europas wurden von Politik und Medien jahrzehntelang ignoriert, doch längst hat sich der Islam in unseren Alltag eingeschlichen. 38

Geschichte

13.02.1945: Bomben auf Dresden

Am 13. Februar jährte sich der Luftangriff der Alliierten auf Dresden zum 72. Mal. Das Bombardement war derart grausam, dass einige Historiker dieses Ereignis heute als den «Höhepunkt des Wahnsinns Churchills» bezeichnen. Circa neunzig Prozent der Stadt Dresden wurde zerstört. Die heute als offiziell geltenden Opferzahlen sind wenig realistisch. 43

Gesellschaft

Frankreich und Schweden brennen – doch der Mainstream stellt sich blind

Die verhängnisvollen Folgen einer unkontrollierten Einwanderungspolitik zeigen sich in anderen europäischen Ländern bereits deutlicher als in Deutschland. In Frankreich und Schweden kommt es seit Mitte Februar zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in mehreren Städten. 48

Die geplante Flüchtlingskrise

Bevölkerungsaustausch durch Migration

Fortsetzung von Seite 2

Je mehr man sich dieser Thematik annimmt, umso grösser und unglaublicher werden deren Umfänge und Anzahl an geschaffenen Strukturen und Vorkehrungen. «Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend grosse Ausmasse angenommen hat» könnte man Bertold Brecht hier passend zitieren.

Es stellt sich die Frage, was diese Entwicklungen schlussendlich für unsere Gesellschaft bedeuten. Bereits als «Hetzer» bezeichnete Zeitgenossen stellen sicherlich berechtigt die Frage, warum eigentlich fast ausschliesslich junge, oft kampferprobte Männer im wehrfähigen Alter bei uns Einlass, Obhut, Nahrung und Geld (teils gewaltsam) fordern, während diejenigen, welche in Notsituationen in der Regel am meisten Schutz benötigten, nämlich Frauen und Kinder, allem Anschein nach alleine zurückgelassen werden. Gleichzeitig kämpfen Nato-Soldaten, also ebenfalls wehrfähige Männer im selben Alter, aus unseren westlichen Ländern in deren Heimatländern.

Andere machen auf die Gefährdung der inneren Sicherheit aufmerksam oder sind besorgt über eine zunehmende Islamisierung des Abendlandes und finden dafür in rechten Parteien lauthalse Unterstützung. Auch wenn medial angefeindet und als rechte Hetze diffamiert, «dürfen» solche Fragen öffentlich in Talk-Shows und in der Presse diskutiert werden. Sie dienen als Ventil und lenken die Aufmerksamkeit weg von viel existentielleren Fragen: Welche Auswirkungen haben diese Forderungen nach «Bevölkerungsaustausch», «Rassenvermischung» und «Zerstörung der Homogenität» auf unsere abendländische Gesellschaft? In Frankfurt haben rund 70% (!) der unter 6-Jährigen Kinder einen Migrationshintergrund, gefolgt von vielen weiteren deutschen Grossstädten mit (teils weit) über 60%! Was bedeutet das für unsere Gesellschaft, wenn diese in 20 Jahren selber wieder Kinder haben - allerdings nicht durchschnittlich 1,3 Kinder wie die heutige deutsche Durchschnittsfamilie, sondern ein Vielfaches dessen? Der bekannte EU Politiker Daniel Cohn-Bendit soll dazu passend gesagt haben: «Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.» Aktuell fordert die SPD ein Wahlrecht für Migranten und die FAZ titelt am 16.02.17 in einem Artikel «Auflösung des Staatsvolks?». In Frankreich dauert es noch maximal zwei Generationen und der Anteil der muslimischen Bevölkerung ist in der absoluten Mehrheit! Besorgte Stimmen warnen wohl zu Recht, dass dann auch der Weg frei sei für die demokratische Einführung des antidemokratischen Scharia-Rechts, dessen Anwendung wir heute unter anderem auch in vom Islamischen Staat besetzten Gebieten oder in Saudi-Arabien beobachten können.

Mitgliedern anderer Ethnien und Bevölkerungsgruppen wird in unserer Gesellschaft eine eigene Kultur und Identität zugestanden und bis zur Selbstaufgabe darauf Rücksicht genommen, während unsere Kultur, Werte, Familie, Geschichte und Identität auf allen Ebenen und mit aller Kraft zersetzt, ins Gegenteil verkehrt und durch Multi-Kulti ersetzt werden (hierzu ein ausführliches Dossier zum Thema Kulturmarxismus in Ausgabe 3 /Januar 17). Warum wird Multi-Kulti, Offenheit, Toleranz und Migration nur in westlichen Ländern gefordert, während alle anderen ihre Identität, Traditionen und Kultur bewahren dürfen und sollen?

Liebe Leser, Sie sehen, dass wir es nicht nur dabei belassen möchten, Ihnen (vielleicht) bislang unbekannte, weil medial unterdrückte Informationen und Erkenntnisse zu liefern, sondern darauf basierend auch übergeordnete Zusammenhänge erkennbar zu machen und dadurch zu einem grösseren Bild und Verständnis zu verhelfen. Wissen erschliesst sich immer erst aus den Zusammenhängen. In einer Zeit immer grösser werdender Spezialisierung und Vertiefung in einzelnen Teilgebieten gehen genau diese Zusammenhänge verloren und wir wissen immer mehr von immer weniger, bis wir am Schluss alles von nichts wissen. Solange wir neue Erkenntnisse nur gesondert betrachten und nicht fähig sind, diese in ein grösseres Ganzes einzuordnen und übergeordnet zu verstehen, betreiben wir Symptombetrachtung und verfallen in einen frustrierenden Empörungsmodus/-aktivismus (à la Pegida) und treten an der Stelle.

Foto: Bernd Andres (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peterschlllatour.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst Kalkutta.»

Peter Scholl Latour(†), deutscher Journalist

Migration

Foto: Bwag (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wien_-_Westbahnhof,_Migranten_am_5_Sep_2015.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Die Drahtzieher der Migrationskrise in ihren eigenen Worten

Wir haben uns inzwischen daran gewöhnt, dass selbst vorsichtige Kritiker der momentan stattfindenden Massen-Migration von Politik und Leitmedien als «Rassisten» oder «Hetzer» bezeichnet werden. Wer sich jedoch so manches Statement internationaler Führungsfiguren ansieht, stellt fest, dass das Thema «Rasse» die hochrangigen Bürokraten deutlich mehr beschäftigt als den Normalbürger. Die höchsten Würdenträger der globalen Politik sprechen davon, die «Homogenität der Völker zerstören» zu wollen oder setzen sich in öffentlichen Reden das «Ziel» der «Rassenvermischung». Der vielleicht wichtigste Vordenker der Europäischen Union war von der Rasse-Idee geradezu besessen. Ist der flammende Eifer für das Thema «Rasse» und «Völker» nicht exakt das, was die politische Klasse den Kritikern der bedingungslosen Einwanderung immer wieder vorwirft? Sind die internationalen Bürokraten in Wahrheit nicht selbst «Rassisten», wenn sie zwanghaft auf eine Vermischung der Völker pochen?

Oft ist man voreilig dazu bestrebt, den Boten einer Nachricht als Schuldigen für die Nachricht selbst auszumachen. Uns liegt allerdings fern in Rasse-Kategorien zu denken. Bitte verfallen Sie nicht in den Reflex, uns als Rassisten zu bezeichnen, weil wir klar von der Rasse-Idee inspirierte Zitate der EU-Strategen anführen.

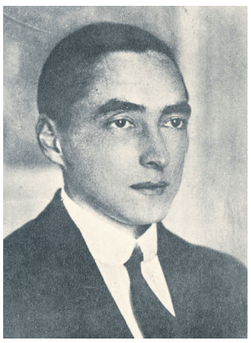
Es gibt kaum Grund, Immigration an sich abzulehnen, solange eine Gesellschaft selber über das Ausmass bestimmen kann und ihre Regeln geachtet werden. Doch so denken die politischen Eliten nicht: Es wirkt, als ob ihre utopische Idee der Völkervermischung ungeachtet der realen Widerstände durchgesetzt werden muss, komme was wolle. Das Motto scheint zu sein: Wenn sich die Völker nicht von selbst vermischen, dann muss eben nachgeholfen werden, egal was die Bevölkerung davon hält.

Die politische Klasse wünscht sich die Vermischung der Völker, wie es die folgenden Zitate und Informationen verdeutlichen. Die dahinterliegenden Motive werden von der Mehrheit der Bevölkerung nur selten hinterfragt, da die Politik ihre Forderung nach mehr Einwanderung mit Begriffen wie «Toleranz», «Offenheit» oder «Humanität» erklärt. Dass die erzwungene Immigration zu ökonomischen Engpässen und einer Verschärfung der Sicherheitslage führen wird, ist mittlerweile offenkundig. Warum sollte die politische Elite eine solch prekäre Situation herbeiführen, wenn sich die Frage «Cui Bono?» (Wem nutzt es?) nicht ihrem Sinne beantworten liesse? Die Zentralisierung ihrer Macht erreichen die internationalen Strippenzieher mit einer althergebrachten Methode: Dem Anzetteln von künstlichen Krisen.

Bei der jetzigen Flüchtlingskrise handelt es sich um erzwungene Einwanderung, die nach der politischen Agenda supranationaler Organisationen abläuft. Menschen werden durch Hungersnöte, den islamischen Terror und das westliche Militär aus ihrer Heimat vertrieben, doch kaum ein Brüsseler Bürokrat oder UN-Mitarbeiter konzentriert sich auf die Ursachen dieser Misere, da die Völkerwanderungen politisch erwünscht sind. Globalstrategen sehen Menschen als globale Verschiebemasse an, die sich, wenn einem gerade danach ist, jederzeit vermischen lässt. Sobald man die Bevölkerung durch die erzwungene Einwanderung in die Sozialsysteme der europäischen Wohlfahrtsstaaten in einen Ausnahmezustand getrieben hat, kann man die Krise als «Chance» nutzen: Als Chance für mehr Regulierung und Überwachung der europäischen Bürger, sowie als Chance für einen weiteren Schritt in Richtung eines zentralisierten EU-Einheitsstaates. Das alte Spiel von These und Antithese, das zur politisch erwünschten, doch dem Wohl des Volkes meist abträglichen, Synthese führt.

Diese menschenverachtende Sichtweise der politischen Spitzen auf die europäischen Bürger stellt momentan ein deutlich grösseres Problem dar als die Gefahr eines Aufkommens vermeintlich «rechter» oder «populistischer» Parteien. Sehen Sie auf den folgenden Seiten selbst, wer die wahren «Rassisten» sind.

Vordenker der EU sah Völkervermischung als vorherbestimmt



Er sah die Zukunft einer «eurasisch-negroiden Zukunftsrasse» als vorherbestimmt an. Der Urvater der Europäischen Union: Coudenhove-Kalergi.

Richard Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (†1972) war ein deutsch-japanischer politischer Schriftsteller. Mit seinen Veröffentlichungen regte er als einer der Ersten die Idee eines vereinten Europas an. Mit seiner Schrift «Pan-Europa» (1923) begründete er die «Paneuropäische Bewegung», deren Ziel ein europäischer Bundesstaat war. Ein Blick in Kalergis hochexplosives Pamphlet «Praktischer Idealismus» (1925) stimmt im Hinblick auf die Europa überschwemmende Flüchtlingswelle nachdenklich. Kalergi schreibt darin:

«Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen. Denn nach den Vererbungsgesetzen wächst mit der Verschiedenheit der Vorfahren die Verschiedenheit, mit der Einförmigkeit der Vorfahren die Einförmigkeit der Nachkommen.»

Kalergi sah für die Zukunft die grösstmögliche Vermischung der Völker voraus. In einer Zeit des wachsenden Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg, als «Praktischer Idealismus» erschien, war diese Entwicklung kaum abzusehen. Eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich», konnte und kann nur durch massive Migration afrikanischer und arabischer Menschen nach Europa entstehen. Eine Völkerwanderung des heutigen Ausmasses war anno 1925 nicht vorstellbar. Besass Kalergi eine hellseherische, für die damalige Zeit einzigartige Weitsicht oder verstehen die Politiker von heute Kalergis Ideen möglicherweise als Handlungsanweisung?

Angela Merkel bekommt Kalergi-Preis

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde 2010 mit dem «Europapreis» der «Coudenhove-Kalergi Stiftung» ausgezeichnet. Merkel betonte bei der Entgegennahme des Preises, die Auszeichnung sei ihr Ansporn, mit ihrer Arbeit für Europa engagiert fortzufahren. Ist Multi-Kulti bei der Kanzlerin deshalb so angesagt, weil sie Kalergis Konzept der grösstmöglichen Vermischung aller Völker und Kulturen vorantreiben will? Spätestens in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015 als Angela Merkel, gemeinsam mit ihrem österreichischen Kollegen Faymann, die deutschen und österreichischen Grenzen öffnete, um die in Ungarn gestoppten Flüchtlingsmassen nach Deutschland zu leiten, hatte sie ihren Namen als «Flüchtlingskanzlerin» weg. Inzwischen wird deutlich, dass Merkel ihre Multi-Kulti- und Integrationsagenda um jeden Preis, ungeachtet jeglicher Kosten und Sicherheitsrisiken für das deutsche Volk, durchsetzen will.

Foto: World Economic Forum (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de

Sieht das politische Establishment Kalergis Schriften als Vorbild für ihre Politik? Verfolgen sie eine Art Kalergi-Ideologie der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen? Wer einen genaueren Blick auf die Fakten und Zusammenhänge rund um die Flüchtlingskrise wirft, erkennt, dass das Szenario von langer Hand geplant und von Eliten wie George Soros eingefädelt wurde. Vielleicht erfüllen sich Kalergis Voraussagen nicht ganz zufällig.

US-Militärstratege: Wer sich gegen die globale Ordnung stellt, soll getötet werden

Natürlich spielt die US-Elite im globalen Migrations-Netzwerk eine wesentliche Rolle. Unter ihnen trat bisher besonders Thomas B. M. Barnett hervor. Er ist Absolvent der Harvard Universität und war von 1998 bis 2004 Militärstrategie-Forscher und Professor am U.S. Naval War College, der Seekriegsakademie der US-Marine, in Newport, Rhode Island. Unter dem Kriegsminister Donald Rumsfeld war der mittlerweile zu Ruhm gekommene Militärstratege als Mitarbeiter im Pentagon tätig. Seine Bücher «The Pentagon's New Map»(2004), «Blueprint for Action» (2005), «Great Powers: America and the World after Bush» (2009) wurden in den USA Bestseller. Alle drei konnten (durften?) bislang nicht ins Deutsche übersetzt werden. Thomas Mehner, der die ersten beiden gelesen hat, resümierte am 24.1.2008:

«Er bezeichnet die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten, was dazu führt, dass Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftlichen Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von aussen gesteuert werden, ja sich, was die Nationen anbetrifft, letztlich auflösen. **Um den Frieden in der Welt zu erhalten, so Barnett, sei es notwendig, das reibungslose Funktionieren von vier sogenannten «Strömen» sicherzustellen, die da sind: 1) Einwanderer,** 2) Kredite, Investitionen, 3) Energie (hauptsächlich in Form von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl) und 4) Militärmacht und Sicherheitskräfte. […]

Er behauptet, dass, wer sich gegen Rassendurchmischung und multikulturelle Systeme wende, unmoralisch und nicht zeitgemäss handle. Und all jenen, die Widerstand gegen die Globalisierung leisten, will er den Garaus machen. In «Blueprint for Action» schreibt er auf Seite 282 wörtlich: «[…] So yes, I do account for nonrational actors in my worldwiew. **And when they threaten violence against global order, I say: Kill them.**» Ja, Sie haben richtig gelesen: Wer sich gegen die globale Ordnung zur Wehr setzt, soll nach Barnett getötet werden!

Quellen: *info.kopp-verlag.de, US-Globalstratege fordert: Tötet die Gegner der Globalisierung, wenn sie Widerstand leisten!, 24.01.2008*
fassadenkratzer.wordpress.com

UN-Sonderberichterstatter für Migranten: «Homogenität der Völker zerstören!»

Am 30. September 2015 veröffentlichte der «Council on Foreign Relations» (Rat für auswärtige Beziehungen) ein Interview mit Peter Sutherland. Der Ire ist Sonderberichterstatter des Generalsekretärs der UN für Einwanderung und Entwicklung. Sutherland ist Mitglied der Trilateralen Kommission, war in der Leitungskommission (steering comittee) der ominösen Bilderberger-Gruppe und Aufsichtsratsvorsitzender von Goldman Sachs. Wir sehen hier wieder einmal deutlich die Vernetzung von Finanzindustrie und Politik. Sutherland spricht über widerliche («foul») Tweets, die bei ihm hereinkommen:
«**Je widerlicher sie werden, desto erfreuter bin ich, denn jeder Idiot oder Nicht-Idiot, der die Tweets liest, die besagen, dass ich dazu entschlossen bin, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt recht, ich bin dazu entschlossen. Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich es tun, inklusive meines eigenen (Volkes).**»

Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peter-Sutherland-2011.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

In 20 Jahren 70 Millionen Migranten für Europa!

Das fordert EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Im Zuge der Vergreisung der Gesellschaft würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 70 Millionen Migranten gebraucht, um Europa zu retten. Dass man schwächelnde Geburtenraten auch mit einer familienfreundlichen Politik lösen kann, kam Avramopoulos nicht in den Sinn.

Quelle: *EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio Migranten in 20 Jahren, salzburg.com*

Nicolas Sarkozy: «Das Ziel ist die Rassenvermischung!»

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand wirtschaftlicher Gründe für Einwanderung, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris unverfroren:
«Was also ist das Ziel? **Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung! Es ist zwingend!** Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr grossen Problemen […], deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. **Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Massnahmen anwenden!**»

Foto: (Aleph, (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nicolas_Sarkozy_(2008).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en

Quelle: *youtube.com, Freimaurer Sarkozy: Bevölkerungskontrolle mittels Rassenvermischung, 26.11.2015*

EU-Kommission forderte schon 2009 «Neuansiedlungsprogramm» für Flüchtlinge

EUR-Lex Access to European Union law

Die EU geht schon lange offen mit ihren Plänen um, mehr Flüchtlinge (aus eigentlich sicheren Drittstaaten) dauerhaft nach Europa umzusiedeln. Schon 2009 empfahl ein Bericht der EU-Kommission mit dem Titel «Das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU» «die Neuansiedlungsaktivitäten der EU sollten ausgeweitet werden».

Quelle: *eur-lex.europa.eu, Das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU, 11.12.2009*

EU-Kommissar: «Monokulturelle Staaten ausradieren!»

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für «Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta», forderte in einer Rede während des sog. «Grundrechte-Kolloquiums der EU» im Oktober 2015 die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, «**monokulturelle Staaten auszuradieren**» und den Prozess der Umsetzung der «multikulturellen Diversität (Vielfalt)» bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen. Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, dass man multikulturelle Vielfalt zu akzeptieren habe, sonst stelle man den Frieden in Europa in Frage. Die Masseneinwanderung von muslimischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollten die Zuwanderer veranlasst werden, auch «die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, **dass nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben.**»

Foto: youtube.com

Quelle: *youtube.com, Vizepräsident der EU-Kommission: «Monokulturelle Staaten ausradieren!», 04.05.2016*

Vereinte Nationen: Bis zu 180 Millionen Einwanderer für Deutschland bis 2050!

Dass hinter dem Flüchtlings-Wahnsinn Methode steckt, lässt sich allmählich kaum noch abstreiten - anhand der konzertierten Planungen von nationaler Politik, supranationalen Organisationen wie EU und UNO, sowie zahlreichen internationalen Stiftungen, die Lobbyarbeit für mehr Zuwanderung betreiben. Die Vereinten Nationen machen kein Geheimnis aus ihren Ideen, wenn sie in öffentlich zugänglichen Dokumenten eine **«Replacement Migration» (Austausch durch Migration)** empfehlen, um die Bevölkerungszahl in Mitteleuropa stabil zu halten. Wegen ihrer schwächelnden Geburtenrate empfiehlt die UN Ländern wie Frankreich, Deutschland, Italien, Russland und den USA gezielt auf mehr Einwanderung zu setzen. Deutschland wird geraten, seine verheerende Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau durch massive Zuwanderung zu kompensieren.

Die UN-Dokumente aus dem Jahr 2001 kündigen an, dass Deutschland eine konstante Bevölkerung von 81,7 Millionen Menschen nur beibehalten könne, wenn es bis zum Jahr 2050 18 Millionen Einwanderer aufnehme. Das klingt noch harmlos im Vergleich zu den Empfehlungen, die die UN für ein funktionierendes deutsches Sozialsystem ausspricht. Aufgrund der immer älter werdenden Leute müsse die Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 deutlich anwachsen, um die Menschen im Alter von über 65 Jahren weiterhin versorgen zu können, so die UN-Statistiken. Um der älteren Generation eine dauerhafte Versorgung zu garantieren, empfiehlt die UN Deutschland eine Zuwanderung von bis zu sagenhaften 180 Millionen Menschen bis zum Jahr 2050. Die Gesamtbevölkerung läge damit im Jahr 2050 bei ca. 300 Millionen Menschen. Mit einem Verhältnis von 120 zu 180 wären die Deutschen bis dahin in ihrem eigenen Land in der Minderheit. Der nackte Wahnsinn!

Period	Constant ratio 15-64/65 years or older
1995-2000	1 398
2000-2025	2 273
2025-2050	4 988
2000-2050	3 630
1995-2050	3 427
1995-2000	6 990
2000-2025	56 816
2025-2050	124 692
2000-2050	181 508
1995-2050	188 497

Quelle: *http://www.un.org/esa/population/publications/ReplMigED/Germany.pdf*

Foto: Dezinfectant (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:William_Lacy_Swing.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

UN-Globalstratege: «Migration in grossem Ausmass ist wünschenswert!»

Der einflussreichste US-Think-Tank für die amerikanische Politik ist der «Council on Foreign Relations» (CFR). Am 30. September 2015 veranstaltete der CFR eine Tagung namens «Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum», zu der Teilnehmer aus der Think-Tank-Szene, den Medien, der Wissenschaft, den Nichtregierungsorganisationen und Politik herbeiströmten. William Swing, der Generaldirektor der «International Organization for Migration» sprach auf der Bühne mit dem UN-Sonderberichterstatter Peter Sutherland, der sich dabei auch eindeutig äusserte («Homogenität der Völker zerstören!» - siehe S. 7). Swing sagte: «Peter, sie gründeten die WTO. Und zwar wegen des freien Verkehrs von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Wodurch passiert das? Durch Menschen! Es gibt aber noch keine freie Bewegung von Menschen! Und das ist das Element, worüber Sie sprechen, was tatsächlich noch fehlt […] **Migration in grossem Ausmass ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert [...] Als Erstes müssen wir das öffentliche Narrativ über Migration ändern.** Jetzt ist es toxisch. Es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen. […] Die Menschen haben Ängste. […] wir müssen ihnen erzählen, dass sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben!»

UN-Generalsekretär fordert Massenmigration nach Europa

Der neue UN-Generalsekretär, der Sozialist und frühere Ministerpräsident Portugals Antonio Guterres, gab kürzlich in aller Deutlichkeit zu verstehen, dass die nach Europa drängende Migration nicht aufzuhalten sei. Die hiesigen Politiker sollten daher besser den mehrheitlichen Wählerwillen ignorieren (!) und sich auf die unabwendbar kommenden Entwicklungen einstellen. Auf einer kürzlich in Lissabon gehaltenen Rede liess er durchblicken, dass die europäischen Staaten nach seiner Auffassung kein Recht hätten, ihre Grenzen zu überwachen. Sie seien vielmehr in der Pflicht, die nach Europa drängenden Menschen aufzunehmen. Guterres betonte in diesem Zusammenhang, dass man jedes europäische Land dazu zwingen müsste, die mit der Massenmigration einhergehenden «Lasten zu teilen.»

Foto: Dutch Ministry of Foreign Affairs (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ant%C3%B3nio_Guterres_2013.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Wir müssen (Anm.: die Europäer) davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist, und dass es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen», liess der zur Zeit ranghöchste UN-Vertreter auf (nicht nur) seine Sicht der Dinge blicken. Antonio Guterres war von 1999 bis 2005 Präsident (!) der «Sozialistischen Internationale».

Quelle: *Vertrauliche Nachrichten*

Französische Freimaurer fordern offene Grenzen

Nicolas Sarkozy, der die Rassenvermischung forderte (siehe S. 7), hat eine unbestreitbare Nähe zu vielen Mitgliedern der Freimaurerloge des «Grand Orient», deren starker Einfluss auf die Politik Frankreichs in den letzten Jahrhunderten allgemein bekannt ist. So wurden 2012 in Sarkozys Wahlkampfentourage 13 Freimaurer gezählt, einschliesslich Wirtschaftsminister François Baroin, Arbeitsminister Xavier Bertrand, Verteidigungsminister Gérard Longuet, Innenminister Claude Guéant, Justizminister Michel Mercier, Sportminister David Douillet, Minister für die Beziehungen zum Parlament Patrick Ollier, Minister für die internationale Zusammenarbeit Henri de Raincourt und Bildungsminister Luc Chatel. Sarkozy selbst ist eng mit Alain Bauer verbunden, der Grossmeister des Grand Orients von Frankreich war.

Es ist bemerkenswert, dass 28 Freimaurerlogen Europas von der Türkei bis Portugal, von Italien bis Irland und Polen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 7.9.2015 offene Grenzen für unbeschränkte Zuwanderung fordern und damit eine Übereinstimmung mit den offiziellen Strategien der EU und der Regierungen der meisten Mitgliedstaaten offenbaren. Eine Deckungsgleichheit, wie sie offiziell in diesem Ausmass zwischen Freimaurerei und politischen Entscheidungsträgern selten so offen zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Überflutung der Europäer mit Migranten scheint für ihre Ziele eine ausserordentliche Bedeutung und Wichtigkeit zu haben.

Quellen: *glff.org & fassadenkratzer.wordpress.com*

COMMUNIQUE DE PRESSE

7 septembre 2015

Déclaration des Obédiences européennes

Les Obédiences maçonniques européennes alarmées par la tragédie vécue par les migrants qui fuient des pays en guerre et en proie à la misère en appellent aux gouvernements européens pour qu'ils mettent en œuvre les politiques communes indispensables à un accueil digne et humain de populations en détresse et en péril. L'incapacité des Etats à surmonter les égoïsmes nationaux est un nouveau signal d'une Europe malade où le chacun pour soi l'emporte sur l'intérêt général.

Les Obédiences maçonniques européennes rappellent que le respect des droits de l'homme et du principe de dignité humaine font partie des principes fondateurs de la construction européenne. C'est sur la base de tels principes que la solidarité entre les nations s'est mise en place. L'esprit de solidarité est encore plus nécessaire au vu des bouleversements qui affectent de nombreuses régions du monde.

Sans revenir sur l'histoire d'un continent qui s'est forgé au gré de nombreuses migrations, les drames présents doivent provoquer une prise de conscience et insuffler des politiques d'accueil innovantes. A défaut, le continent européen sera à terme le théâtre de divisions et de conflits qui précipiteront les peuples dans un nouveau malheur. Il n'en résultera qu'une nouvelle exacerbation des nationalismes.

La tragédie présente doit donc être le creuset d'une renaissance et d'un renouveau du rêve européen. Les Obédiences maçonniques signataires attendent désormais des actes dans lesquels les valeurs de solidarité et de fraternité fondatrices de l'Europe trouvent leur juste expression.

Obédiences signataires

Grand Orient de France
Grande Loge Féminine de France
Grande Loge de France
Fédération Française du Droit Humain
Grande Loge Mixte de France
Grande Loge Mixte Universelle
Ordre Initiatique Traditionnel de l'Art Royal
G.L.R.I S.R.U
Grande Loge Libérale d'Autriche (Autriche)
Grand Orient de Belgique (Belgique

../...

Grundgesetz

I. Die Grundrechte (Art. 1 - 19)

Art. 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(4) Das Bundesministerium des Innern kann im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Absatz 2 Satz 2 bis 5 und § 24 Absatz 3 bis 5 gelten entsprechend.

Die Ausnahmeregelung § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz führt Artikel 16a des Grundgesetzes ad absurdum. Das Bundesministerium des Innern kann jederzeit eine Aufnahmezusage für Resettlement-Flüchtlinge anordnen und das Asylverfahren somit umgehen.

Artikel 16a des Grundgesetzes. Wer aus sicheren Drittländern kommt, ist nicht asylberechtigt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekennt sich zu Umsiedlungs-Programm

Englisch – erkannt | Deutsch

resettlement | Umsiedlung

Die deutschen Ämter machen kein Geheimnis daraus, dass sie das gängige Asylverfahren mit raffinierten rechtlichen Tricks umgehen. Auf seiner Webseite schreibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) offen darüber, wie es durch eine von der UN veranlasste Massnahme namens «Resettlement» (deutsch: Umsiedlung), die grundgesetzwidrige «dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten» ermöglicht. Die gesetzliche Lücke, die sich das BAMF zunutze macht, ist § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz. Sogenannte «Resettlement-Flüchtlinge» können laut diesem Paragraphen eine «Aufnahmezusage» erteilt bekommen, wenn das Bundesministerium des Innern dies befiehlt. Ein anschauliches Beispiel für die mangelnde Zweckdienlichkeit deutschen Rechts. Das Innenministerium kann den Artikel 16a im Grundgesetz jederzeit aufgrund einer Ausnahmeregelung mit anderen Gesetzestexten ausser Kraft setzen. So müssen die Flüchtlinge, wie das BAMF schreibt, «kein Asylverfahren durchlaufen». Das Umsiedlungs-Projekt befindet sich noch in der «Pilotphase». Die rechtlichen Grundlagen, um unbegrenzt Flüchtlinge unter Umgehung des Asylverfahrens nach Deutschland umzusiedeln, sind damit aber schon geschaffen worden.

Quelle: *bamf.de, Resettlement und humanitäre Aufnahme*

Resettlement

Resettlement soll die **dauerhafte** Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ermöglichen. Die Betroffenen haben in dem Land ihrer ersten Zuflucht keine Perspektive auf Integration noch auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland. Der sogenannte Resettlementbedarf wird vom UNHCR festgestellt. Die Resettlementflüchtlinge erhalten einen Aufenthaltstitel nach **§23 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz** und müssen **kein Asylverfahren** durchlaufen.

In der Pilotphase von 2012 bis 2014 wurden pro Jahr 300 Schutzbedürftige aufgenommen. Diese wurden grundsätzlich vom UNHCR vorgeschlagen. Die Resettlementquote für das Jahr 2015 wurde in Einvernehmen zwischen Bund und Ländern auf 500 Personen angehoben. Die 500er-Quote wird in den Jahren 2016/2017 mit dem Resettlementprogramm der EU-KOM (Migrationsagenda) verrechnet. Die Gesamtquote für die zwei Jahre beträgt 1.600 Schutzsuchende. Aktuell wird diese Quote für den 1:1-Mechanismus des EU-Türkei Abkommens für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen genutzt. Zudem sollen ca. 200 Menschen aus dem Libanon aufgenommen werden.

- Ein neue Biografie des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, zehntausende Asylbewerber nach Grossbritannien durchzuwinken
- Grossbritannien wurde unter Blair zu einem beliebten Ziel für Asylbewerber. Die Aussicht auf leicht verdientes Geld durch Sozialleistungen verbreitete sich in der ganzen Welt
- Die Blair-Biografie schlug in Grossbritannien hohe Wellen, doch die deutschen Medien berichteten kaum über den Skandal

Foto: Müller/MSC (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MSC_2014_Blair_Mueller_MSC2014.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.en

Medien schweigen Briten-Skandal tot:

Premier Blair plante schon vor 15 Jahren Migrantenwelle für Grossbritannien

von Gerhard Wisnewski

Erinnert sich noch jemand an den britischen Premierminister Tony Blair? Auch bekannt als «Bushs Pudel», der im Irakkrieg eisern an der Seite von US-Präsident George W. Bush stand? Nun - möglicherweise war das nicht Blairs einziges fragwürdiges Verdienst. Einer neuen Biografie zufolge verfolgte Blair schon vor 15 Jahren einen geheimen Plan, Millionen Migranten nach Grossbritannien zu schleusen...

Wer war nicht schon alles «irre»: Gaddafi war «irre», Saddam Hussein war «irre» und Baschar al-Assad ist natürlich auch «irre». Ach ja: Kim Jong-un natürlich auch. Jedenfalls, wenn es nach unseren «Qualitätsmedien» geht. Aber die Frage ist: Wie steht es eigentlich um den Geisteszustand unserer westlichen Politiker? Zum Beispiel um den Angela Merkels? Oder Tony Blairs? Erinnert sich noch jemand an Tony Blair?

Von 1997 bis 2007 war der Mann Premierminister Grossbritanniens. Als solcher fiel er vor allem als «Bushs Pudel» auf, der hechelnd die Einsatzbefehle Washingtons für den Irakkrieg entgegennahm, woraus nicht zuletzt die Migrantenwelle entstand, mit der wir heute zu kämpfen haben.

Aber Blair produzierte nicht rein zufällig auf diese Weise Flüchtlinge, sondern hatte auch schon Pläne, wie er hinterrücks gleich zwei Millionen davon auf einmal nach Grossbritannien lotsen könnte. Seinen Spitznamen «Bliar» (von engl. liar = Lügner) trug er schliesslich nicht von ungefähr.

In unserem Nachbarland Grossbritannien schlugen die Wellen Anfang 2016 richtig hoch:

- «Hochstapler Blairs zynische Verschwörung zur Täuschung der Briten und zur regelwidrigen Einreise von zwei Millionen Migranten» (Daily Mail, online, 26.02.2016).

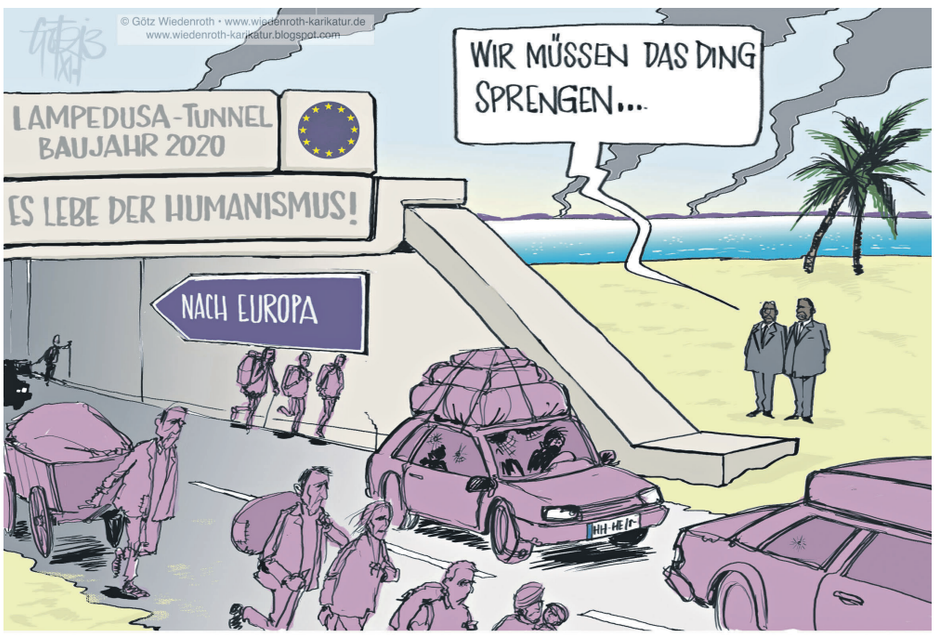
- «Tony Blair der Verschwörung zur Massenimmigration beschuldigt», titelte etwa der britische Telegraph am 27. Februar 2016 (online).
- «Schockierende Behauptungen: Tony Blair leitete eine Verschwörung zur Massenimmigration, um die Herrschaft der Labour-Partei zu sichern» (Daily Express am 27.02.2016, online).

Davon haben Sie noch nichts gehört? Seltsam, dann muss Marietta Slomka wohl vergessen haben, es Ihnen zu erzählen. Auf der Website der heute-Sendung des ZDF findet man dazu jedenfalls keinen Treffer. Dabei sind die oben genannten Medien doch die grössten Zeitungen im britischen Königreich! Werden diese von deutschen Korrespondenten nicht mehr gelesen, oder warum bekommt man hier nichts davon mit?

Auch eine Suche auf der Website der Tagesschau ergab null Treffer zum Thema (Stand: 07.03.2016). Die Deutschen sollen also wohl lieber nicht erfahren, wie ein enger Kollege von Angela Merkel eine Verschwörung anzettelte, um sein Land mit Migranten zu «fluten».

Na, gut: Dann erzählen wir es Ihnen eben.

Grund für die Aufregung ist eine neue Blair-Biografie des international bekannten Investigativ-Reporters Tom Bower. Titel: «Gebrochene Versprechen: Tony Blair – Die Tragödie der Macht» («Broken Vows: Tony Blair – The



"... eine weitere Welle Euro-Flüchtlinge aus Europa verträgt Afrika nicht!"

Tragedy of Power»). Mit Tragödie hat das, was Blair veranstaltete, allerdings ziemlich wenig zu tun. Laut der Daily Mail, die eine Serie von Vorabdrucken aus dem Werk veröffentlichte, legt das Buch offen, »wie der Premierminister eine stille Verschwörung anführte, um das Gesicht des Vereinigten Königreichs für immer zu verändern».

Das Buch «enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende von Asylbewerbern in das Vereinigte Königreich durchzuwinken», so die Daily Mail. Die Kontrolle der Grenzen habe die Blair-Regierung dagegen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Das Hauptziel sei gewesen, dem Land die «Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen zu führen».

Insider plaudern aus dem Nähkästchen

Auf der Grundlage von mehr als 200 Interviews mit hohen Staatsbeamten, Ex-Ministern und anderen Insidern zeige das Buch auf, «dass Blair nicht wollte, dass die Öffentlichkeit von seinen wahren Plänen zur Immigration erfährt.»

Die brisantesten Enthüllungen beträfen Blairs Immigrationsministerin Barbara Roche, die ganz im Stillen eine Politik zur Veränderung Grossbritanniens betrieben habe. Schon bei ihrer Amtseinführung habe sie zu einem hohen Beamten gesagt: «Asylbewerbern sollte es erlaubt werden, in Grossbritannien zu bleiben. Die Abschiebung dauert zu lange und ist emotional zu negativ belastet.»

«Es war klar, dass Roche mehr Immigranten in Grossbritannien haben wollte», zitierte die Daily Mail auch Stephen Boys Smith, den damaligen Leiter der Immigrationsabteilung im Innenministerium: Die Blair-Ministerin «sah es nicht als ihre Aufgabe an, den Zugang nach Grossbritannien zu kontrollieren, sondern vor dem Hintergrund einer umfassenderen Perspektive wollte sie uns den Nutzen einer multikulturellen Gesellschaft beibringen.»

Kein Sachwalter des öffentlichen Interesses

Die wichtigsten Leute der damaligen Blair-Administration seien heute der Meinung, «dass Blair niemals ein geeigneter Sachwalter des öffentlichen Interesses gewesen sei», schreibt Blair-Biograf Tom Bower. Jeder, der gegen eine ungezügelte Immigration gewesen sei, sei als Rassist gebrandmarkt worden. Einen Plan zur Integration habe es nicht gegeben: «Eine Integrationspolitik existierte nicht», bestätigte die einflussreiche Migrationsbefürworterin Sa-

➔

Blair war fest zum illegalen Irakkrieg entschlossen

«Vor dem Irak-Untersuchungsausschuss sagte Blairs damaliger aussenpolitischer Berater Sir David Manning aus, dass Blair schon elf Monate vor dem Beginn des Irakkrieges George W. Bush zugesichert habe, einen Regimewechsel im Irak notfalls durch den Einsatz militärischer Mittel herbeizuführen. Rechtsberater hätten ihn jedoch schon damals darauf hingewiesen, dass ein Militäreinsatz mit diesem Ziel ungesetzlich sei und gegen die UN-Charta verstosse. Danach räumte Tony Blair in einem Interview offen ein, dass er den Angriff auf den Irak auch ohne Beweise für den irakischen Besitz von Massenvernichtungswaffen für richtig halte. Während die Befragung von Alastair Campbell aufgrund des Briefwechsels zwischen Blair und Bush die Entschlossenheit Blairs zum Krieg nochmals bestätigte, hat eine holländische Untersuchung ergeben, dass die Niederlande sich allein aufgrund des von Grossbritannien und den USA gelieferten irreführenden Materials zur Beteiligung am Krieg entschlossen hatten und dass dieser Krieg gegen internationales Recht verstossen habe.»

Quelle: *wikipedia.org, Tony Blair*

Seite 11

JPMorganChase

Amerikanische Grossbank bezahlt Blair 2 Millionen £ im Jahr

Tony Blair traf 2003 die umstrittene Entscheidung, Grossbritannien zusammen mit den USA in den Irakkrieg zu führen. Wenige Monate nach seinem Rücktritt 2007 wurde bekannt, dass Tony Blair für 2 Millionen Pfund Sterling Jahresgehalt eine Stelle als Berater für die amerikanische Investmentbank JP Morgan Chase & Co angenommen hatte.

JP Morgan ist die grösste Bank der USA und schlug grossen Profit aus dem Irakkrieg, den Tony Blair vorangetrieben hatte. JP Morgan hält grosse Beteiligungen an der Rüstungs- und Ölindustrie, zudem profitiert die Bank durch einen US-Krieg auch an ihren Investitionen in amerikanische Staatsschulden. Dank Tony Blair nahm Grossbritannien mit 46.000 Soldaten, einem Drittel der gesamten Stärke der Armee, am Irakkrieg von 2003 teil. Die Gewinne, die Tony Blair JP Morgan sicherte, waren wohl um ein Vielfaches höher als Blairs Jahresgehalt von 2 Millionen. Ein Schelm wer annehmen würde, Tony Blair wäre durch den Beraterjob bei JP Morgan im Nachhinein für seine Pro-Kriegs-Entscheidung belohnt worden. Investitionen in Politiker erwiesen sich für Grossbanken schon häufig als äussert lohnenswert.

rah Spencer: «Wir haben einfach geglaubt, die Migranten würden sich [von selbst] integrieren.»

Betrügerische Asylbewerber seien mithilfe von Arbeitsgenehmigungen als Wirtschaftsmigranten legalisiert worden. Beamte wurden instruiert, die Liste der zugelassenen Asylbewerber zu erweitern, damit zum Beispiel auch Nigerianer und Afghanen Asyl beantragen konnten. Sogar abgewiesene Bewerber seien in den Genuss von Sozialleistungen gekommen, «und die Aussicht auf leicht verdientes Geld verbreitete sich in der ganzen Welt, mit der Folge eines steilen Anstiegs der Asylbewerberzahlen», schreibt Bower.

«Die Regeln für den Familiennachzug und die Immigration von Studenten wurden dramatisch gelockert», zitiert ihn die Daily Mail. Allein im Jahr 2002 habe Blair auch 150 000 Arbeitserlaubnisse genehmigt: «Die meisten Empfänger, einschliesslich ungelernter Kräfte, wurden später britische Staatsbürger.» Rein zufällig brach auch das Computersystem in der Immigrationsbehörde zusammen und es wurden dort 1000 Stellen gestrichen.

Die Folge war eine mangelnde Kontrolle, wer überhaupt nach Grossbritannien kam und aus welchem Grund. Ganz ähnliche Schwierigkeiten gibt es ja auch in Deutschland. Die zügige Bearbeitung der vielen hunderttausend Anträge ist demnach gar nicht beabsichtigt. Vielmehr sollen die Immigranten offenbar möglichst wenig kontrolliert werden. Während der britischen Öffentlichkeit gegenüber von mehr Abschiebungen gesprochen worden sei, fehlte dafür in Wirklichkeit das Personal. Gegenüber der Bevölkerung sollte die ungezügelte Einwanderungspolitik totgeschwiegen werden: «Minister wurden von der Downing Street gewarnt, das Thema Einwanderung zu erwähnen.»

Kommt Ihnen das irgendwie bekannt vor?

Es kann wohl kein Zufall sein, dass gleich zwei führende europäische Staatschefs, Tony Blair und Angela Merkel, einen ganz ähnlichen Laissez-faire-Kurs gegenüber Immigranten steuerten beziehungsweise steuern. Vollkommen wehrlos gegen die immer neuen Flüchtlingswellen zeigen sich aber auch Italien, Griechenland und Schweden. Es besteht wohl kein Zweifel, dass wir es hier mit einem Programm zur Zerstörung der europäischen Gesellschaften zu tun haben, mit einer Invasion ohne Panzer, einer Kapitulation ohne Gegenwehr und einem Trojanischen Pferd als Premierminister beziehungsweise Kanzlerin.

Ob Gaddafi, Saddam Hussein oder Baschar al-Assad «Krieg gegen das eigene Volk» führten, sei hier einmal dahingestellt: Tony Blair und Angela Merkel tun dies ganz sicher – ihre Hilfstruppen von den Linken, den Grünen und der SPD nicht zu vergessen. Und zwar mithilfe der Migrationswaffe. Und nicht vergessen: Die Öffnung der Stadttore bescherte schon Troja den Untergang.

Buchempfehlung

«Verheimlicht – Vertuscht – Vergessen» beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Gerhard Wisnewski enthüllt die Wahrheit hinter dem täglichen Nachrichten-Einheitsbrei: Was wurde verheimlicht, vertuscht und vergessen? Warum erscheinen manche Themen auf der Tagesordnung, während andere schnell aus den Schlagzeilen verschwinden? Wer steuert unsere Medien, und warum wird unsere Wirklichkeit so oft verfälscht? Wisnewski zeigt die wahren Zusammenhänge, die sich hinter der angeblich «objektiven» Berichterstattung verbergen.

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht - vertuscht - vergessen».

Was verbindet die Karlspreis-Träger?

Der Karlspreis wird seit 1950 in der Regel alljährlich in Aachen für Verdienste um Europa und die europäische Einigung verliehen. Tony Blair wurde 1999 für sein entschlossenes Handeln in der Kosovo-Krise ausgezeichnet. Auch Angela Merkel (2008), Martin Schulz (2015) und Papst Franziskus (2016) hatten das Glück, den Karlspreis zu erhalten.

Nach der Verleihung des Karlspreises 2016 warb Papst Franziskus für ein Europa der offenen Grenzen:

> «Die Pläne der Gründerväter (Anm.: der EU), jener Herolde des Friedens und Propheten der Zukunft, sind nicht überholt: Heute mehr denn je regen sie an, Brücken zu bauen und Mauern einzureissen.»

Einer der Gründerväter, der anscheinend «Mauern einreissen» wollte, war der wirre Rassentheoretiker Coudenhove-Kalergi, der eine «eurasisch-negroide Zukunftsrasse» (siehe S. 6) als unvermeidbar erachtete. Kalergi war 1950 der erste Karlpreis-Träger der Geschichte – nur zufällig?

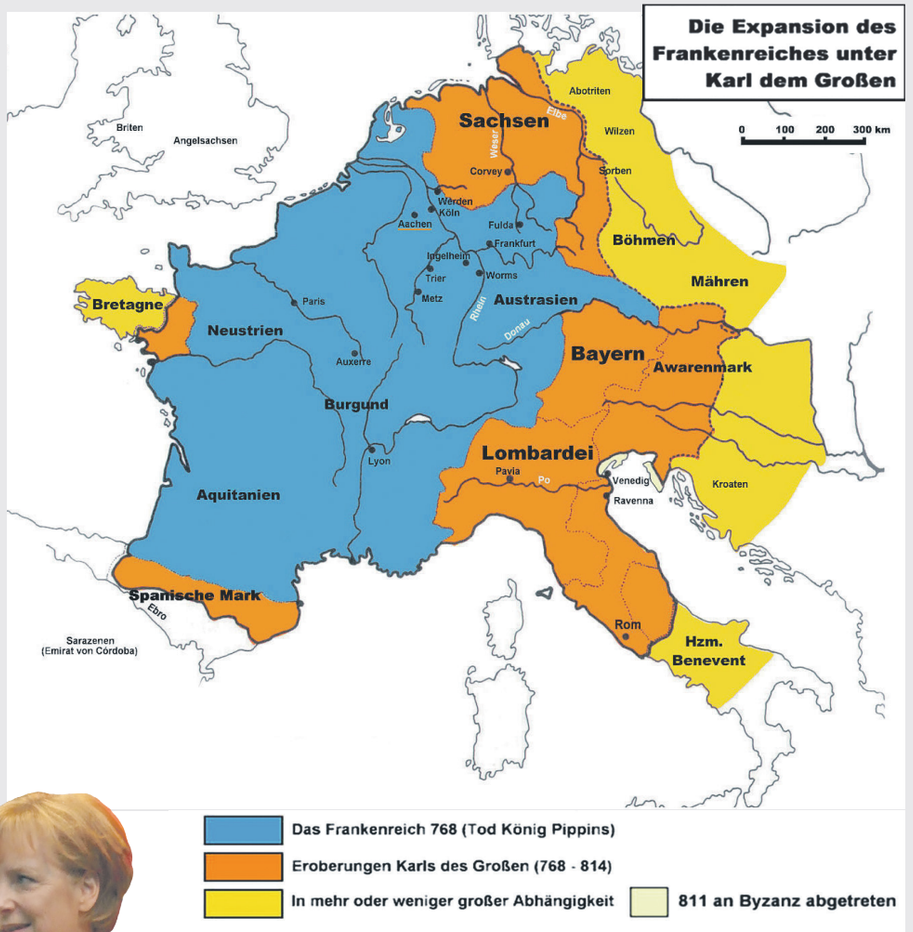
Es stellt sich die Frage, warum EU-Verdienstträger ausgerechnet einen Preis bekommen, der nach Karl dem Grossen, einem blutrünstigen Herrscher und Feldherren, benannt ist. Karl gelang es, seine Macht im Frankenreich zu sichern und es in einer Reihe von Feldzügen nach aussen erheblich zu erweitern. Besonders verlustreich und erbittert geführt waren die mit Unterbrechungen von 772 bis 804 andauernden Sachsenkriege. Deren Ziel war die Eroberung und erzwungene Christianisierung Sachsens. Dazu gehörte das grausame «Blutgericht von Verden»: Die Hinrichtung von 4500 Sachsen bei Verden an der Aller auf Befehl Karls des Grossen im Jahre 782. Karl gab den Befehl zur Schlachtung aller Edelleute, die sich dem katholischen Christentum entgegenstellten. Politischer Höhepunkt seines Lebens war die Kaiserkrönung durch Papst Leo III. zu Weihnachten des Jahres 800. Sie schuf die Grundlage für das westliche mittelalterliche Kaisertum.

Kalergi- und Karlpreisträgerin Angela Merkel. Weisen die Ehrungen auf Merkels politische Agenda der offenen Grenzen hin?

Foto: Euku (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel,_Karlspreisverleihung_2008_-_1.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Die EU verleiht demnach Preise im Namen eines Kriegsherren, der Europa mit Gewalt zentralisierte und unter seine Kontrolle brachte. Dazu half Karl der Grosse entscheidend dabei mit, die Meinungsmacht der katholischen Kirche über hunderte Jahre in ganz Europa abzusichern. Die Dogmatik der katholischen Kirche trug zur Herabsenkung des kulturellen und zivilisatorischen Niveaus Europas im Mittelalter bei.

Eine zweifelhafte Würde. Haben wir die Zeit der Feldherren, Kaiser und Könige nicht längst hinter uns gelassen? Oder ging es den Gründern der EU in Wahrheit um eine Art Wiedererrichtung von Karls «Heiligem Römischen Reich»? Schliesslich wird Karl der Grosse heute sogar als «Vater Europas» betrachtet.



Das Frankenreich stieg im 9. Jahrhundert zur neuen Grossmacht neben Byzanz und dem Abbasidenkalifat auf. Es umfasste den Kernteil der frühmittelalterlichen lateinischen Christenheit und war das bis dahin bedeutendste staatliche Gebilde im Westen seit dem Fall Westroms. Ist die EU eine Wiederbelebung der militärischen Eroberungen des Frankenkönigs Karl dem Grossen?

Foto: wolpertinger (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frankenreich_768-811.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

So ganz unpassend ist dieser Titel nicht, denn die Parallelen zwischen Karl dem Grossen und dem Grossmachtstreben der heutigen EU-Bürokraten sind nicht von der Hand zu weisen: Kriegstreiber wie Bill Clinton, Tony Blair und Henry Kissinger erhielten den Preis zwar schon, doch für die Erweiterung der Herrschaft ungewählter Kommissare sind militärische Eroberungen nicht mehr zeitgemäss. Der Ausbau des EU-Machtbereichs wird durch andere Methoden erreicht: Vorwände für die Vergrösserung der Europäischen Union sind vor allem künstlich geschaffene Krisen wie der Euro-Kollaps, die vermeintlich menschgemachte Klimaerwärmung oder eben die Massen-Einwanderung nach Europa, die u.a. durch den von Tony Blair in die Wege geleiteten Irakkrieg entstand. Die rückständigen Dogmen, die dem Grossmachtprojekt Stabilität geben sollen, sind heute nicht mehr religiöser Natur wie der mittelalterliche Katholizismus, sondern heissen Sozialismus, Kulturmarxismus oder (erzwungene) Völkervermischung. So funktioniert heutzutage die Gleichschaltung des Weltbildes und die Zentralisierung der Macht.

Die Karlspreis-Träger Blair, Merkel, Schulz, Juncker, van Rompuy usw. sind sich darin einig, ein Europa der offenen Grenzen auch gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Vereinigung des Europäischen Grossreichs findet inzwischen unter anderen Vorwänden statt, doch das Ergebnis bleibt dasselbe: Mehr Macht für die Herrschenden, weniger Macht für die Bevölkerung. Ist das nicht eine sehr unzeitgemässe Wiederbelebung der Vergangenheit? Steht das als tolerant, offen und multikulturell vermarktete Europa in Wahrheit für die Pläne der alteingesessenen Bürokraten-Aristokratie?

Quellen: *wikipedia.org, Karlspreis*
Wikipedia.org, Karl der Grosse

Migration

- Angela Merkel hat sich Sommer 2015 in schamloser Weise über das deutsche Recht hinweggesetzt, als sie die die Grenzen für hunderttausende Migranten öffnete. Bisher kam sie damit allerdings ungeschoren davon
- Unionsführung, Bundesministerien, Abgeordnete, Bundespolizei, Geheimdienste uvm. wissen von Merkels damaligem Rechtsbruch, doch schützen sie die Kanzlerin durch ihr Schweigekartell
- Die zentralen Auslöser der Krise werden von Merkel vertuscht: Die Kürzung der Gelder in den UN-Flüchtlingslagern und der von Merkels Verbündeten in Gang gesetzte syrische Bürgerkrieg

von Torsten Schulte

Angela Merkels Rechtsbruch

Eineinhalb Jahre nach Angela Merkels Grenzöffnung im September 2015 liegen klare Belege auf dem Tisch, dass unsere Bundeskanzlerin damals ausserhalb des geltenden deutschen Rechts handelte. Obwohl sich die Bundeskanzlerin über das Recht hinweggesetzt hat, sitzt sie bis heute fest im Amt. Mal wieder wird deutlich, dass für Politiker andere Regeln gelten als für den Normalbürger. Wer als Zivilist ungesetzlich handelt, hat mit einschneidenden Konsequenzen zu rechnen. Angela Merkel brach das deutsche Gesetz im grossen Stil und wurde dafür nicht einmal ihres Amtes enthoben. Im Gegenteil: Die Presse lobte sie – zumindest noch 2015- in der Mehrheit dafür. Kapitalvergehen verjähren nicht, deshalb ist es notwendig, Merkels Rechtsbrüche mit zeitlichem Abstand erneut aufzuarbeiten.

Hören wir uns mal an, was Angela Merkel vor einigen Jahren im Zuge der CDU-Parteispendenaffäre sagte, als Helmut Kohl die Namen der Parteispender der CDU nicht preisgeben wollte:

«Ein Wort geben ist ja eine wichtige Sache. Und ich will das auch gar nicht leicht hinstellen. Aber ein Wort für etwas geben, was gleichzeitig bedeutet, dass ein Gesetz nicht eingehalten wird, das ist etwas, was wir als eine Partei, die für Rechtstaatlichkeit immer eingetreten ist, nicht aushalten.» [1]

Sie haben Angela Merkel gehört. Die CDU ist also die Partei der Rechtstaatlichkeit. Hören wir mal, was ein Journalist aus dem Hause Springer, von der WELT, am 05.12.2016 bei «Hart aber fair» sagte:

«Und als wir die Szenen dann im Hauptbahnhof von Budapest sahen, da hat die Kanzlerin gehandelt, hat sozusagen Moral vor Recht gestellt. Ich halte es für problematisch!» [2]

Angela Merkel hat «Moral vor Recht gestellt»? Müssen wir uns nicht die Frage stellen: Darf ein Regierungschef festlegen, was moralisch und was amoralisch ist? Darf ein Regierungschef folglich sagen, dass seine Moralvorstellungen es wert sind, dass man Gesetze übertreten kann, dass man Gesetze brechen kann? Oder nähern wir uns damit nicht bereits einer Willkürherrschaft?

Machen wir weiter, in Bezug auf seriöse Quellen. Der Spiegel war es, der in einem Artikel am 01.08.2016 unter dem schon vielsagenden Titel «Sicherheitslücke im Kanzleramt» folgendes berichtete:

«Nacheinander wurden sie in Berlin vorstellig, um auf eine Kontrolle der Grenzen zu dringen: der Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maassen; der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann; und auch der Chef des BND, Gerhard Schindler.» [3]

Es wird in diesem Artikel sogar davon berichtet, dass der Chef der Bundespolizei sich schriftlich die Weisung zur Untätigkeit bestätigen liess, damit man ihn nicht später wegen Pflichtverletzung belangen konnte. Ist das nicht unglaublich? Das sind Fakten, nichts «Postfaktisches».

Man muss sich einmal vorstellen, was sich hier ereignet hat. Inzwischen wissen wir, dass sich die damaligen Sorgen durch viele Ereignisse als zunehmend berechtigt erweisen. Aber das ist nicht alles. Wir wollen auf einen weiteren Artikel aufmerksam machen, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) erschien. In dem Artikel wird davon gesprochen, dass eine Weisung des Bundesinnenministeriums zur Öffnung der Grenze bis heute nicht vorliegt. Aber ohne diese Anweisung des Bundesministeriums, so heisst es in dem Artikel, wäre das Hereinlassen der Menschen ohne jedwede Kontrolle, offensichtlich gesetzeswidrig.

EINE FLUCHT VOR KRIEG ist per Definition ab dem Zeitpunkt zu Ende, an dem man vor dem Krieg in Sicherheit ist. Das ist in der Regel in einem sicheren NACHBARLAND.

Über unzählige sichere Staaten in ein wirtschaftlich attraktives Zielland zu «flüchten», ist keine Flucht, es ist WIRTSCHAFTSMIGRATION!

Die FAZ schreibt:

«Auf Abgeordnete der Koalitionsfraktionen soll, wie aus der Unionsfraktion zu hören ist, massiver politischer Druck ausgeübt worden sein, damit sie es unterlassen, diesbezügliche Aussagen an die Bundesregierung zu richten; solche Anfragen, so wurde zudem signalisiert, würden in der Sache ohnehin nicht beantwortet.» [4]

Ist das nicht ein ungeheuerlicher Vorgang, von dem wir hier erfahren müssen? Hier wird darüber berichtet, dass massiver Druck auf die Koalitionsabgeordneten ausgeübt wurde. Bis heute gibt es keine entsprechende Anfrage von Mitgliedern der Bundesregierung zu dem Sachverhalt, den wir gerade ansprechen.

Im sehr renommierten Beck´schen Online-Kommentar, der in Fachkreisen sehr bekannt ist, heisst es:

«Ob das Bundesministerium des Innern Ende August/Anfang September 2015 eine solche Anordnung erlassen hat, ist allerdings bis heute im Dunkeln geblieben. Auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages rätseln hierüber [...]» [5]

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages «rätseln» also über diese äusserst komplexe Frage. Bis heute ist eine derartige Anordnung nicht bekannt gemacht worden, denn sie existiert offensichtlich nicht. Da gibt es nichts zu «rätseln». Die Unionsführung weiss um all das. Das Bundesministerium des Innern weiss selbstverständlich Bescheid. Die politische Führung in Berlin weiss es in der Gesamtheit. Hier wird ein Schweigekartell gebildet. Hier wird verheimlicht, hier wird vernebelt, hier wird vertuscht.

Neuer Flüchtlingsstrom nach der Bundestagswahl 2017?

Foto: Mstyslav Chernov (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Women_and_children_among_Syrian_refugees_striking_at_the_platform_of_Budapest_Keleti_railway_station._Refugee_crisis._Budapest,_Hungary,_Central_Europe,_4_September_2015.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Die meisten Syrer erhalten derzeit in Deutschland nur einen «subsidiären Schutz». Laut der Erklärung des Bundesamts für Migration greift der subsidiäre Schutz, «wenn weder der Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht».

NTV berichtete darüber, dass viele Syrer dagegen klagen, nur eben diesen «subsidiären Schutz» in Deutschland zu erhalten. Und unsere Gerichte gewähren ihnen in mehr als 90 Prozent der Fälle, dem Bericht zufolge den höherwertigen Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. [12]

Die Folge: Sie erhalten dadurch das Recht auf privilegierten Familiennachzug. Der Vorteil für die Flüchtlinge: Der Antragsteller für Familiennachzug muss keinen Nachweis über ausreichenden Lebensunterhalt sowie Wohnraum nachweisen.

Das Asylgesetz II, umgesetzt zum 17. März 2016, hat dafür gesorgt, dass als subsidiär schutzberechtigt eingestufte Personen bis zum 16. März 2018, also in einer Übergangsfrist von zwei Jahren, keinen Anspruch auf den privilegierten Familiennachzug haben. Klar ist damit, dass es ab dem 16. März 2018, rund ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl, zu einem drastischen Anstieg des Familiennachzugs kommen wird, wenn der Gesetzgeber nicht einschreitet. Das alles scheint geschickt auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben zu werden.

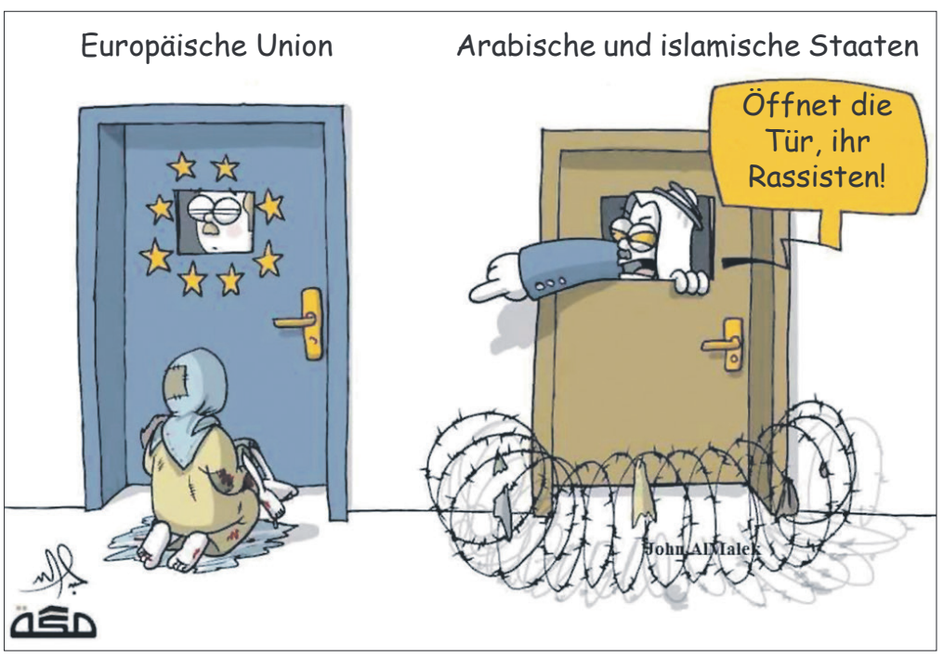
Das Berliner Schweigekartell

Liebe Angela Merkel, die schmerzhafteste Wahrheit ist doch die, die man verheimlichen möchte. Wir bitten, ja, wir fordern die Abgeordneten von CDU und CSU nachdrücklich auf, endlich für das Recht zu kämpfen. Insbesondere die Innenpolitiker, von denen wir wissen, dass ihnen der gesamte Sachverhalt bestens bekannt ist. Dass sie Anfragen stellen und dass sie damit die Bundesregierung unter Druck setzen, damit sie endlich Farbe bekennen muss. Wir dürfen dieses Schweigekartell nicht weiter zulassen.

An dieser Stelle das sehr treffende Zitat von Berthold Brecht:

«Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.»

Hier geht es um unser Recht. Hier geht es um Gesetze. Hier geht darum, dass die Regierung sich an Recht und Gesetz hält. Und deshalb, liebe Abgeordnete von CDU und CSU, kämpfen Sie bitte für das Recht. Und diejenigen, die glauben, dass die Migrations-Problematik jetzt ausgestanden ist, weil wir diesen Pakt mit Erdogan geschlossen haben und die Balkan-Route geschlossen wurde, denen sei gesagt, dass es ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl im September 2017 wahrscheinlich zu einem neuen grossen Flüchtlingsstrom kommen wird. Mehr dazu im obenstehenden Kurzartikel.



Auswärtiges Amt

Vier Flüchtlinge, doch nur eine Person in der Statistik

Die Webseite «Tichys Einblick» berichtete unter Bezug auf eine Anfrage an das Auswärtige Amt im Oktober 2016:

«Nach abgeschlossenem Visumsverfahren und Einreise nach Deutschland wird dem nachziehenden Ehegatten die Aufenthaltserlaubnis von der zuständigen Ausländerbehörde erteilt. Ein Asylantrag muss daher nicht gestellt werden. Der Familiennachzug stellt somit keinen Flüchtlingszuzug dar.»

Der Autor erklärt darauf anhand zweier unterschiedlicher Szenarien, wie man als nachziehendes Familienmitglied aus der Flüchtlings-Statistik des BAMF verschwinden kann, obwohl man in Deutschland lebt:

«Szenario 1:

Eine Vier-Personen-Familie aus Syrien macht sich nach Deutschland auf den Weg und stellt hier einen Antrag auf Asyl. Diesem wird sicherlich stattgegeben. Als Ergebnis sind vier Personen nach Deutschland gekommen, werden hier versorgt – und tauchen als vier syrische Flüchtlinge in der Statistik des BAMF auf.

Szenario 2:

Eine Vier-Personen-Familie aus Syrien entscheidet, dass sich nur der Vater auf den Weg nach Deutschland macht. Sein Asylantrag wird anerkannt und die Familie stellt innerhalb von drei Monaten einen Antrag auf privilegierten Familiennachzug. Einige Wochen später kommen die drei übrigen Personen ebenfalls in Deutschland an. Ergebnis: Vier Personen sind nach Deutschland gekommen und werden hier versorgt – in der Statistik taucht aber nur eine Person als Flüchtling auf.» [13]

Anscheinend liegen die offiziellen Flüchtlings-Zahlen des BAMF niedriger als die wahre Anzahl der neuen Immigranten. Es stellt sich die Frage, ob der Familiennachzug auch in Zukunft nicht statistisch erfasst werden würde, sollte es ab dem 16. März 2018 zu einem extremen Anstieg des Familiennachzugs kommen.

Seite 15

Wenn Sie jetzt meinen, hier würden jetzt Menschenfeindlichkeit, Unbarmherzigkeit und soziale Kälte sprechen: Nein, auch wir möchten Menschen in Not helfen, aber hier ein Artikel aus der FAZ, in dem sich unserer Entwicklungshilfeminister Peter Müller darüber äussert, dass man den Flüchtlingen vor Ort in etwa mit dem Faktor 30 Hilfe leisten könnte. Müller spricht in Bezug auf Hilfsmassnahmen in Syrien und den benachbarten Ländern aus:

«Jeder Euro erziele dort die dreissigfache Wirkung dessen, was hierzulande damit erreicht werden kann.» [6]

Eine Milliarde in Deutschland wären demnach 30 Milliarden in Syrien. Die Züricher Zeitung sprach einmal vom kleineren Faktor 5. Wir wollen uns nicht streiten: Klar ist, dass wir vor Ort viel mehr erreichen könnten mit den ungeheuren Mitteln, die wir hier ausgeben. Es geht hier nicht um das Fordern eines unbarmherzigen Aktes.

Der zentrale Auslöser der Krise

Die Regierung hat weggeschaut, als bereits Ende 2014 eine massive Mittelkürzung stattfand im Rahmen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen. [7] Interessant auch, wie Elmar Brok, der «grosse» CDU-Europapolitiker in Brüssel, am 17. September 2015 folgenden Ausspruch im Deutschlandfunk machte:

«Die Fluchtwelle begann vor zweieinhalb Monaten in diesem Umfange aus dem Mittleren Osten, weil beispielsweise die Nahrungsmittelversorgung um 40 Prozent abgebaut wurde und weil kein Geld zur Verfügung stand. Das ist ein Skandal, dass Europa, Amerika, Saudi-Arabien, Katar Gelder zurückgeschraubt haben und hier nicht mehr Geld den Flüchtlingen gegeben wird.» [8]

Das wurde dem Autor persönlich von einem SPD-Mandatsträger, der vor Ort in einem Lager tätig war, bestätigt. Pro Monat wurden je Flüchtling bis Ende 2014 32 Dollar aufgewandt. Das wurde auf 9 Dollar pro Monat gekürzt. Essensrationen wurden gekürzt und es wurde weggeschaut.

Lieber Elmar Brok, warum beklagen Sie sich heute darüber und sagen, dass damit die Fluchtmotive verstärkt wurden? Warum ist die Regierung Merkel, der das vorlag – u.a. durch eine Lagebeurteilung des Bundesnachrichtendiensts – in Untätigkeit verharrt?

Die Freunde Merkels als Brandstifter des Terrors

Man kann über vieles fassungslos sein, aber über einen Punkt ganz besonders: Die deutsche Regierung hat nämlich auch weggeschaut, als ihre Verbündeten – allen voran: die USA, Katar, Saudi-Arabien – überhaupt das Abschlachten im syrischen Bürgerkrieg möglich gemacht haben. Am 02. Oktober 2015 erschien auf Seite 2 der FAZ ein Artikel, in dem die Hintergründe

Foto: Pavol Frešo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Richard_Sul%C3%ADk_-2011-.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Frau Merkel hat offensichtlich vergessen, wer sie gewählt hat und wen sie beschützen soll. Es ist höchste Zeit aufzuwachen und diese Invasion zu stoppen.»

Richard Sulik, ehemaliger slowakischer Parlamentspräsident

des Bürgerkriegs in Syrien beleuchtet wurden. Darin hiess es, dass die CIA mit einem Geheimbudget von einer Milliarde Dollar den syrischen Widerstand unterstützte:

«Wie viele Syrer die CIA in jordanischen Trainingslagern ausgebildet hat, ist unklar.» [9]

Laut New York Times seien es 3.000 bis 5.000 und laut Washington Post 10.000 Kämpfer. Darüber hinaus hat ein Terror-Experte, der bis 2005 im Kanzleramt sass bereits im Jahre 2011 gesagt, dass die neue Syrien-Politik Katars – das ist das kleine Land, in dem bald die Fussball-Weltmeisterschaft stattfinden wird – letztlich einen Bürgerkrieg in Syrien auslösen werde. [10]

Viele haben den Kritikern der Flüchtlingspolitik der Regierung früher vorgehalten, es handle sich dabei um Verschwörungstheorien. Interessanterweise wird jetzt jemand Präsident der USA, der die Meinung der «Verschwörungstheoretiker» teilt. Er sagte in einem Fernsehinterview auf CBS am 10. Februar 2016:

«Ich spreche mit US-Generälen und die sagen mir immer wieder: ‚Wir geben Milliarden US-Dollar an Ausrüstung und finanzieller Hilfe an Leute, die wir nicht kennen. Diese Gruppen sind wahrscheinlich schlimmer als Assad.' Assad ist kein Baby, ist kein Unschuldiger, ist kein guter Mann, aber wer sind eigentlich diese Leute und Gruppen, die wir unterstützen? Und noch einmal: Libyen [...]» [11]

Das sind Worte des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das, was vor einem Jahr noch als Verschwörungstheorie galt, allerdings den meisten Leuten aus Sicherheitskreisen schon bestens bekannt war, das sagt heute der neue Präsident der USA. Gibt uns das nicht zu denken?

Aber wie so oft: Der Brandstifter selbst löscht eben nicht das Feuer. Saudi-Arabien hat ja bis heute keinen einzigen Migranten aufgenommen. Und die USA kommen noch nicht einmal auf 10.000 Syrer. Das Interessante ist:

BRD-Justiz -- die Galionsfigur der Amokfahrerin

Das sind Angaben des Aussenministeriums der Vereinigten Staaten, die besagen, dass Syrer erst aufgenommen werden nach einer im Durchschnitt 18 bis 24 Monate währenden Sicherheitsüberprüfung durch mehrere Geheimdienste. Wir haben dagegen vollkommen unkontrolliert Menschen nach Deutschland hereingelassen. Viele ohne gültige Ausweispapiere, wie wir heute wissen.

Die Migrations-Politik Merkels macht fassungslos. Es gibt ein Schweigekartell in Berlin. Die meisten Abgeordneten kennen den Sachverhalt und keiner hat sich bislang getraut, dieses Thema auf die Agenda in Berlin zu setzen.

Die Migrationswelle kam nicht aus dem Nichts, plötzlich und unerwartet.

Napoleon sagte einmal:

«Es gibt kein gutmütigeres aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgten sie ihre Landsleute mit grösserer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.»

Wie lange wollen wir das Klischee der deutschen Naivität noch bestätigen? Zeit, unseren Politikern endlich zu zeigen, dass rechtswidrige Handlungen auch für sie Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

Empfohlen

Dieser Text basiert auf dem Youtube-Video «Merkels Rechtsbruch? Unglaubliches zur Grenzöffnung & zur Migrationswelle - Flüchtlinge 2017» von Torsten Schulte. Er ist Vorsitzender des Vereins «Pro Bargeld. Pro Freiheit». Online findet man ihn unter: silberjunge.de oder pro-bargeld.com

Foto: youtube.com

Quellen:

1. ARD, «Die Unerwartete», Ausstrahlung im Ersten am 12. Dezember 2016
2. Der Journalist von der Tageszeitung «Die Welt», Alan Posener, in «Hart aber fair» in der ARD am 5. Dezember 2016
3. Jan Fleischhauer, in: Der Spiegel: «Sicherheitslücke Kanzleramt» vom 1. August 2016
4. FAZ: «Ein Geheimerlass zur Öffnung der Grenze?» vom 21. Januar 2016
5. Beck›scher Online-Kommentar Ausländerrecht, Kluth/Heusch 11. Edition Stand: 15.08.2016 Rn. 35-3 6
6. Gerd Müller (CSU) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. März 2016 (Seite 18), «Schnelle Syrien-Hilfe angemahnt - Minister Müller: Das Geld ist vor Ort dreissig Mal effektiver»
7. www.wfp.org, WFP Forced To Make Deeper Cuts In Food Assistance For Syrian Refugees Due To Lack Of Funding, 01.07.2015
8. deutschlandfunk.de, «Wir schaffen es nicht», 17.09.2015
9. FAZ, «Ein Qantum Diplomatie», vom 02.10.2015
10. zeitschrift-ip.dgap.org, Katars neue Syrien-Politik, 01.05.2012
11. Trumps Fernsehinterview am 10. Februar 2016 auf CBS
12. n-tv.de, Subsidiärer Schutz unter Beschuss - Syrer klagen gegen Flüchtlingsstatus, 18.10.2016
13. tichyseinblick.de, Familiennachzug - zahlenmässig die grosse Unbekannte!, 02.12.2016

Migration

George Soros' für grenzenlose

- Die von 12 Stiftungen finanzierte Initiative «European Programme for Integration and Migration» (EPIM) des Milliardärs George Soros will unbegrenzte und ungehinderte millionenfache Einwanderung nach ganz Europa durchsetzen. Dabei geht es der EPIM weder um humanitäre Hilfe für Menschen in Not noch um die Interessen der europäischen Bevölkerung. Die Migrationsströme folgen einer geplanten Agenda
- EPIM nimmt gezielt Einfluss auf Entscheidungsträger in der EU, stattet hunderte NGOs finanziell aus und schult deren Mitglieder für die Tätigkeit als Pro-Migrations-Aktivisten
- Schon 2014 wurde von EPIM offiziell zugegeben, man wolle «die europäischen Bürger beruhigen und die Skeptiker der ‚Mitte' gewinnen, indem man ihnen Erfolgsstorys der Migranten in den Medien präsentiert»
- Es war ebenfalls von EPIM geplant, selbst vorsichtige Kritiker der Masseneinwanderung mit Vorwürfen des «Extremismus», «Nationalismus» und «Populismus» in ein negatives Licht zu rücken
- Die übergeordneten Pläne der Globalstrategen zielen darauf ab, die Migrations-Krise ausnutzen, um den EU-Mitgliedsstaaten die souveräne Bestimmung über ihre Grenzen aus der Hand zu nehmen

Foto: vimeo.com

Die Kernzelle der Massenmigration

Bereits im Jahr 2005, lange vor den aktuellen Migrationsströmen, gründete der sich philanthropisch gebende US-Multimilliardär George Soros mit seiner Stiftungsgruppe «Open Society Foundations» im Bunde mit zwölf weiteren superreichen Stiftungen das **«European Programme for Integration and Migration» (EPIM)**, zu der auf deutscher Seite die Robert Bosch Stiftung gehört. Mit der gebündelten Kraft schier unbegrenzter finanzieller Ressourcen ging diese Initiative seither daran, wie die investigative Journalistin Friederike Beck formuliert, «aus Europa einen Migrations- bzw. Einwanderungskontinent zu machen.»[1] Zu den verschlungenen Aktivitäten dieses Soros-Netzwerkes wurde in der letzten Ausgabe der ExpressZeitung (Februar/2017) im Artikel «Migration nach Plan» bereits einiges dargestellt. Dies soll hier in Bezug auf Europa fortgesetzt werden.

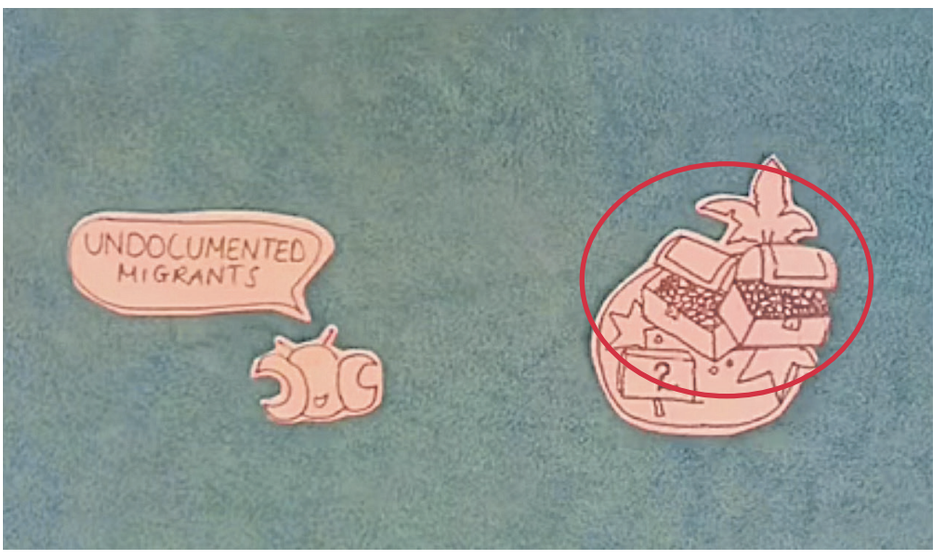
Ziele der EPIM

Erklärtes Ziel der Stiftungsinitiative EPIM ist, wie ein eigenes Video[2] erklärt:

- eine migrationsfreundliche Richtungsänderung der europäischen Politik auf EU-Ebene zu erreichen
- Gelder an Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich um Migranten kümmern, auszuschütten
- diese NGOs für ihre Tätigkeit zu schulen und in einem Netzwerk miteinander zu verbinden, um auf Öffentlichkeit und Politik im Sinne der Stiftungsziele einzuwirken

Es scheinen auf den ersten Blick humane Ziele zu sein, wenn idealistische Menschen in

Netzwerk Migration nach Europa



Ein spezieller Werbefilm «Warum sich engagieren?» ruft NGOs zum Engagement auf und verspricht am Ende eine Schatzinsel mit grossen Schatztruhen voller Geldstücke.

Schon Soros' Jobanzeige spricht von Lobbyarbeit für Migration

Soros nutzt sein Vermögen, um völlig ungeniert Fördergelder im Sinne seiner Agenda an ihm genehme Pro-Migrations-Organisationen zu vergeben, die von seinem Mitarbeiterstab als geeignet aufgespürt worden sind. In einem Bewerbungsformular wird ein «Program Officer, Migration für Europa» gesucht. Laut der Anzeige wird die zukünftige Tätigkeit dieser Soros-Mitarbeiter so umrissen:

«Der Programmmitarbeiter wird Teil des Migrationsteams der Open Society Initiative für Europa sein und an der aktiven Umsetzung des Aktivitäten-Portfolios arbeiten, das Migration und Inklusion beinhaltet. Die Hauptarbeit konzentriert sich auf das Thema «Vergabe von Spendengeldern an Organisationen der Zivilgesellschaft» und darauf, politische Anhängerschaft und Allianzen aufzubauen und ab und zu auch **politische Lobbyarbeit in ausgewählten europäischen Ländern durchzuführen.**»

Quelle: *Friederike Beck; Die geheime Migrations-Agenda, 2016, Rottenburg, Kopp-Verlag*

Soros-Verbündete: «Her mit den Flüchtlingen, egal wie viele»

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, welche den deutschen Bundespräsidenten auch schon mal auf Staatsbesuchen begleitet, bewegt sich seit vielen Jahren in US-amerikanischen und transatlantischen Einrichtungen (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, German Marshall Fund, European Council on Foreign Relations). Für die Verlautbarungen Guérots, welche die Migrationspolitik betreffen, ist bedeutsam,

Foto: Heinrich-Böll-Stiftung (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ulrike_Gu%C3%A9rot_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

dass sie als «Seniorpartnerin Deutschland» mit George Soros' «Open Society Initiative for Europe» zusammenarbeitet. Bei einem Auftritt bei re:publica im Mai 2015 unterbreitete Guérot die weiteren Pläne, die sie für uns alle hatte: «Wir haben uns etwas ganz Grosses vorgenommen – nämlich den kompletten Umbau von Europa. Die Vereinigten Staaten von Europa – das war gestern. Europäische Republik – das ist morgen!»
In einem Manifest, das Guérot mit dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse verfasste, schrieben die beiden:
«Weg mit den Grenzen. Her mit den Flüchtlingen, egal wie viele, egal wie viele, egal woher sie stammen. […] Jeder Mensch muss in Zukunft das Recht haben, nationale Grenzen zu durchwandern und sich dort niederlassen zu können, wo er will.»

den NGOs, die sich der Hilfe für notleidende Menschen verschrieben haben, finanziell und argumentativ unterstützt werden, um für eine Änderung einer hartherzigen Abgrenzungshaltung in Staat und Gesellschaft zu kämpfen. Doch es geht für Soros und sein Netzwerk gar nicht um die wegen wirklicher Verfolgung und Todesgefahr Asyl Suchenden; für sie wird ja in den europäischen Staaten in der Regel bestens gesorgt. In Soros´ Terminologie werden schutzbedürftige Flüchtlinge, Asylsucher, Migranten, Reisende und Immigranten bewusst gleichgesetzt. Man unterscheidet absichtlich nicht zwischen zeitlich begrenzt aufzunehmenden und zu schützenden Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und reinen Armutsmigranten. Es geht um unbegrenzte und ungehinderte millionenfache Einwanderung von Migrationswilligen gleichsam als Menschenrecht, gegen das der einheimischen Bevölkerung kein Einspruch bleibt. Die Ereignisse seit dem Sommer vorletzten Jahres zeigen, wie erfolgreich Soros und

Foto: vimeo.com

EPIM stattet hunderte Nichtregierungsorganisationen finanziell mit Millionen von Euro aus. Zudem weitet EPIM durch seine Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern seinen Einflussbereich aus und lobbyiert für mehr Einwanderung in europäische Länder.

Seite 19

sein Netzwerk insbesondere in Deutschland schon gewesen sind.

Werbung der NGOs und Schulung

Ein spezieller Werbefilm «Warum sich engagieren?»[4] ruft NGOs zum Engagement auf. Er zeigt, dass auf NGO-Vertreter, die sich mit den Themen «Stimme der Migranten», «Medien und Migranten» und «Migranten ohne Papiere» beschäftigen, am Ende eine Schatzinsel mit drei grossen Schatztruhen voller Geldstücke wartet. Macht man sich also für solche Themen zum Lobbyisten, hat man weniger Geldsorgen. Auf diese Weise werden die ja finanziell immer klammen und auf Spenden angewiesenen Hilfsorganisationen gelockt und dann für die Ziele der EPIM eingespannt.

Wurde eine Organisation nach einer Bewerbung bei EPIM als förderungswürdig akzeptiert, so beginnen Einladungen nach Brüssel oder andere Hauptstädte Europas zu speziellen Schulungen. «Wir geben nicht einfach nur Geld an Gruppen, sondern rufen sie zusammen und entwickeln ihre Fähigkeiten in Workshops» sagt Juliet Prager, ehemalige EPIM-Vorsitzende.[5] In speziell auf die jeweilige NGO zugeschnittenen Workshops geht es um die Verbesserung der kommunikativen Fähigkeiten und Kommunikationsstrategien, die Arbeit mit den Medien, um Lobbying bei der EU und das Erstellen von Nachrichten für die

Foto: vimeo.com

Der Umgang der Stiftungen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird im EPIM-Video erklärt: NGOs sollen finanziert (grant-making), Kapazitäten aufgebaut (capacity-building) und deren Mitarbeiter von den Stiftungen beeinflusst werden (networking). So steuern die milliardenschweren Stiftungen die nach aussen unabhängig wirkenden NGOs.

EU, das Erlernen von Methoden der strukturellen Stärkung von NGOs (Evaluierung, Geldbeschaffung, Netzwerkarbeit, Entwicklung von Partnerschaften), um Erfolgsüberprüfung, die Erstellung von Lernmaterial etc. Ausserdem werden spezielle Berufsgruppen wie Anwälte und Richter in die Überzeugungsarbeit und in Schulungen eingebunden.[5]

Obwohl sich die angegebenen Zahlen je nach Quelle unterscheiden, wird deutlich, dass EPIM eine riesige Struktur aufgebaut hat: Das EPIM-Partnernetzwerk hat nach Angaben der beteiligten Robert Bosch-Stiftung seit seiner Gründung mittlerweile mehr als 450 Organisationen in 45 europäischen Staaten und Migranten-Herkunftsländern als Partner aufgenommen und mit Finanzen ausgestattet! Darüber hinaus wurden 55 Konferenzen durchgeführt und 35 Publikationen veröffentlicht.[6] Nach eigener

EPIM-nahe Denkfabrik in Brüssel für Abschaffung der Grenzen

Die EPIM-Initiative hat sich nicht nur ein NGO-Netzwerk aufgebaut, sondern ist auch mit einen EU-nahen Think-Tank in Brüssel eng verbunden, dem «European Policy Centre (EPC)», das EPIM mit Materialien, Analysen und Argumenten für die Migration ausstattet.

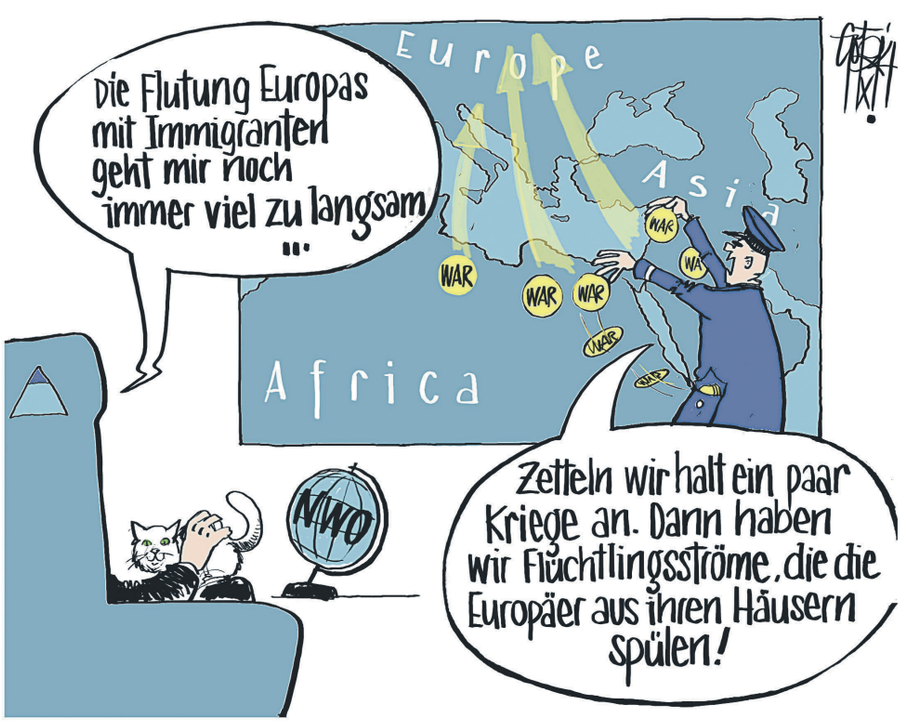
«Die thematisch fokussierten Analysen haben das Ziel, die Lobby-Arbeit zu unterstützen, die von den Organisationen verrichtet wird, die bei EPIM engagiert sind, indem EPC Informationen liefert, angefangen bei jüngsten politischen, gesetzgeberischen und rechtlichen Initiativen auf EU-Ebene, die für die drei Hauptthemengebiete von EPIM relevant sind: 1) Asyl-Sucher, 2) Migranten ohne Papiere und 3) Gleichberechtigung, Integration und soziale Inklusion von schutzbedürftigen Migranten.»[12]

In einer Verlautbarung vom Oktober 2015 z. B. warnten EPC/EPIM:

«Die Schengen-Krise wird mit grosser Sicherheit zukünftig populistische Debatten befeuern und Argumente, die sich darauf konzentrieren, sich hinter nationalen Grenzen zu verstecken. Was für einige EU-Bürger verlockend sein kann, könnte die nationalen politischen Debatten noch mehr als jetzt schon vergiften und einem europäischen Kernsymbol noch mehr Schaden zufügen: der grenzenlosen Union. Die Folgen einer dauerhaften Wiedereinführung von Grenzkontrollen [...] wären für die EU und ihre Bürger erdrückend.»[13]

Das EPC wird von z. Zt. 345 Mitgliederorganisationen unterstützt: grossen internationalen Konzernen, Berufs- und Wirtschaftsverbänden, finanzstarken Stiftungen, 78 diplomatischen Vertretungen, übernationalen Organisationen wie dem Europäischen Rat, EFTA, IWF, NATO, Weltbank WHO und religiösen Verbänden wie der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Kommission der Bischofskonferenzen in der EG.[14] Ein besonders wichtiges Mitglied, ein sogenannter «strategischer Partner», ist die König-Baudouin-Stiftung in Belgien, eines der 12 Mitglieder von EPIM. Sie allein hat 2014 vom Budget des EPC von 2.160.000 € 17% getragen; 33% kamen von den übrigen Mitgliedern, 11% von der EU.[15]

Die Gremien der EPC-Denkfabrik sind von EU-Leuten durchsetzt. Präsident ist Herman Van Rompuy, Ex-Präsident des Europäischen Rates. Im Verwaltungsrat, in dem auch der EPIM-Vorstand Stefan Schäfers vom Strategischen Partner König-Baudouin-Stiftung mitwirkt, in der Generalversammlung und dem Beirat sitzen viele ehemalige Kommissare, Direktoren, Beamte und Parlamentarier der EU.[16] Ehrenpräsident des Beirates ist Peter Sutherland, Ex-EU-Kommissar, führendes Mitglied der Bilderberger, der Trilateralen Kommission[17] und als Sonderberichterstatter des UN-Generalsekretärs für Internationale Migration globaler Vorantreiber der Massenmigration. Im EPC wird offenbar vorgedacht und vorbereitet, was in der EU Realität werden soll.



© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Ist die Krise gewollt?

Werden die Flüchtlinge und die hiesige Bevölkerung gegeneinander ausgespielt? Seit 1945 gab es über 100 Kriege und niemals folgten derartige Flüchtlingsströme. Im Dezember 2014 wurden der UN Mittel für die Versorgung der vom Krieg betroffenen Menschen gestrichen: Weit über 50%! Die Menschen hungern vor Ort und sind letzten Endes gezwungen zu fliehen! Werden Menschen etwa Hilfen verweigert, um sie geziehlt in die Flucht zu treiben?

Darstellung hat EPIM bis 2011 3,6 Millionen Euro an 24 NGOs und 31 Projekte ausbezahlt, die auf seiner Linie liegen. 3 Millionen gingen 2013 – 2015 in zehn Projekte.[7] Friederike Beck listet 67 Organisationen auf, die am finanziellen Tropf von EPIM hängen; sie können bei ihr eingesehen werden.[1]

EPIM-Zentrale Brüssel

Der zentrale politische Ansatzpunkt des EPIM-Netzwerkes ist natürlich Brüssel, da mehr und mehr nationale Kompetenzen in die Brüsseler Bürokratie des EU-Superstaats verlagert wurden. Alle unter dem Dach der EPIM vereinten Stiftungen haben ein zentrales Büro in Brüssel, in dem sie zusätzlich organisiert sind. Dort laufen alle Fäden zusammen. Die räumliche Nähe zu den EU-Institutionen mache, so EPIM-Vorstand Stefan Schäfers von der «König Baudouin Stiftung», die Lobby-Arbeit effektiver.[1]

Die Soros-Initiative EPIM hat seit 2005 kontinuierlich und äusserst professionell europaweit Personal geschult, das sich für Migration nach Europa auf vielen Ebenen einsetzt. Hier kann das Ausmass des Apparates, der über Jahre aufgebaut wurde, nur angedeutet werden. Man muss sich vor Augen halten:

«Hunderte von Organisationen und tausende von Menschen arbeiten mit denselben Schulungsmaterialien, werden wieder und wieder zusammengerufen, sprechen nunmehr dieselbe Sprache, nutzen dieselben Schlüsselbegriffe: Ein machtvolles Netzwerk steht den Kräften, die Lobbyarbeit für Migration nach Europa machen, zur Verfügung! Die Tatsache, dass die von der superreichen Weltelite seit Langem finanzierten und gesteuerten NGOs bisher unter jedem medialen Schirm hinweggleiten konnten, spricht nicht für die Unabhängigkeit unserer Medien.» (Friederike Beck)[1]

Quelle: *fassadenkratzer.wordpress.com*

EPIMs Manipulation der öffentlichen Meinung

Auf einer Veranstaltung in Brüssel am 4. und 5. November 2014 behandelte das «Netzwerk europäischer Stiftungen» (NEF), in dem die EPIM-Stiftungen organisiert sind, die von EPIM vorgebrachte Thematik: «Das Narrativ (die Erzählweise) über Migration ändern – das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential willkommen heissen» –, wovon auf einer EPIM-Seite berichtet wird:

«Die Veranstaltung gab politischen Entscheidungsträgern und Philanthropen Raum, Wissen über die Herausforderungen der EU auszutauschen und potentielle neue Partnerschaften aufzubauen. **EPIM-Geschäftsführer Stefan Schäfers** moderierte die Sitzung, auf der auch **Marc Richir von der Europäischen Kommission** (Generaldirektion Migration und innere Angelegenheiten), **Heather Grabbe, Open Society European Policy Institute (OSEPI)** (Anm.: Der EU-politische Arm von George Soros´ Open Society Foundations) und **Sunder Katwala, British Future**, auftraten.

Es war eine pragmatische und lösungsorientierte Diskussion, die sich mit einigen wichtigen Fragen auseinandersetzte: Welche Rolle können Stiftungen spielen; mit welcher Ebene des Narrativs (Anm.: der Erzählweise) befassen wir uns; und wie können wir die giftige Debatte über Migration umdeuten?» [10]

Also die Soros-Initiative EPIM sitzt mit dem Soros-EU-Institut OSEPI, der von Soros mitfinanzierten11 Denkfabrik British Future und dem EU-Kommissar für Migration zusammen, um zu überlegen, wie man neue Partnerschaften (mit der EU) aufbauen und die «giftige» Ablehnungs-Debatte in der Bevölkerung durch eine andere Erzählweise verändern, also «wie man Migration in die EU besser verkaufen kann» (Friederike Beck), damit alle «das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential willkommen heissen», wie es im obigen Tagungsthema heisst.

Ein Erklärungsvideo der EPIM warnt vor «populistischen» Parteien wie der Schweizer SVP.

EU will massiven Import von Menschen gegen den Willen der Bevölkerung

Das Europäische Parlament widmete sich schon 2008 Plänen, die Zuwanderung nach Europa zu intensivieren. Im Bericht «Zuwanderung als Lösung?» wurde damals geraten, ein hohes Zuwanderungsniveau von ca. 2 Millionen Menschen pro Jahr zu halten:

«Laut einer Veröffentlichung der EU-Kommission wären bis zum Jahr 2050 rund 56 Millionen Arbeitsimmigranten notwendig, um den Rückgang der ‚einheimischen' Bevölkerung innerhalb der EU zu kompensieren. Dies würde besonders grosse Länder mit niedriger Geburtenrate wie Deutschland, Spanien, Italien und Polen betreffen.»

Der Bericht für das EU-Parlament war allerdings nicht so realitätsblind anzunehmen, dass solche Zahlen ohne Widerspruch der Bevölkerung hingenommen würden. Verstärkte Integrationsanstrengungen müssten daher Teil der Politik sein:

«Allerdings stellen sich in den meisten Staaten auch deutliche Probleme hinsichtlich der Integration von Zuwanderern und den damit verbundenen Ängsten der Bevölkerung. Laut Eurobarometer-Umfragen sehen nur rund 40 Prozent der Bevölkerung die Zuwanderung als etwas Positives an. Verstärkte Anstrengungen zur Eingliederung der Zuwanderer seien daher notwendig, so Francoise Castex (Anm.: Mitglied des EU-Parlaments) in ihrem Berichtsentwurf.»

Die EU fördert Immigration, anstatt den Rückgang der einheimischen Bevölkerung zu bekämpfen, obwohl sie statistisch weiss, dass die Mehrheit der EU-Bürger eine Zunahme der Einwanderung ablehnt. Das zeigt: Die EU arbeitet wissentlich gegen die Interessen ihrer Bevölkerung.

Quelle: *Friederike Beck; Die geheime Migrations-Agenda, 2016, Rottenburg, Kopp-Verlag*

Das Stiftungsnetzwerk der 12:

1. The Atlantic Philanthropies	Gründer: Chuck Feeney, ein US-irischer Milliardär
	Stiftungsvermögen: 1,4 Milliarden Dollar
2. Barrow Cadbury Trust	
3. Compagnia di San Paolo	Vermögen: ca. 5,1 Mrd Euro
4. Fondation Bernheim	Vermögen: 1,53 Mrd Euro
5. Calouste Gulbenkian Foundation	Gründer: Der portugiesisch-armenische Ölmagnat Calouste Sarkis Gulbenkian Vermögen: 2,8 Mrd Euro
6. The Joseph Rowntree Charitable Trust	Budget pro Jahr: 11 Mio Euro
7. King Baudouin Foundation	Budget pro Jahr: 30 Mio Euro
8. OAK Foundation	Vermögen: 3,16 Mrd Euro
9. Diana Princess of Wales Memorial Fund	Budget pro Jahr: 135,3 Mio Euro
10. Robert Bosch Stiftung	Vermögen: 1,2 Mrd Euro
11. Open Society Foundations	Geschätztes Vermögen des Vorsitzenden George Soros: 24,2 Mrd Dollar
12. La Caixa Foundation	

Diese Stiftungen finanzieren die vollständige Öffnung der Grenzen Europas für Migranten!

Dies zeigt, wie die von superreichen Globalisten gesteuerten Stiftungen und NGOs im Verein mit der Politik die Diskussionen in der Öffentlichkeit beeinflussen, wie die «öffentliche Meinung» in ihrem Sinne schliesslich hergestellt wird. Es geht nicht um die Wahrheit, sondern um Manipulation des Bewusstseins der Menschen, um die eigenen Ziele zu erreichen. Die Meinungsbildung über Strategie und Taktik des Vorgehens gestaltete sich indessen offenbar nicht ganz einfach. So kam die Gruppe «zu dem Schluss, dass es besser sei, anstatt eine neue Erzählweise über Migration zu konstruieren und diese gegen eine andere auszutauschen, wir alle die verschiedenen Narrative berücksichtigen sollten und in eine Langzeit-Strategie investieren sollten, die dafür arbeitet, die toxischen Faktoren der Debatte genau zu verstehen.

Eine Reihe von Kommentaren und Fragen aus der Zuhörerschaft drückten den dringenden Bedarf für Aktionen vor Ort auf einer philanthropischen Ebene aus, um diese Narrative zu ergänzen. Die Sprecher teilten mit, um das zu erreichen, müssten wir **die europäischen Bürger beruhigen und die Skeptiker der ‚Mitte' gewinnen, indem man ihnen Erfolgsstorys der Migranten in den Medien präsentiert**, zusätzlich zu Zahlen und Fakten.

Wir können kollektiv lernen, wie wir effektiv die Stereotypen über Migration in den Nachrichten und in der Gesellschaft ändern können, indem wir mehr mit den Medien selbst zusammenarbeiten, mit anderen Stiftungen und den EU-Institutionen.» [10]

Man will also eine differenzierte Langzeit-Strategie ausarbeiten, die durch Aktionen vor Ort, welche bei den Menschen die Gefühlsebene für Humanität und Nächstenliebe ansprechen, ergänzt werden soll. Als richtige Adressaten dafür sieht man die skeptische Mittelschicht, die man durch Storys von erfolgreichen Migranten gewinnen will. Das wird von EPIM offiziell zugegeben! Die Oberschicht wird wohl auf der Seite der Migration verortet, während die grosse arbeitende oder arme Unterschicht anscheinend als zu sehr mit ihrem Überleben beschäftigt oder zu apathisch eingeschätzt wird, um sie berücksichtigen zu müssen. Ein ungeheures Manipulationsmanöver mit Hilfe des politisch-medialen Komplexes!

Ausschaltung des Widerstandes der Bevölkerung

Schon 2014 wusste die EPIM, dass die einheimische europäische Bevölkerung eine solche Massenmigration nicht klaglos hinnehmen würde. Ihr Widerstand wird jetzt dadurch weitgehend ausgeschaltet, dass er als fremdenfeindlich, rassistisch und faschistisch diffamiert wird. Die geringen Restbestände von Faschisten, die es in der Gesellschaft gibt, werden überzeichnet und aufgebläht dargestellt, und selbst die grosse Zahl der fremdenfreundlichen und hilfsbereiten Bürger, die nur eine Differenzierung und Beschränkung auf integrierfähige Zahlen anmahnen, werden in die rechtsextreme Ecke gestellt, was die Menschen besonders in Deutschland schnell zum Verstummen bringt. Typisch für ein solches Vorgehen sind Aussagen des britischen EPIM-Mitarbeiters und konservativen Europaabgeordneten Sajjad Karim, der bei einer EPIM-Konferenz sagte:

«Heute bin ich wirklich zutiefst beunruhigt darüber, wo wir uns als Kontinent befinden. Es ist für mich klar, dass es eine **wachsende, extrem ungesunde Form von Nationalismus** gibt, der in einfach allen Mitgliedsstaaten der gesamten Europäischen Union auftritt. Man muss nur das Wahlverhalten anschauen und **die steigenden extremistischen Aktivitäten** beobachten, die beginnen aufzutreten. Deswegen ist es besonders bedeutsam, dass wir hier über Einwanderung reden und im Besonderen über den Teil der Einwanderer, die sich in einer Situation ohne Papiere befinden, und wie wir mit diesen Menschen umgehen und sie behandeln. Es ist in der Tat so, dass wie heute

Seite 23

keine ehrliche offene und transparente Debatte über Immigration in der EU haben, und solange wir nicht damit auf offene und ehrliche Weise umgehen, insbesondere indem wir die wirtschaftlichen Gründe für Einwanderung in die Europäische Union darlegen, solange wir nicht damit auf dieser Basis umgehen, fürchte ich, **dass wir einfach nur eine Bewegung hin zum Extremen sehen werden auf der Grundlage dessen ‚was man als Populismus bezeichnet, aber ich sehe es nicht als Populismus, ich sehe es als reinen Extremismus.** Punkt.» [9]

Uns wird hier wörtlich bestätigt, dass die EU-Strategen schon 2014 planten, Gegner der Masseneinwanderung als extremistisch, populistisch oder rechts zu diffamieren! Friederike Beck stellt aus ihren Recherchen über die EPIM-Aktivitäten in Brüssel fest:

« ‚Racism is on the rise´, ‚Populism/extremism is growing´ (Rassismus ist am Zunehmen, Populismus/Extremismus am Wachsen) – das sind Standard-Beschwörungsformeln, die eine jede EPIM-Veranstaltung würzen. Solche Rhetorik ist der Tapetenkleister, der die NGOs zusammenhält, die dank EPIM ein gutes Auskommen haben und in Brüssel bei Konferenzen hofiert werden. Wirklich belegt werden diese Behauptungen selbstverständlich nie, dienen sie doch zur Selbstlegitimierung.»[1]

Quelle: *fassadenkratzer.wordpress.com*

Wie der politische Diskus bei uns funktioniert

Der Drang nach dem EU-Superstaat

Wie bereits in unserem Artikel «Migration nach Plan» (Februar 2017) dargestellt, forderte Soros am 26.9.2015 auf seiner Internetpräsenz, eine einheitliche EU-Asyl- und Migrations-Agentur zu schaffen, die alle Entscheidungen zur Lenkung und zum Schutz der Migranten übernehmen solle – was bedeuten würde, den EU-Mitgliedsstaaten die souveräne Bestimmung über ihre Grenzen aus der Hand zu nehmen und an eine zentrale Brüsseler Asyl- bzw. Immigrationsagentur zu übergeben. Die Krise bietet also eine weitere Gelegenheit, die zentralistischen Strukturen in der EU auszuweiten.

Soros hatte schon fünf Tage zuvor Mohamed A. El-Erian, dem Chef-Wirtschaftsberater der Allianz und Barack-Obama-Berater, auf seiner Webseite Gelegenheit gegeben, in dasselbe Horn zu stossen:

«Die derzeitige Situation könnte auch den Katalysator liefern, um entscheidenden Fortschritt in der unvollständigen politischen, institutionellen und finanziellen Architektur zu machen. Und sie könnte Europa dabei anspornen, die politischen Hindernisse zu überwinden, welche die Lösung langjähriger Probleme blockieren. [...] Sie kann Europa sogar zur Modernisierung seines Regierungssystems treiben, welches ein paar kleinen Ländern erlaubt, Entscheidungen zu torpedieren, die von der grossen Mehrheit der EU-Mitglieder unterstützt werden.» [18]

In einer von der Generaldirektion für Innenpolitik der EU-Kommission in Auftrag

Krisen erschaffen – Ziele verschleiern – Teilen und herrschen

EURO-KRISE

GRÜNDE FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT:
- Kapitalismus
- Gier
- Spekulation

DIE UNERKANNTEN GRÜNDE:
- Gezielte Erzeugung der Krise durch das Zentralbanksystem
- Schuldenunion
- Abschaffung des Bargelds
- Macht-Zentralisierung der EU

ASYL-KRISE

GRÜNDE FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT:
- Flucht vor Krieg
- Humanitäre Hilfe der westlichen Bevölkerung

DIE UNERKANNTEN GRÜNDE:
- Strategische militärische Schläge zur Auslösung der Flüchtlingsströme
- Gewachsene Strukturen des Empfängerlandes durch die massive Einwanderung zerstören
- Durch Armut und unüberbrückbare kulturelle Gegensätze Konflikte zwischen Immigranten und einheimischer Bevölkerung schüren
- Diese Konflikte ausnutzen, um die Überwachung und Kontrolle des Staates zu erweitern

gegebenen Studie von 2015 mit dem Titel «Das gemeinsame europäische Asylsystem weiterentwickeln» spricht man von der

> «Möglichkeit, eine EU-Migrations-, Asyl- und Schutz-Agentur (EMAPA) einzurichten. Die Agentur würde zentralisierte EU-weite Entscheidungen über Asylanträge machen. Die Möglichkeit einer freien Wahl, welche die Vorlieben der Asyl-Sucher berücksichtigt und beiträgt zu ihrer nachfolgenden Integration in der zukünftigen aufnehmenden Gesellschaft, diese Möglichkeit würde auch sekundäre Bewegungen [der Asylbewerber] reduzieren.» [19]

Die Studie verfasste neben dem 1983 gegründeten EU-eigenen Think-Tank «Center for European Policy Studies» (CEPS) auch eine Miss Garlick, Stipendiatin der Open Society Foundations von George Soros.

Am 5.4.2016 meldete «Die Welt»:

«In der Brüsseler EU-Kommission gibt es konkrete Überlegungen, die Entscheidung über Asylverfahren künftig nicht mehr den einzelnen Mitgliedsländern zu überlassen, sondern in europäische Hände zu legen. Das geht aus einer Mitteilung der EU-Kommission mit dem Titel ‚Reform des europäischen Asylsystems und Stärkung legaler Wege nach Europa' hervor. [...] Konkret schlägt die EU-Kommission dazu vor, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) von einer einfachen EU-Agentur in eine Agentur mit Entscheidungsbefugnissen umzuwandeln, die in jedem Land künftig einen Ableger haben soll und die auch Einsprüche gegen die jeweiligen Bescheide bearbeiten wird. Dies würde einen einzigen und zentralisierten Entscheidungsmechanismus schaffen.»[21]

Fazit: George Soros und sein von Stiftungen finanziertes Migrations-Programm EPIM besitzen grossen Einfluss in der Europäischen Union und statten hunderte NGOs mit üppigen Geldgeschenken aus, um die Meinung der breiten Bevölkerung zu beeinflussen. Die Befürwortung unkontrollierter Masseneinwanderung soll von den unabhängig wirkenden NGOs als humanitäre Willkommenskultur verkauft werden. An den Aussagen der Akteure an EPIMs Spitze wird jedoch deutlich: Der durch die Migranten entstandene Ausnahmezustand soll dazu führen, weitere Kompetenzen der Nationalstaaten nach Brüssel zu verlagern, um die seit Jahrzehnten geschmiedeten Pläne der Globalisierungsstrategen zu erfüllen.

Quelle: *fassadenkratzer.wordpress.com*

Foto: Tobias Kleinschmidt (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Joachim_Gauck_(2014).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/deed.de

Joachim Gauck:

Krisen sollen Vereinheitlichung Europas beschleunigen

Dass die EU Krisen ausnutzen müsse, um ihre Macht zu zentralisieren, stellte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck in einer Grundsatzrede vom Februar 2013 in Bezug auf die Eurokrise klar: «Wir brauchen eine weitere innere Vereinheitlichung. Denn ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik kann eine gemeinsame Währung nur schwer überleben. Wir brauchen auch eine weitere Vereinheitlichung unserer Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um gegen neue Bedrohungen gewappnet zu sein und einheitlich und effektiver auftreten zu können. Wir brauchen auch gemeinsame Konzepte auf ökologischer, gesellschaftspolitischer – Stichwort Migration – und nicht zuletzt demografischer Ebene.»

Quelle: *Friederike Beck; Die geheime Migrations-Agenda, 2016, Rottenburg, Kopp-Verlag*

Quellen:

1. info.kopp-verlag: Friederike Beck: Das Netzwerk für Migration
2. https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/14/gelenktes-fliehen-verursachung-und-steuerung-von-flucht-und-migration/
3. https://vimeo.com/64067114
4. https://www.youtube.com/watch?v=HpdU72Z0Xpc
5. http://www.epim.info/what-we-do/capacity-development/
6. http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/4579.asp?version=mobile
7. http://www.epim.info/&prev=search
8. https://www.youtube.com/watch?v=au-Pu_F328Q
9. https://www.youtube.com/watch?v=MLN9l6Cwg3Q
10. http://www.epim.info/2014/11/epim-discusses-changing-the-narrative-on-migration-at-europhilantopics/
11. http://www.britishfuture.org/about/funders/
12. http://www.epim.info/2015/02/january-2015-epc-policy-update-for-epim-now-available/&prev=search
13. http://www.epim.info/wp-content/uploads/2015/10/EPIM-EPC-Update_OCTOBER2015.pdf
14. http://www.epc.eu/members_list.php&prev=search
15. http://www.epc.eu/about_financing.php
16. http://www.epc.eu/&prev=search
17. https://lobbypedia.de/wiki/European_Policy_Centre#cite_note-1
18. https://www.project-syndicate.org/commentary/refugee-reform-europe-by-mohamed-a--el-erian-2015-09?barrier=accessreg
19. http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/519234/IPOL_STU%282015%29519234_EN.pdf
20. http://www.migrationpolicy.org/&prev=search
21. https://www.welt.de/politik/ausland/article154000871/Europaeische-Union-will-Asylverfahren-an-sich-ziehen.html

George Soros kündigt «Neue Weltordnung» mit China an

Im Interview mit der Financial Times spricht George Soros über einen kommenden Kollaps des Dollars, der zu einer «Neuen Weltordnung» mit China und einer Weltwährung führen soll. Bei einem hochrangigen Strippenzieher wie Soros gilt es stets, zwischen den Zeilen zu lesen, denn er deutet seine Ziele in einer äusserst subtilen Sprache an.

George Soros Openly Discusses the coming New World Order.flv

Rousczar
Abonnieren 220
101.139 Aufrufe
Hinzufügen Teilen Mehr
317 95

EU-Sanktionen führen zu humanitärer Katastrophe und Verschärfung der Flüchtlingsströme

Der Rat der Europäischen Union verlängerte im Mai 2016 die Sanktionen gegen die syrische Regierung bis zum 01. Juni 2017. Die EU liess in einem Dokument verlauten: «Dieser Beschluss steht im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2014, in denen er bekräftigt hat, dass sich die EU für die Umsetzung der Sanktionen gegen das Regime und seine Unterstützer einsetzen wird, solange die Unterdrückung andauert.» Seit 2014 dauern die Sanktionen gegen Assad und sein «Regime» an – ein Wort, das in der westlichen Politik meistens für geopolitisch anvisierte Angriffsziele verwendet wird.

Die EU-Sanktionen sehen unter anderem ein Erdölembargo, Restriktionen bei den Investitionen, die mit Syrien verbunden sind; das Einfrieren der Vermögenswerte der syrischen Zentralbank in der EU; Ausfuhrbeschränkungen für Ausrüstung und Technologien, die zur innersyrischen Unterdrückung verwendet werden können, vor.

Wie die Internetseite «The Intercept» im Oktober 2016 in Bezug auf einen UN-Bericht schrieb, haben die von den USA und der EU verhängten Sanktionen eine der schlimmsten humanitären Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Demnach schaden die Sanktionen vor allem der syrischen Bevölkerung und erschweren die Tätigkeit der Hilfsorganisationen. Der 40-seitige UN-Bericht bezeichnet die amerikanischen und europäischen Massnahmen gegen Syrien als «das komplizierteste und weitreichendste Sanktionsregime, das jemals verhängt wurde». Die antisyrischen Sanktionen destabilisierten folglich wesentlich die Wirtschaft des Landes, wobei sie ein selbstversorgendes Land in eine hilfsbedürftige Nation verwandelten. Zurzeit sei Syrien von Medikamenten-, Lebensmittel-, Treibstoff-, Wasserpumpen- und Ersatzteil-Lieferungen abhängig. Diese aber würden wegen der einschränkenden Massnahmen verhindert. Zudem dürften keinerlei Waren, deren US-Produktionsanteil über zehn Prozent liegt, mehr nach Syrien transportiert werden. Um diese Sanktionen zu überwinden, müssten die Hilfsorganisationen eine spezielle Lizenz beantragen, wobei aber die Kosten für Rechtsanwälte den Wert der zu exportierenden Güter selbst überbieten würden.

Die Sanktionen machten ausserdem Geld-Transfers nach Syrien nahezu unmöglich. Als Ergebnis sei ein inoffizielles und unreguliertes Netzwerk von Geldwechselgeschäften entstanden, welches es Extremistengruppen wie dem IS und Al-Qaida leicht machen, ihre Gelder unter den dringend benötigten Zahlungen der Menschen zu verstecken.

Die EU-Sanktionen verschärfen die prekäre Situation im kriegsgeschüttelten Syrien.

Foto: Министерство обороны Российской Федерации (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:International_Mine_Action_Center_in_Syria_(Aleppo)_05.jpg); https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

Gemäss einer internen UN-Korrespondenz trugen die Sanktionen auch zu einer Verdoppelung der Brennstoffpreise im Zeitraum von 18 Monaten sowie zur Senkung der Weizenproduktion um 40 Prozent bei, wodurch der Mehlpreis um 300 Prozent und der für Reis um 650 Prozent anstiegen. Man stelle sich vor, was eine 650-prozentige Preiserhöhung des in Syrien mit Abstand wichtigsten Grundnahrungsmittels für Auswirkungen haben muss! In einem Brief schrieb ein UN-Beamter, die Sanktionen seien «der Hauptfaktor für die Erosion des Gesundheitssystems in Syrien». Fabriken, die zuvor Medikamente herstellten, seien zwar nicht zerstört, aber geschlossen worden.

So entzieht die EU den Syrern durch radikale Massnahmen ihre Existenzgrundlage und zwingt sie zur Flucht. Wenn die Syrer dann in Europa angekommen sind, spielt die EU sich plötzlich als Wohltäter auf und verspricht den Flüchtlingen Ernährung, Unterkunft und einen Arbeitsplatz. Eine perfide Strategie zur Umsiedelung ganzer Völker.

Quellen:
de.sputniknews.com, Sanktionen gegen Syrien: USA und EU verschulden humanitäre Katastrophe – Medien, 03.10.2016
theintercept.com, Humanitarian Impact of Syria-Related Unilateral Restrictive Measures, 28.09.2016

Die organisierte Seenot-Rettung als Bestandteil der Schleuserwege

- Von der EU geleitete Operationen im Mittelmeer wie «Triton» oder «Sophia» geben als offizielle Ziele «die Bekämpfung von Schleusern und deren Infrastruktur» vor
- In Wahrheit bringen sie das Schmuggler-Geschäft erst zum Florieren, denn die Grenzschutz-Operationen verpflichten sich zur Seenotrettung jeglicher schiffbrüchigen Personen. Das führt dazu, dass die Schlepper die Flüchtlingsboote wenige Kilometer nach Verlassen der libyschen, tunesischen oder türkischen Küste gezielt kentern lassen, damit die Schiffe der EU-Grenzschutzbehörden sie aus dem Mittelmeer fischen
- Die Seenotrettung führt immer dazu, dass die Flüchtlinge Europa betreten können, während seetaugliche Flüchtlingsboote von den EU-Operationen in den Heimathafen zurückgelotst werden müssen. Deshalb ist das Kentern eine Notwendigkeit, um die Aufnahme der Migranten in Europa zu begründen
- Die Menschenschmuggler sind inzwischen Profis darin, sicherzustellen, dass die Migranten zur richtigen Zeit kentern und von den EU-Schiffen entdeckt werden. Das Risiko zu ertrinken besteht zwar, doch in den meisten Fällen werden die Flüchtlinge gerettet und nach Europa gebracht
- Somit legen die EU-«Grenzschutz»-Operationen den Schleusern nicht das Handwerk, sondern beflügeln deren Geschäft und befördern die Massenmigration. Zudem führt ihre Anwesenheit erst dazu, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, denn ohne die erwartete Rettung würde das koordinierte Versenken der Boote gar nicht erst stattfinden
- Ein Stoppen und Zurückbringen der Schlepperboote wäre der richtige Weg, um kommende Katastrophen zu verhindern, doch das scheint politisch überhaupt nicht erwünscht zu sein

2016 traten bereits bis Ende Mai etwa 204.000 Menschen die Reise über das Mittelmeer an, um nach Europa zu kommen, teilte das Flüchtlingshilfswerk der UN am 31.5.2016 mit, von denen 2.510 dabei ums Leben kamen. Etwa 130.000 Personen nahmen bis Ende März die Route von der Türkei nach Griechenland, 46.714 kamen in Italien an; hinzu kam ein erheblicher Teil von Libyen. Am 27.5.2016 wurden z. B. wieder 4.200 und am 23. und 24.6.2016 zusammen 7.100 Flüchtlinge aus Afrika im Mittelmeer gerettet. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) hatte Italien seit Jahresbeginn bis Mittwoch, 22. Juni 2016, die Ankunft von 55.563 Migranten gezählt, mit den neuen sind es also ca. 62.700. Die Zahl der Bootsflüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien gelangen wollen, steige kontinuierlich an. Es handele sich dabei vorwiegend um Afrikaner.[1] In Libyen sammeln sich die Menschen aus verschiedenen Gegenden Afrikas.

«Überlebende berichten von Schlepper-Zentren, die in Gegenden wie dem Niger aktiv sind und weiterhin Menschen von West Afrika nach Libyen bringen. Dort bleiben diese Menschen dann oft einige Monate, bevor sie auf Booten die Reise Richtung Europa antreten. [...] Von Libyen nach Italien queren momentan hauptsächlich Nigerianer und Menschen aus Gambia. Neun Prozent stammen aus Somalia und Eritrea, d.h. aus Ländern, aus denen generell viele Flüchtlinge kommen.» [2]

Von den erbarmungswürdigen Szenen wird in den Medien ausgiebig berichtet. «Helfer bergen Babyleiche im Mittelmeer.» (Spiegel-online 30.5.16) «Mindestens 700 Menschen sind vergangene Woche im Mittelmeer ertrunken. Doch die Europäer berührt das kaum noch. Sie haben sich an das Sterben vor ihren Grenzen gewöhnt.» (Sp-on 31.5.16) «Italienische Küstenwache rettet 1.300 Flüchtlinge aus Seenot.» (Sp-on 11.6.16) Mehr als Worte erschüttern detaillierte Bilder. Sie sprechen Mitleid und Hilfsbereitschaft der Menschen in Europa an.

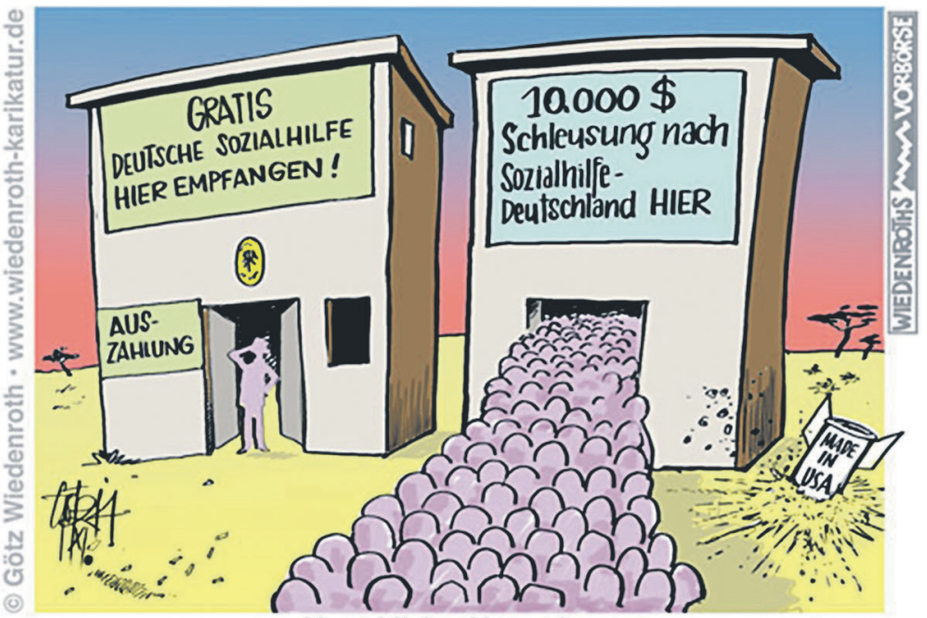
Rettung von Migranten

Doch versuchen wir, etwas hinter die Kulissen zu schauen. Wie immer wird wieder generell von Flüchtlingen gesprochen, ohne Unterscheidung, ob es sich um wirklich Asylberechtigte handelt, oder um Migranten, die verständlicherweise ein besseres Leben suchen, aber keinen legalen Einreisegrund haben. Sie könnte und müsste man also an den europäischen Küsten oder schon vorher abfangen und zurückbringen, und internationale Anstrengungen müssten unternommen werden, ihnen in ihrem Land zu helfen.

«Jetzt kommen Afrikaner – keine Kriegsflüchtlinge», titelte immerhin die Kronen-Zeitung in Österreich am 4.4.2016. «Das Wetter ist in der Mittelmeerregion jetzt gut, diese Woche werden die Schlepper an der afrikanischen Nordküste Dutzende Boote Richtung Italien losschicken», erfuhr die ‚Krone' von einem militärischen Nachrichtendienst. Die in dieser Region patrouillierenden Frontex- und NATO-Schiffe müssen sich aber noch immer auf das Melden der Boote und auf das Retten verunglückter Migranten beschränken, ein Stoppen und Zurückbringen der Schlepperboote ist noch immer nicht politisch abgesegnet – obwohl das vermutlich Hunderte Leben retten könnte.»[3]

Seite 27

Ein Stoppen und Zurückbringen der Schlepperboote wird von der EU nicht gewollt. Warum eigentlich nicht? Die Frage wird nirgends gestellt. Die Schlepper wissen das, können sich nur nicht ganz sicher sein. Sie müssen stets befürchten, dass ihre Boote abgefangen und nicht nach Europa gelassen werden, wenn ihre ausgebeutete Klientel keinen Einreisegrund hat. Wann kann man die Migranten aber nicht an der Einreise hindern? Dann, wenn sie aus Seenot gerettet werden müssen. Es liegt also nahe, dass die Schleuser dies in ihr Kalkül einbeziehen und die Migranten deshalb in wenig seetüchtige Boote packen, mit denen sie bald in Seenot geraten. Rettung als integrierter Bestandteil des geplanten Schleuserweges.



Vergeblicher Versuch

Ausweitung der Rettungsaktionen

Das ist in der Vergangenheit oft schiefgegangen, da zu wenige Rettungsschiffe unterwegs waren. Und die Medienberichte übten einen starken Druck aus. Am 18.10.2013 gründete daher die italienische Marine und Küstenwache die Operation «Mare Nostrum», die für die Seenotrettung von Flüchtlingen und das Aufgreifen von Schleppern zuständig war. Laut der Internationalen Organisation für Migration hat Mare Nostrum in dem Jahr ihres Bestehens ca. 150.000 Menschen gerettet. Doch aus finanziellen Gründen und nachdem man vermutete, dass die «Aussicht auf Rettung den Flüchtlingsstrom ansteigen lassen und die Arbeit der Schlepper erleichtern würde, da diese Flüchtlinge in nicht seetüchtigen Booten transportiertwerden könnten» [4], wurde Mare Nostrum am 31.10.2014 beendet.

Am folgenden Tag begann die Operation Triton unter der Führung der EU-Grenzagentur Frontex mit einem anderen Schwerpunkt: Sicherung der Aussengrenzen der EU vor illegaler Einwanderung. Doch binnen zweier Monate mussten 13.000 Flüchtlinge aus Seenot geborgen werden, und 53 Schleuser wurden festgenommen.[4] Die Schleuser kamen ins Gefängnis und wurden in Afrika durch neue ersetzt, die geretteten Migranten hatten wie zuvor freien Eintritt nach Europa, vor allem ins offene Deutschland.

Im Juni 2015 beschloss die EU zusätzlich zu Frontex und privaten Initiativen wie «seawatch» die «Operation Sophia», an der 22 europäische Nationen mit 1.300 Mann/Frau in Schiffen, Flugzeugen und Hubschraubern beteiligt sind, darunter Deutschland mit 2 Schiffen und 400 Leuten. Aufgabe ist die «Bekämpfung des Menschenschmuggels- und der Menschenhandelsnetze und die Bekämpfung von Schleusern und deren Infrastruktur im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen einerseits der italienischen und andererseits der tunesischen und libyschen Küste.» (Wikipedia) Die beteiligte Bundeswehr fügt hinzu:

«Die Aufgabe der Seenotrettung bleibt bestehen. Wenn die Schiffe auf Boote in Seenot treffen, einen Notruf empfangen oder von der Seenotleitstelle informiert werden, sind sie nach dem Seerechtsübereinkommen, dem Übereinkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See und dem Abkommen über den Such- und Rettungsdienst auf See zur Hilfeleistung verpflichtet. Die Seenotleitstelle Rom koordiniert die Rettungseinsätze. Hier werden Informationen wie die Position von Schiffen, deren Kapazitäten und Seeausdauer zusammengeführt, um Seenotrettungen effektiv koordinieren zu können. Die Seenotleitstelle informiert Schiffe über Seenotfälle in dem Einsatzgebiet, dessen Ausdehnung in etwa der Grösse Deutschlands entspricht.» [5]

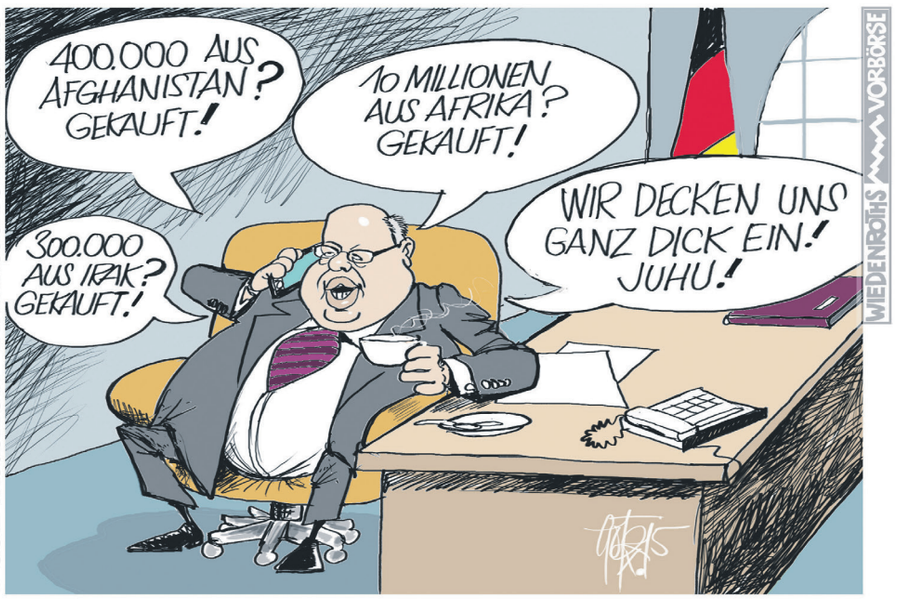
Die Bundeswehr fügt hinzu: «Seit Beginn der Beteiligung deutscher Schiffe an der Seenotrettung Mittelmeer am 7. Mai 2015 retteten deutsche Marinesoldaten 15.019 Menschen aus Seenot, 11.912 Männer, 2.400 Frauen und 707 Kinder. Diese Aufgabe besteht auch weiterhin im Rahmen der Mission EUNAVFOR MED Operation Sophia.» Sonstige Erfolgsmeldungen findet man dort nicht. Der Rettungsdruck ist gross, denn «seit 2014 sind nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 10.000 Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken, oder sie gelten seither als vermisst.» [6]

Flüchtlingsboote werden von den Schleppern gezielt zum Sinken gebracht, da die EU-Schiffe zur Seenotrettung verpflichtet sind und nur so eine direkte Aufnahme in Europa rechtlich legitimiert ist.

Foto: Ggia (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20151030_Syrians_and_Iraq_refugees_arrive_at_Skala_Sykamias_Lesvos_Greece_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en (unverändert)

Zusammenspiel

«Weshalb kentern Boote vorzugsweise, wenn die Retter in Sichtweite sind? Weshalb werden Schlauchboote aufgeschlitzt, wenn das



Der Flüchtlingskoordinator beim Flüchtlingskoordinieren im Kanzleramt

Motorschiff Aquarius auftaucht? Weshalb kommen die Horrormeldungen von ertrunkenen Migranten in letzter Zeit öfter? Wieso sind da wieder – wie zufällig – selbstlose Retter in der Nähe? Fragen, die man sich stellen sollte, die aber nur selten ehrlich beantwortet werden.» [7]

Diese Fragen stellte sich kürzlich ein Blogger. Er hat stichprobenartig am 11.6.2016 im Internet 9 Rettungsschiffe in Bereitstellung festgestellt, 4 in Häfen von Sizilien und Malta, 1 unterwegs nach Malta und 4 Schiffe 55, 40, 30 und 28 km vor der libyschen Küste; ein Leser fügte noch ein 10. Schiff 50 km vor Libyen hinzu.[7] Der Blogger schreibt:

«Mit etwas intuitivem Geschick findet man diese Schiffe auf der Karte und stellt fest, dass da ein reger Pendelverkehr eingerichtet ist. Es findet eine merkwürdige Symbiose statt: Die Schlepper schicken die Boote nicht zufällig auf die Reise, sondern sie haben eine Profiausführung von einem dieser Schiffsfinde-Programme, damit sie genau einschätzen können, wann und wo ein Schiff auftauchen wird. So wird sichergestellt, dass die Migranten auch entdeckt werden. Da ein Schiff niemanden ohne Not mitnehmen muss, wird eben der Seenotfall hergestellt. Angeblich sei kein Schiff und auch keine Küstenwache verpflichtet, Leute aus Booten, auch nicht aus Schlauchbooten, zu retten, denn sie sind in den Booten ja in Sicherheit. Eine Pflicht zur Rettung bestünde erst dann, wenn sich Personen im Wasser befinden, wenn der Seenotfall hergestellt ist. Dies erklärt auch, warum Flüchtlinge ihr Boot teilweise selbst zerstören (von den Schleppern dazu instruiert) sobald ein Rettungsboot, egal ob Küstenwache oder Frachtschiff, auftaucht. Die ‚Bourbon Argos' war ein paar Tage in Zarzis (Tunesien). Da hätte sie jeden an Bord nehmen können, aber das wäre ja eine illegale Einreise in die EU. Also muss der Weg über Schiffbruch durchs Wasser aufs Schiff genommen werden.» [7]

Er habe sich dann mit einem Schiffsuchprogramm eine ganze Woche die Schiffsbewegungen der «Helferboote» angesehen. Die symbiotische Zusammenarbeit zwischen Schleppern und «Helfern» sei unübersehbar.

«In der Abbildung sieht man, dass die Helferschiffe entlang der Küstenlinie vor Tripolis patrouillieren. Die Schlepper wissen das. Die Entfernung von Tripolis nach Lampedusa beträgt etwa 300 km. Ohne GPS, Skipper, einem ordentlichen Boot und einem ausreichenden Treibstoffvorrat ist die Strecke nicht zu schaffen. Aber dank der Retter (hauptsächlich Deutsche) verkürzt sich diese Strecke auf die Distanz, um aus der 12-Meilenzone zu fahren. Da genügen Schlauchboote und einer, der einfach geradeaus Richtung Helferschiff fährt. Mehr als 40 km sind in der Regel nicht zu bewältigen. In maximal 5 Stunden ist die Fahrt vorbei. So lässt sich viel Geld verdienen. Der Seenotfall wird hergestellt und damit das Recht erwirkt, die Leute in die EU zu bringen. Was soll denn die NATO (Anm.: gemeint ist EU)-Mission Sophia mit ihren martialischen Kriegsschiffen ausrichten? Beim Diebstahl, so sagt man, sei der Hehler schlimmer als der Stehler. Der Schlepper bekommt seine Dienstleistung von den Migranten finanziert, das nächste Glied in der Kette von Spendengeldern.» [8]

Schon ZEIT-online schilderte am 21.3.2016 die Situation ähnlich:

«In Libyen selbst schieben die Schlepper die voll besetzten Schlauchboote inzwischen nur noch vom Strand aus kurz über die 12-Meilen-Grenze in internationale Gewässer. Dann setzen sie bei den Schiffen der NATO-Operation (Anm.: eigentlich EU-Operation) Sophia einen Notruf ab, damit deren Besatzungen die Menschen aus dem Mittelmeer fischen. ‚Das ist mittlerweile eine wohlorganisierte Übergabe', sagt ein europäischer Diplomat. Allein in der vergangenen Woche nahmen deutsche und italienische Kriegsschiffe 3.100 Schiffbrüchige an Bord. Viele ihrer Boote hatten nicht genug Treibstoff für die gesamte Überfahrt. Westliche Geheimdienste schätzen, dass momentan 150.000 bis 200.000 Fluchtwillige in Libyen warten.» [9]

Foto: Dirk Ingo Franke (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:%C3%9Cberwachungskameras_Autohof_in_Th%C3%BCringen_an_A9_03.06.2013_10-07-08.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de

Von Flüchtlingserkennung und Terrorbekämpfung zur Totalüberwachung

In der EU-Datenbank Eurodac wurden bisher nur Fingerabdrücke von Asylbewerbern gespeichert, um zu verhindern, dass diese in mehreren EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig Asyl beantragen. Im nächsten Schritt sollen nun Gesichtsfotos hinzukommen. Anhand dieser Fotos möchte die EU-Kommission zukünftig mit Hilfe einer Gesichtserkennungssoftware Asylbewerber identifizieren. Andrej Hunko, der europapolitische Sprecher der Linken im Bundestag, hält dieses geplante Vorgehen dagegen für einen «gewaltigen Schritt zur Überwachung der gesamten Bevölkerung.» Warum? Diese Software ist in der Lage auch in jedem anderen Bild- und Videomaterial jede beliebige Person zu erkennen. In einem anderen Projekt will Innenminister de Maizière im Namen der Terrorbekämpfung eine Kameraüberwachung mit Gesichtserkennung auf Bahnhöfen und Flughäfen einführen. Das bedeutet, dass unter dem Deckmantel der Identifikation von Flüchtlingen und der Terrorbekämpfung eine neue Gesichtserkennungssoftware eingeführt und getestet werden soll. Mit solchen Softwares können früher oder später alle EU-Bürger in Echtzeit identifiziert und somit auf Schritt und Tritt überwacht werden.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 06/2017*

Seite 29

Flucht-Anreiz: Rettung

Was man schon bei der Operation Mare Nostrum angenommen hatte, dass die verstärkte Rettungsaktion für noch mehr Menschen einen Anreiz zur Flucht bildete, wird nun durch eine wissenschaftliche Untersuchung bestätigt. Die Deutsche Welle schreibt auf ihrer Webseite am 11.6.2016:

«Nach einer Studie von Wirtschaftswissenschaftlern der Universität Palermo auf Sizilien spülen die europäischen Einsätze zur Rettung von Flüchtlingen vor allem Geld in die Taschen von Menschenschmugglern. Die Untersuchung zeige, dass ‚militärische Patrouille-Einsätze im Mittelmeer die Zahl der Ankünfte (von Migranten) erhöht haben, und damit einen Anreiz und einen positiven Faktor für das Geschäft der Schleuser darstellen', heisst es in einer Präsentation der noch unveröffentlichten Studie, die der Deutschen Presse-Agentur nach eigenen Angaben vorliegt. Indem die Rettungsmissionen die Sicherheit der Überfahrt erhöhen, machten sie die Dienste der Schleuser attraktiver und befeuerten deren Geschäft. [...] Die Rettungspatrouillen im Mittelmeer sind nicht zum ersten Mal mit dem Vorwurf konfrontiert, den Schleusern in die Hände zu spielen. Menschenrechtler und EU-Institutionen sehen aber trotz des sogenannten ‚Pull Faktors' eine moralische Verpflichtung, in Seenot geratene Menschen zu retten.» [10]

Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex, die dieses Jahr mit einem Zustrom von 300.000 Migranten per Boot über die zentrale Mittelmeerroute in die EU, d.h. mit 10.000 Ausreisen pro Woche aus Libyen rechnet, führt als eine der Ursachen für die hohe Zahl von Ausreisen per Boot von Libyen die intensivere Überwachung und Seenotrettung durch die EU an. Sie führe dazu, dass Schlepper noch ungehemmter Flüchtlinge in wenig seetüchtigen Booten auf die Reise schickten, weil die Migranten von der EU gerettet würden. «Das löst Ausreisen aus», sagte Frontex-Direktor Klaus Roesler. «Immerhin brauchen sie dann nur einen Notruf abzusetzen.» [11]

> Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.»
>
> *Martin Schulz*

Foto: Martin Rulsch (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Schulz_(Martin_Rulsch)_1.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

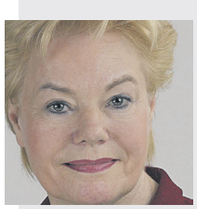
EU-Operation «Sophia» ohne Erfolgsaussichten

Die Rettungsaktionen der EU-Operation «Sophia», die den Angaben nach nur Nebenaufgaben sind, wirken also nach zwei Seiten verstärkend: Je mehr Menschen gerettet werden, desto mehr Rettungsbedürftige kommen nach. Und was ist mit der Hauptaufgabe? Nach einem Artikel von Spiegel-online vom 13.5.2016 kommt ein Bericht, der dem britischen Oberhaus vorgelegt wurde, zu dem Ergebnis: «Die Operation ‚Sophia' erfüllt ihre Aufgabe nicht und, das ergänzen wir noch, wird es auch nicht können.» Der Spiegel referiert weiter:

«Seit dem vergangenen Jahr soll die EU-Mission im Mittelmeer, an der auch rund 400 deutsche Soldaten beteiligt sind, Netzwerke von Schmugglern zerschlagen und das Geschäft mit Menschenhandel eindämmen. [...] Bestand die Aufgabe der Soldaten zunächst nur darin, Informationen zu sammeln, sollen sie in einer zweiten Phase seit Oktober ver-

Rechtskonform statt «rechtslastig»: Politiker verlassen CDU

Mit «Ein Austritt mit Getöse» überschrieb die Augsburger Allgemeine am 16. Januar 2017 ihren Artikel über den Austritt von Erika Steinbach aus der «Christlich Demokratischen Union Deutschlands» (CDU), in der sie 42 Jahre aktiv gewesen war. Frau Steinbach schrieb zur Begründung ihres Austritts, Merkel entscheide notfalls «auch unter Ausserachtlassung von Recht und Gesetz». Steinbach wörtlich: «Sowohl der ökonomische als auch der kulturelle Schaden sei für Deutschland ohne Beispiel und in ihrem Ausmass noch überhaupt nicht in vollem Umfang abschätzbar.» Als Beispiele nannte Steinbach den von Merkel überraschend beschlossenen Atomausstieg, die milliardenschweren Euro-Rettungspakete sowie vor allem die Flüchtlingspolitik.



Erika Steinbach verliess die CDU wegen Angela Merkels verheerender Entscheidungen.

Foto: Deutscher Bundestag (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erika_Steinbach.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

In der Flüchtlingspolitik wirft sie Frau Merkel fortgesetzten Rechtsbruch vor, weil sie in einer «einsamen Kanzlerentscheidung» im Herbst 2015 «mehr als eine Million Migranten ungesteuert und unüberprüft monatelang nach Deutschland» habe einreisen lassen. Darunter seien auch Terroristen gewesen. Merkel habe Deutschland damit «massiv» geschadet. In seinem Kommentar bezeichnet Winfried Züfle von der Augsburger Allgemeinen Frau Steinbach als rechtslastig. Doch ist es nicht vielmehr so, dass Frau Erika Steinbach ihre Treue zum Recht statt die ihr vorgeworfene Rechtslastigkeit beweist? Sie setzt nämlich nach Erkennen von Merkels Rechtsbruch ein klares und verantwortungsbewusstes Zeichen. Schon im Oktober 2015 trat der bekannte Kapitalmarktexperte Thorsten Schulte (siehe S. 14) nach 26-jähriger Parteizugehörigkeit aus der CDU aus. Dies wegen des Rechtsbruchs von Frau Merkel in der Flüchtlingspolitik.

Quelle: *Stimme und Gegenstimme, 04/2017*

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Dies scheint nicht nur Satire, sondern bitterer Ernst zu sein. Der UN-Diplomat Serge Boret Bokwango gab offen zu, es handle sich bei der Migration aus Afrika um einen «Massenexodus von Abfall nach Europa». Diese harte Wortwahl deutet darauf hin, dass viele afrikanische Staatsoberhäupter wohl nicht allzu traurig darüber waren, als bestimmte Personen ihr Land in Richtung Europa verliessen.

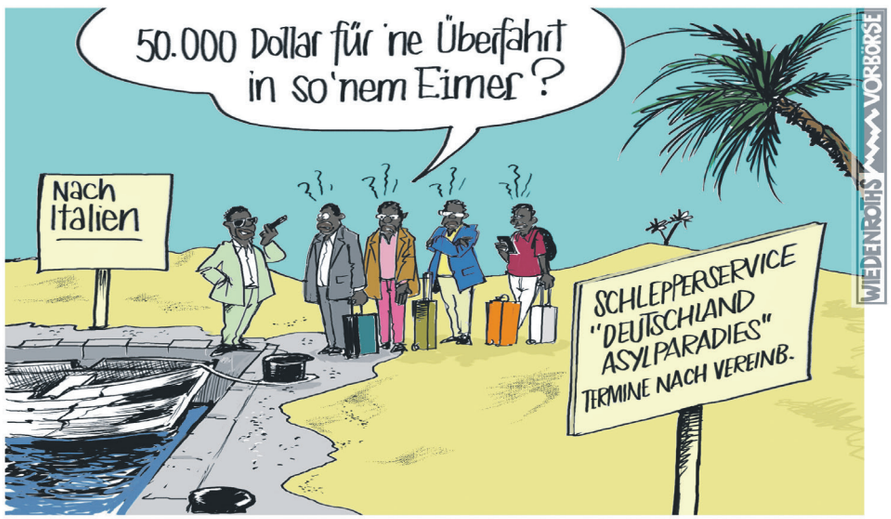
dächtige Schiffe überprüfen und Schleuser festnehmen. [...] Seit dem Beginn der Mission habe es rund 50 Festnahmen gegeben, allerdings habe es sich eher um ‚kleine Fische', um Verdächtige und Handlanger aus Schleusernetzwerken gehandelt, heisst es in dem Report weiter. Die Mission sei wegen des grossen zu überwachenden Gebiets von Anfang an mit grossen Herausforderungen verbunden gewesen, räumen auch die Verfasser des Papiers ein. Immerhin: Die Suche und Rettung von Flüchtlingen sei erfolgreich. Demnach konnte im Rahmen des Einsatzes rund 9000 Menschen geholfen werden.

Bei Gründung der Mission [...] war das eher ein Nebenaspekt. Dieser Teil der Mission müsse fortgesetzt werden, rieten die Mitglieder des Ausschusses für EU-Angelegenheiten. Ende Juni 2017 muss das Mandat für den Einsatz komplett erneuert werden. In einer dritten Phase sollen die Schiffe auch in libysche Hoheitsgewässer eindringen dürfen und Schleuser direkt vor der Küste oder an Land bekämpfen können. Dafür bedarf es aber einer Zustimmung des UN-Sicherheitsrats oder der Einladung einer anerkannten libyschen Einheitsregierung. Dass es in naher Zukunft dazu kommen wird, ist bislang nicht abzusehen.

‚Sophia' habe gleichwohl ‚wenig Aussicht' darauf, den Schleusern das Handwerk zu legen, solange es keine Unterstützung einer stabilen libyschen Regierung gebe. In dem Land herrscht Chaos: Drei Regierungen rivalisieren, zwischen West und Ost tobt ein Bürgerkrieg – und dazwischen macht sich der ‚Islamische Staat' breit. Nach Schätzung Brüsseler Diplomaten warten in Libyen rund 500.000 Menschen auf ihre Reise Richtung EU.» [12]

Täuschung und Wahrheit

Man lässt also eine Phalanx von Schiffen im Mittelmeer patrouillieren, um angeblich den Schleusern das Handwerk zu legen, weiss aber, dass das so eigentlich ohne wirkliche Aussicht auf Erfolg ist. Man weiss auch, dass allein durch die Anwesenheit der Schiffe der Fluchtanreiz via provozierter Seenot-Rettung erhöht wird. Und unter dem Mantel der humanen Rettung wird in Wahrheit die Arbeit der Schleuser übernommen und vollendet.



Ihr werdet nach zwei Seemeilen von einem supermodernen deutschen Kriegsschiff aufgesammelt und weitergeschleppt. Das hat nun mal seinen Preis!

Die Aufmerksamkeit der Menschen wird durch die vordergründigen, medial aufbereiteten Rettungsaktionen gebunden. Sie fragen gar nicht mehr nach dem vorgeblichen eigentlichen Auftrag. Der moralische Schleier der laufenden humanitären Taten bewirkt, dass die dadurch fortgesetzt unterstützte und geförderte Schleusung massenhafter Migranten nach Europa von den meisten hingenommen wird.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies wieder ein geplantes gigantisches Täuschungsmanöver ist, um die von der «Weltelite» geplante Massenmigration weiter zu befördern. Es wäre ja auch widersinnig, den gut arbeitenden Schleusern wirklich das Handwerk legen zu wollen, wenn z.B. die Bevölkerungsabteilung der UN in einem erst kürzlich bekannt gewordenen UN-Bericht für die EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien einen Zustrom von Migranten aus Nahost und Nordafrika fordert, um bei der Alterung der Gesellschaft dennoch Wirtschaftswachstum zu erzielen und von Deutschland die Öffnung für 11,4 Millionen Migranten verlangt, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen führen werde.[13]

Der junge Aussenminister Österreichs, Sebastian Kurz (ÖVP), schert aus der EU-Phalanx aus und fordert, Flüchtlinge auf dem Mittelmeer abzufangen und auf Inseln wie Lesbos zu internieren, bevor sie in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden sollen. In einem Interview mit der Wiener Zeitung «Die Presse am Sonntag» sagte Kurz, es gehe darum, die illegale Migration nach Europa zu stoppen. Es müsse klar sein, dass «die Rettung aus Seenot nicht mit einem Ticket nach Mitteleuropa verbunden ist.» Flüchtlinge, die nicht auf legalem Weg nach Europa kommen, hätten ihr Recht auf Asyl verwirkt und sollten im Idealfall sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.

«Wenn die Kooperation (Anm.: mit Libyen) nicht möglich ist, dann müssen die Menschen in einem Asylzentrum untergebracht und versorgt werden, idealerweise auf einer Insel. Von dort muss dann ihre Rückkehr organisiert und finanziell unterstützt werden. [...] Wer auf einer Insel wie Lesbos bleiben muss und keine Chance auf Asyl hat, wird eher bereit sein, freiwillig zurückzukehren, als jemand, der schon eine Wohnung in Wien oder Berlin bezogen hat.» [14]

Doch solche Überlegungen sind wirkungslos, solange die Menschen Europas Parteien wählen, die die Migration bedingungslos fördern, anstatt nach dem Vorbild der Briten das EU-Diktat abzuschütteln; und vor allem: Solange sie Vertreter einer korrupten Parteien-Parallelgesellschaft und nicht wirkliche Volksvertreter in die Parlamente entsenden.

Quelle: *fassadenkratzer.wordpress.com*

Quellen:

1. http://www.krone.at/welt/mittelmeer-7000-migranten-in-zwei-tagen-gerettet-schlepperei-haelt-an-story-516809
2. http://www.unhcr.de/presse/nachrichten/artikel/e483374b8805999b947bfef3c44f9d16/880-menschen-im-mittelmeer-ertrinken-2.html
3. http://www.krone.at/oesterreich/jetzt-kommen-afrikaner-keine-kriegsfluechtlinge-regierungspapier-story-503775
4. Utno.de 10.3.2016
5. http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/start/aktuelle_einsaetze/eunavformed/dereinsatzimmittelmeer/!ut/p/z1/04_Sj9CPykssy0xPLMnMz0vMAfljo8zinSx8QnyMLI2MQkLMXA0cXY0sAyx9fI0NTEz0wwkpiAJKG-AAjgb6wSmp-pFAM8xxm2GsH6wfpRVlViWWKFXkF9UkpNaopeYDHKhfmRGYl5KTmpAfrIjRKAgN6LcoNxREQBE7uPV/dz/d5/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922TT6E0AE29P9LM3043
6. http://www.dw.com/de/italienische-k%C3%BCstenwache-rettet-1350-fl%C3%BCchtlinge/a-19324046
7. http://www.altermannblog.de/keine-mittel-mehr-fuers-mittelmeer/
8. http://www.altermannblog.de/schlepperbekaempfung-maerchen-und-wirklichkeit/
9. http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/fluechtlinge-libyen-schlepper
10. http://www.dw.com/de/italienische-k%C3%BCstenwache-rettet-1350-fl%C3%BCchtlinge/a-19324046
11. https://www.contra-magazin.com/2016/06/frontex-rechnet-mit-300-000-migranten-per-boot-aus-libyen/
12. http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bericht-stellt-eu-mission-sophia-vernichtendes-zeugnis-aus-a-1092305.html
13. https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/
14. diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5003144/Kurz_Rettung-aus-Seenot-ist-kein-Ticket-nach-Europa

Migration

- Die Bundesregierung zeigt sich zuversichtlich, dass der Plan gelingen wird, Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren, um den Nachwuchs innerhalb der BRD stabil zu halten. Dafür werden von der Regierung optimistische Statistiken ins Feld geführt, Zahlen genannt und Zusammenhänge behauptet
- Verlautbarungen der Bundesregierung und unzählige Medien-Berichte sprechen in den höchsten Tönen von der Qualifikation und Arbeitswilligkeit der Flüchtlinge. Auch die Notwendigkeit der Einwanderung in hoher Zahl wird durch Narrative wie den vermeintlich vorherrschenden Fachkräftemangel untermauert
- Viele Statistiken, Beobachtungen und Aussagen, die in den Medien und der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung selten Beobachtung finden, sprechen eine ernüchterndere Sprache. Oft fehlen den Flüchtlingen die einfachsten Grundkompetenzen, sie zeigen sich wenig arbeitswillig und lehnen in grossen Zahlen sogar die Grundwerte der westlichen Kultur ab
- Alles in allem sprechen überwältigend mehr Gründe dafür, dass eine dauerhafte Integration der Flüchtlinge in Deutschland nicht gelingen kann. Vieles weist jedoch darauf hin, dass ein grosser Anteil der Flüchtlinge unter Vorspiegelung falscher Tatsachen regelrecht angelockt wurde, mit der Versprechung in Deutschland ein Schlaraffenland zu finden

Fakten und Fiktionen zu Flüchtlingsflut

von Hagen Grell

Die Flüchtlingsfrage spaltet seit Sommer 2015 die Deutschen und zeigt eine tiefe Kluft zwischen dem Willen der Regierung und dem Willen des Volkes. Und die Fakten werden in den hitzigen Diskussionen leider oftmals der einen oder anderen Ideologie untergeordnet. Doch die Fragen bleiben: Wie viele Flüchtlinge kann Deutschland vertragen? Sollen sie als Gäste oder als Siedler behandelt werden? Und können diese fremden Menschen überhaupt in Deutschland integriert werden?

Während die Deutschen sich uneinig sind, ob eine befristete Willkommenskultur, eine strenge Auswahl der Asylanten inklusive Obergrenze oder gar eine komplette Ablehnung neuer Asylbewerber die beste Lösung ist, hat die Bundesregierung andere Pläne. Angela Merkel möchte gern die Flüchtlinge in Deutschland integrieren, ihnen einen dauerhaften Beruf und Wohnort im Lande sichern und sie so zu Siedlern machen. Das offizielle Kalkül Merkels dahinter: Die Deutschen vermehren sich – mit 1,3 Kindern pro Frau – weniger, als es für die Erhaltung der über 80 Millionen Deutschen nötig wäre. Die Siedler sollen den ausbleibenden deutschen Nachwuchs ersetzen und so die Renten sichern.

Flüchtlinge als Zukunftsmodell

Damit liegt Merkel ganz auf Linie der EU, deren Kommissar Dimitris Avramopoulos gern 70 Millionen Flüchtlinge nach Europa holen möchte[1]. Auch die Organisation «Vereinte Nationen» (UN) sieht diese Strategie für Europa vor. In ihrem offiziellen Plan «Einwanderung als Lösung für schrumpfende Bevölkerungen»[2] sieht die UN verschiedene Szenarien vor, die alle die Ersetzung der einheimischen schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland und anderen Ländern durch Einwanderer vorsieht.

Im Falle der EU werden die Flüchtlinge somit zu Siedlern umfunktioniert. Doch kann das auch funktionieren? Sind die Flüchtlinge in Deutschland so integrierbar, dass eine Ersetzung gelingen kann? Und wollen das die Deutschen überhaupt?

Die Frage nach dem Willen der Deutschen wird von der Regierung nicht gestellt, denn Angela Merkel, der Grossteil ihres Kabinetts und andere Bundespolitiker wie Claudia Roth sind von diesem Plan überzeugt. Sie zeigen sich zuversichtlich, dass der Plan gelingen wird und für alle das Beste ist. Dafür werden von der Regierung Statistiken ins Feld geführt, Zahlen genannt und Zusammenhänge behauptet. «Die Integration funktioniert» und «Wir schaffen das» sind die Credos dieser Politiker und ihrer Verbündeten in den Leitmedien. Doch funktioniert das wirklich? Was sind die wahren Fakten?

Nicht alle sind Flüchtlinge, manche sind nur Besucher

Zunächst sei die Grundsatzfrage erlaubt, ob es sich überhaupt um Flüchtlinge handelt. Damit ist natürlich nicht die Unterstellung impliziert, es gäbe keine Flüchtlinge. Doch die Frage sollte erlaubt sein, ob wirklich alle neuen Zuwanderer Flüchtlinge sind.

Dagegen spricht, dass 2006 nur 6,4 Prozent der Asylanträge zugelassen wurden. 2011 waren es 22,3 Prozent. 2016 dann überra-

schenderweise 62,4 Prozent[3]. Ob diese signifikante Umkehr der Zulassungen politisch verordnet war, sei dahingestellt, Fakt ist aber, dass über die Zeit von 10 Jahren betrachtet, Folgendes festgehalten werden muss: Sehr viele Asylanträge werden abgelehnt. Das heisst, zumindest ein grosser Teil der Asylbewerber hat keinen legitimen Grund, Schutz in Deutschland zu suchen. Es handelt sich daher bei der Gruppe nicht ausschliesslich um Flüchtlinge und bei genauerer Betrachtung auch nicht mehrheitlich um Flüchtlinge.

Es ist daher zu empfehlen, einen anderen Begriff zu verwenden. Die Bezeichnung «Besucher» bietet sich an, da es ein neutraler, freundlicher Begriff ist. Auch den wirklichen Flüchtlingen wird damit Respekt gezollt, da der Begriff «Flüchtling» nun wieder den wirklichen legitim Schutzsuchenden vorbehalten ist. Aus Gründen der Lesegewohnheit heraus wird in diesem Artikel weiterhin der Begriff «Flüchtling» für die Besucher verwendet.

Der Mythos Fachkräftemangel

Neben der Sicherung der Renten begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit der Integration durch den vermeintlichen Fachkräftemangel in Deutschland. Die Flüchtlinge seien exzellent ausgebildet, arbeitswillig und würden die unbesetzten Stellen in Deutschland füllen und somit die deutsche Wirtschaft stärken. Doch gibt es überhaupt diesen so oft beschworenen Fachkräftemangel?

Foto: Tohma (talk) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alice_Schwarzer2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Die Antwort darauf ist nicht eindeutig: Zunächst gibt es tatsächlich immer wieder einen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern in einigen Unternehmen in Deutschland. Doch das ist regional unterschiedlich. In wirtschaftsstarken Regionen wie Baden-Württemberg zum Beispiel werden häufig Mitarbeiter händeringend gesucht. In wirtschaftsschwachen Bundesländern kommt das seltener vor[4]. Auch fehlen eher Fachkräfte in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) als in sozialen Feldern. Aber auch nicht-akademische, handwerkliche Berufe werden oft gesucht.

Davon nun aber einen generellen Fachkräftemangel abzuleiten, unterschätzt die Beweglichkeit einer Volkswirtschaft. Zwar kann es einen zeitweisen Fachkräftemangel geben. Sobald dieser aber öffentlich bekannt wird, entscheiden sich viele junge Menschen genau für diese Berufszweige und füllen ein paar Jahre später genau diesen Fachkräftemangel wieder auf, sobald ihre Ausbildung oder ihr Studium abgeschlossen ist [5]. Sollte ein Fachkräftemangel dauerhaft bestehen, könnte daher ein Medienversagen die Ursache sein, wenn die Öffentlichkeit nicht davon erfahren hat.

Sind die Flüchtlinge alle Ärzte?

Über das Bildungsniveau der Flüchtlinge wird medial sehr heftig gestritten. Während die Tagesschau die Besucher als «hochqualifiziert» bezeichnet [6], sprechen Bildungsökonomen von: hauptsächlich Analphabeten[7].

Aber was ist wahr?

Foto: Raimond Spekking (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:K%C3%B6lner_Dom_-_Nordseite_und_Bahnhofsvorplatz_bei_Nacht_-_Ausschnitt_(8117-19).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed

> Diese jungen Männer sind das triste Produkt einer gescheiterten, ja nie auch nur wirklich angestrebten Integration. Sie sind das Produkt einer falschen Toleranz, in der fast alle – Menschen, Medien, Kirchen und Politik – unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere Gleichberechtigung infrage stellen, ja mit Füssen haben treten lassen, zugunsten «anderer Sitten» bzw. einer ominösen «Religionsfreiheit» – in deren Namen man Parallelwelten entstehen liess und nicht auf Integration bestand. Als hätte dieser Fanatismus etwas mit Glauben zu tun.»
>
> *Alice Schwarzer über die Kölner Silvesternacht*

Zunächst sei der Tagesschau-Artikel «Bildungsniveau der Flüchtlinge: Hochqualifiziert – aber nicht ausgebildet» [6] im Fokus unserer Betrachtungen. Dort offenbart sich dem genauen Leser eine ganz andere Geschichte als dem oberflächlichen. Zum Beispiel wird dort zugegeben «Die Angaben beziehen sich auf den Besuch von Bildungseinrichtungen im Herkunftsland, nicht auf erzielte Abschlüsse» – wenn dort von Gymnasium gesprochen wird, ist das also nur der Besuch der Schule, nicht das erreichte Abitur. Zudem ist die Gleichsetzung der Schulen in anderen Ländern mit deutschen Schulformen eher ungenau, da sie sich teilweise erheblich unterscheiden. Auch wird zugegeben «77 Prozent der Asylbewerber beteiligten sich an der Umfrage. Da die Teilnahme freiwillig war, ist allerdings denkbar, dass diejenigen, die nicht teilgenommen haben, ein niedriges Bildungsniveau haben, was den repräsentativen Charakter einschränkt.»

Ein weiteres Problem: «Diese Analyse stützt sich auf eine Befragung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aller im Jahr 2015 registrierten Asylbewerber mit hohen Bleibeaussichten.» Das heisst, es handelt sich hier bereits um Bewerber mit hohen Bleibeaussichten und nicht um alle Asylbewerber. Damit ist eine Auswahl getroffen, die vermutlich der Zahl der anerkannten Asylanten ähnelt, was irgendwo zwischen 6,4 Prozent (2006) und 62,4 Prozent (2016) liegen könnte.

Noch gravierender ist aber, dass es sich um eine Umfrage handelt. Das heisst: Jeder Befragte kann seine Bildung frei erfunden haben. Und da Bildung der Bleibeerlaubnis

Assad:
Trump hat recht, einige Flüchtlinge «definitiv» Terroristen

Der syrische Präsident Assad warnte in einem Interview mit Yahoo News davor, dass sich Terroristen unter den Flüchtlingen befinden, die aus Syrien in den Westen einreisen. Trump sei das einzige westliche Staatsoberhaupt, das Lösungen im Kampf gegen den IS biete. Assad warnte laut Medienberichten vor Protesten gegen das neue Einwanderungsverbot des US-Präsidenten Donald Trump. Werde das Einwanderungsverbot nicht umgesetzt, würden Terroristen unkontrolliert in die Vereinigten Staaten einwandern. Assad sagte, Trump sei das einzige westliche Staatsoberhaupt, das echte Lösungen im Kampf gegen den IS biete.

«Trump versprach während der Kampagne und nach der Kampagne, dass seine Priorität die Bekämpfung von Terroristen ist, vor allem des Islamischen Staats. Das ist genau das, was wir in den vergangenen sechs Jahren erreichen wollten. Wir glauben, dass sich dies auf den Rest der Welt positiv auswirken wird, einschliesslich Syrien.»

Unter den Flüchtlingen aus Syrien befänden sich «definitiv» auch Terroristen. Die derzeitigen Versuche, das Einwanderungsverbot in die USA zu stoppen, könnten die Leben amerikanischer Bürger in Gefahr bringen.

Quelle: *gegenfrage.com*

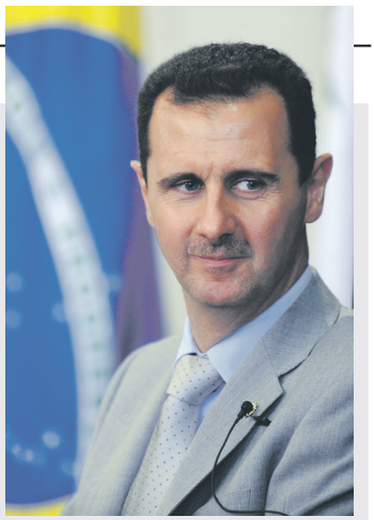


Foto: Fabio Rodrigues Pozzebom/ABr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bashar_al-Assad.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

Seite 33

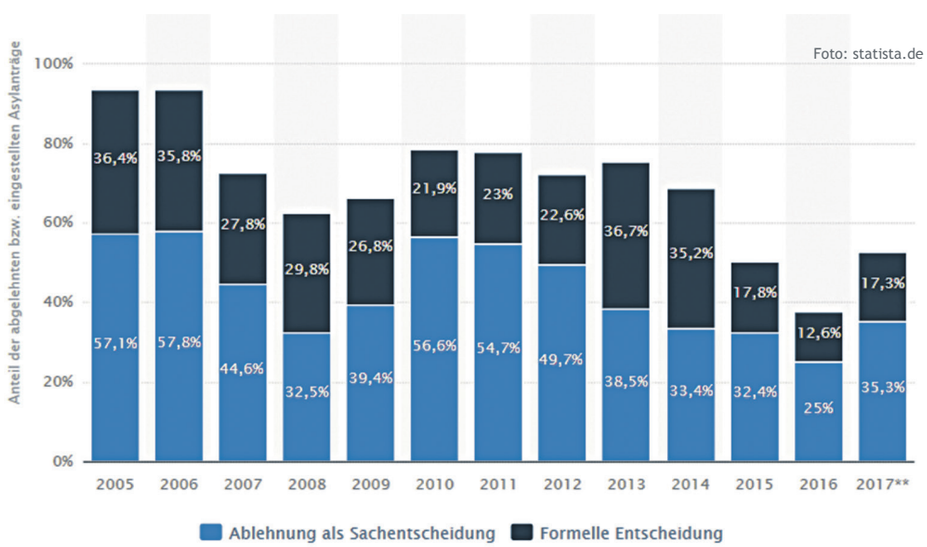
förderlich sein kann, haben die befragten Flüchtlinge durchaus einen Grund zu lügen. Nicht dass es so sein muss, aber man kann hier nicht mehr von Fakten sprechen. Ein Beispiel, wie absurd diese Umfrage tatsächlich ist, liefert der Artikel selbst: «Eine solche Nachqualifikation macht auch Majed Barbare, der Vater von Seba und Emma. Er war in seiner Heimat Lkw-Fahrer, hat aber seinen Führerschein in der Hektik der Flucht vergessen. Jetzt wird er ihn auf Arabisch hier nachholen» – Diese Geschichte könnte wahr sein. Oder dieser Mann macht auf Kosten des deutschen Steuerzahlers nun zum ersten Mal seinen Lkw-Führerschein. Wir werden es vermutlich nie erfahren.

Sind die Besucher Analphabeten?

Im Gespräch mit der ZEIT erklärt Bildungsökonom Ludger Wössmann: Die Grundkompetenzen der meisten Flüchtlinge sind nicht vorhanden. Während in Deutschland traurige 16 Prozent der Menschen Analphabeten sind, sind es zum Beispiel in Albanien 59 Prozent. In Syrien sind es sogar 65 Prozent [7]. Auch die allgemeine Bildung der Syrer ist nicht besser. Im Schnitt hängen die syrischen Achtklässler laut Wössmann ganze 5 Jahre hinter den deutschen Achtklässlern zurück. Auch die Bundesagentur für Arbeit sagt: Zwei Drittel der Asylbewerber aus Kriegsgebieten haben keine Berufsbildung. Wössmann glaubt, dass nur Flüchtlinge im Kindesalter eine Chance haben, ein ähnliches Bildungsniveau wie Deutsche zu erreichen. Dieter Lenzen, der Präsident der Universität Hamburg, stimmt ihm zu [8].

Lothar Semper wiederum ist der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer München und Oberbayern. Er hat Einblick in die Zahlen der angefangenen Ausbildungen der Flüchtlinge. Er berichtete bereits im Herbst 2015, dass 70 Prozent der Flüchtlinge in seiner Einrichtung ihre Ausbildung abgebrochen hätten[9]. Er hält diese Zahlen für repräsentativ. Er glaubt: 70 Prozent aller Flüchtlinge seien ebenfalls unqualifiziert.

Und auch ganz praktisch zeigten zuletzt führende DAX-Unternehmen, wie bzw. dass es nicht funktioniert. Die DAX-Konzern-Chefs wollten öffentlich glänzen und verkündeten, im grossen Stil Flüchtlinge einstellen zu wollen. Das Ergebnis: 26 der 30 DAX-Konzerne gaben Auskunft und berichteten, dass sie alle zusammen insgesamt nur 63 Flüchtlinge eingestellt hätten. Davon arbeiten ganze 50 bei der Post. [10]



2006 wurden noch 93.6% (35.8+57.8) der Asylanträge in Deutschland abgelehnt. Folglich 6.4 Prozent zugelassen. 2016 hat sich die Zahl der Zulassungen um das fast Zehnfache gesteigert. Es wurden nur 37.6 % (12.6+25) der Asylanträge abgelehnt, d.h. 62.4 % zugelassen. Es erweckt den Eindruck, die extreme Steigerung der Zulassungen sei politisch verordnet.

Hochmotiviert und überaus arbeitswillig

Fleiss und Leistungsbereitschaft kommen im Allgemeinen immer noch gut bei den Deutschen an. Vermutlich berichteten die regierungsnahen Leitmedien daher verstärkt über die vermeintliche Arbeitsfreude der Flüchtlinge.

Die Bildungsunternehmerin Ulrike Garanin sprach gar davon, dass die Flüchtlinge «arbeitswillig», «dankbar» und «hochmotiviert» seien[11]. Dass sie von dem Zufluss neuer staatlich vermittelter Schüler direkt finanziell profitiert, könnte hierbei eine Rolle spielen. Andererseits könnte es tatsächlich ihrer Erfahrung entsprechen, dass diejenigen Flüchtlinge, die sich freiwillig bei ihr ausbilden lassen, hochmotiviert sind. Ein rein mathematisch-wissenschaftlicher Fehler ist es allerdings, von einer so kleinen Gruppe wie ein paar hundert auf alle Flüchtlinge zu schliessen.

Einen realistischeren Einblick liefern Statistiken. Laut Bundesagentur für Arbeit sind 137.000 Flüchtlinge im August 2016 einer Arbeit nachgegangen. Das seien 30.000 mehr als im Vorjahr 2015. Bis Ende November 2016

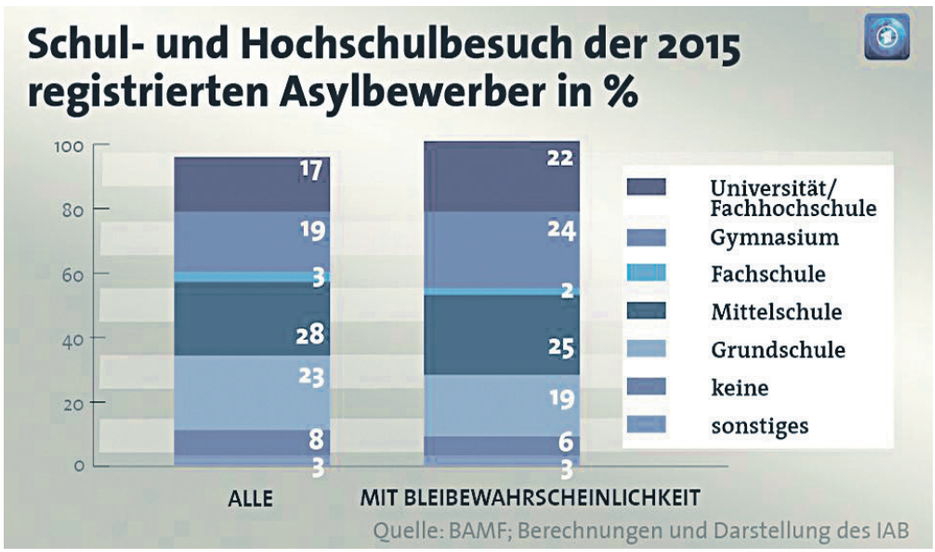


Foto: ard.de

Am 22.08.2016 erschien ein Bericht auf tagesschau.de, der in seinem Titel behauptete, die meisten Flüchtlinge seien «hochqualifiziert, aber nicht ausgebildet». Die Analyse stützte sich auf eine Befragung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Tagesschau vermittelte dem Leser, der Bildungsstand und die Motivation der Flüchtlinge machten grosse Hoffnung auf eine baldige Integration in den Arbeitsmarkt.

46 Prozent aller Asylbewerber mit guten Bleibeaussichten hätten ein Gymnasium oder sogar schon eine Hochschule besucht. «Darunter sind zum Beispiel Ärzte, die in Deutschland mit wenig ‚Anpassungsqualifizierung' Arbeit finden können. 27 Prozent der Geflüchteten haben eine Mittel- oder Fachschule besucht. Und mindestens 25 Prozent der Flüchtlinge waren nur auf einer Grundschule oder haben gar keine Schulbildung.» Die Statistik zeigt auf, dass «nur» 19 Prozent der Asylbewerber keine Schulbildung besitzen. Das wirkt für den Betrachter nicht gerade besorgniserregend.

Jedoch täuscht die Abbildung: Sie nimmt nur Bezug auf den BESUCH der Einrichtungen im Herkunftsland, nicht auf Abschlüsse und Leistungsniveau. Die Gleichsetzung der Schulformen in anderen Ländern mit deutschen Ländern ist irreführend, da das Bildungsniveau in den Herkunftsländern meist deutlich niedriger ist als in Deutschland. Nur 77 Prozent der Asylbewerber beteiligten sich an der Umfrage, was vermuten lässt, dass die Asylbewerber mit niedrigem Bildungsniveau bewusst nicht teilnahmen. Der Bericht gesteht sogar, dass für die Umfrage nur «Asylbewerber mit hohen Bleibeaussichten» ausgewählt wurden. Zudem könnte jeder Befragte seine Bildung frei erfunden haben, da Bildung der Bleibeerlaubnis förderlich sein kann. Aus diesen Gründen kann diese Umfrage kaum als repräsentativ erachtet werden.

Quelle: *www.tagesschau.de, Bildungsniveau der Flüchtlinge: Hochqualifiziert – aber nicht ausgebildet, 22.08.2016*

wurden 723.000 Asylanträge gestellt[12]. Und da die deutschen Grenzen nicht gesichert sind, eignet sich diese Zahl vermutlich am ehesten, um die Zahl der Neuankömmlinge abzuschätzen. Bei 723.000 Neuzugängen haben also nur 30.000 eine Arbeit angenommen. Das entspricht 4,1 Prozent. Natürlich spielen dabei mehrere Faktoren eine Rolle: die Qualifikation, die Beherrschung der Sprache, die Arbeitserlaubnis und natürlich die Motivation.

Direkte Statistiken zur Motivation der Besucher sind nicht auffindbar. Anhaltspunkte liefern allerdings Einzelfälle. So kam der Bürgermeister der Stadt Waldenburg in Sachsen, Bernd Pohlers, auf die Idee, die Langeweile der Flüchtlinge durch Arbeit zu beheben. Er bot ihnen Stellen für Hilfsarbeiten an, in denen sie 1,05 Euro pro Stunde über ihre Sozialabsicherung für Asylanten hinaus dazuverdienen konnten. Die Flüchtlinge lehnten ab mit der Begründung, sie seien «Merkels Gäste». Und ausserdem sei «der Mindestlohn in Deutschland 8,50 Euro»[13]. Auch 4 Monate später hatte noch keiner der Flüchtlinge Lust zu arbeiten.

Gelockt durch falsche Versprechungen

Doch liegt die fehlende Arbeitslust der Flüchtlinge an einer möglichen Böswilligkeit und Überheblichkeit? Oder könnte es daneben auch andere Gründe wie Enttäuschung und Frustration für ihre Unlust geben?

Für Letzteres sprechen die Geschichten vieler Flüchtlinge, die regelrecht angelockt wurden mit der Versprechung, in Deutschland ein Schlaraffenland zu finden. Zahl-

Wer mit offenen Augen danach sucht, der findet auch in den Leitmedien Meinungsvielfalt. Die Dokumentation «Die Story im Ersten – Der Arbeitsmarktreport – das Märchen vom Fachkräftemangel» räumte am 21.07.2014 in der ARD mit dem Mythos der fehlenden inländischen Fachkräfte auf. Die Macher des Films schreiben dazu:

«Der Arbeitsmarktreport deckt die Hintergründe des seit Jahrzehnten beklagten Fachkräftemangels auf. Tatsächlich lenkt der lautstarke Hilferuf bewusst ab von gewichtigen Problemen: Lohndumping und Arbeitslosigkeit. Akteure in diesem Spiel sind Lobbyverbände der Wirtschaft, die zusammen mit den Politikern und der Bundesagentur für Arbeit den Arbeitskräftemarkt in Deutschland gestalten.

Kaum ein Lobbyverband hat sich so vehement dafür eingesetzt, ausländische Fachkräfte ins Land zu holen, wie der Verein Deutscher Ingenieure (VDI). Ingenieure selbst sind es, die dem Verein vorwerfen, er lasse sich von Unternehmen instrumentalisieren und drücke das Mindestgehalt. Weil der Ingenieursverband regelmässig mit Horror-Zahlen aufwartet, hat man den Ingenieursberuf zum Mangelberuf erster Klasse erklärt und erlaubt Unternehmen jetzt, hochqualifizierte ausländische Fachkräfte einzustellen, zu einem Mindestlohn von 32.500 Euro im Jahr. Früher lag diese Grenze bei 66.000 Euro. Mit Blue Card und europäischer Freizügigkeit sollen Fachkräfte aus Spanien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien auf den deutschen Arbeitsmarkt strömen. Deutschland ist stolz darauf, Krisenstaaten zu unterstützen, indem es ihnen Arbeitslose abnimmt.

Offene Stellen ohne Bewerber? Tatsächlich kommen derzeit sechs passende Bewerber auf ein Jobangebot. Provozieren Unternehmer also bewusst ein Überangebot an Fachkräften, um trotz anziehender Konjunktur geringere Löhne zahlen zu können?»

Viele Bürger haben schon festgestellt, wie lange und zäh sich die Stellensuche selbst nach dem Abschluss eines Studiengangs gestalten kann, dessen Absolventen in Deutschland angeblich händeringend gesucht werden – z.B. Chemie oder Maschinenbau. Dass an der von der Politik beschworenen Fachkräfte-Krise etwas nicht stimmen kann, ahnten viele Deutsche schon längst intuitiv. Die nach ihrer Ausstrahlung weitgehend vom Mainstream

Foto: youtube.com

unbeachtete ARD-Dokumentation bestätigte mit Zahlen und Fakten, was viele schon dachten: Die Warnungen vor einem zukünftigen Fachkräftemangel besitzen wenig Substanz und sind der Kategorie (strategischer?) Panikmache zuzuordnen.

Quelle: *programm.ard.de, Die Story im Ersten – Der Arbeitsmarktreport – das Märchen vom Fachkräftemangel, 21.07.2014*

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF bezahlte Anfang 2014 eine Produktionsfirma, um einen rührseligen, optimistischen Werbefilm für die Einwanderung nach Deutschland zu produzieren. Darin spaziert ein perfekt frisierter Schauspieler in der Rolle eines Irakers in eine Aufnahmeeinrichtung in Deutschland. Das Video erschien in wenigstens 8 Sprachen, darunter Albanisch, Arabisch, Russisch, Arabisch, Dari, Farsi, Patschu und Serbisch.

Wir lernen den Vorzeigeflüchtling Abbas kennen. Der gut aussehende junge Mann erscheint bei bestem Wetter mit einem Lächeln im Gesicht vor der Erstaufnahmeeinrichtung.

Abbas wird in die Erstaufnahmeeinrichtung aufgenommen. Alles passt perfekt: Dolmetscher sofort vorhanden, freundlicher Zimmergenosse, Wohnung bald in Aussicht.

Der Film stellt klar, dass die Köche der Erstaufnahmeeinrichtung religiöse Speisevorschriften berücksichtigen. Allmählich wirkt der Film wie ein Werbespot eines Hotels, das religiöse Touristen anziehen will.

Seite 35

reiche Videos werben mit der Vollpension Deutschland.

Selbst der Deutschlandfunk berichtete Mitte 2017 schockiert von seinen Funden [14]. Ein Marokkaner berichtete in einem Video, dass er fürs Nichtstun 600 Euro und eine Wohnung geschenkt bekäme. Das Video wurde 430.000 Mal gesehen. Ein anderes, aufwendig produziertes, regelrechtes Werbevideo berichtet wörtlich: «Ich berichte von meiner Erfahrung, weil ich seit 14 Jahren in Deutschland lebe. Wenn man einen Aufenthaltstitel hat, dann bekommt man hier alles und die Behörden übernehmen die Kosten. Du kannst eine Wohnung kaufen und Möbel, und das hat mit deinem normalen Gehalt nichts zu tun. Man kann hier arbeiten, denn es gibt viele, viele Arbeitsplätze.»

So kommen zehntausende, vielleicht hunderttausende Menschen mit falschen Vorstellungen nach Deutschland. Viele glauben, dass sie 6000 Euro Begrüssungsgeld, ein Haus, ein Auto und vielleicht eine Ehefrau geschenkt bekommen.

Und auch eine deutsche Behörde mischt kräftig mit: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF bezahlte Anfang 2014 eine Produktionsfirma, um einen rührseligen, optimistischen Werbefilm für die Einwanderung nach Deutschland zu produzieren[15]. Darin spaziert ein perfekt frisierter Schauspieler in der Rolle eines Irakers in eine Aufnahmeeinrichtung in Deutschland. Alles passt perfekt: Dolmetscher sofort vorhanden, freundlicher Zimmergenosse, Wohnung bald in Aussicht. Das Video erschien in wenigstens 8 Sprachen.

Vor diesem Hintergrund wäre es kein Wunder, wenn viele Flüchtlinge allein aus Trotz keine Lust hätten, zu arbeiten. Ihnen wurde das Schlaraffenland versprochen und nun treffen sie zwar auf eine im Vergleich zum Heimatland möglicherweise angenehme, aber nicht auf die super-luxuriöse Realität in Deutschland, die ihnen versprochen wurde.

Spielt die Intelligenz eine Rolle?

Darf man nach der Intelligenz der Flüchtlinge fragen? Ist es erlaubt, Intelligenzquotienten verschiedener Länder zu vergleichen? Politisch korrekt ist es nicht, doch es könnte einige Verwirrungen aufklären und andere Fragen beantworten.

Die Forscher Lynn und Vanhanen untersuchten in ihrem 2002 erschienenen Buch «IQ and Wealth of Nations» die Intelligenzquotienten der Völker nach ihren Ländern. Und sie stellten gravierende Unterschiede fest [16]. Während Europa, Nordasien, Nordamerika und Australien mit einem vergleichsweise hohen Durchschnitts-IQ von über 100 glänzten, erreichten die Länder in Nordafrika, im Mittleren Osten und in Südwest-Asien nur einen Durchschnitts-IQ von 80 bis 90. Noch schlimmer sah es im restlichen Afrika aus. Der Durchschnitts-IQ variierte dort zwischen 70 und 80 und unterschritt in manchen Regionen sogar deutlich die 70 Punkte. Stimmen diese Ergebnisse der Forscher, würde das bedeuten, dass einige Völker in Afrika nach europäischen Massstäben im Durchschnitt geistig behindert sind.

Einige Multi-Kulti-Ideologen begründen dies mit der schlechten Ernährung, mangelnder Bildung, verunreinigtem Trinkwasser, fehlenden Medikamenten und Infektionskrankheiten. Und überhaupt sei Intelligenz eine europäische Erfindung und damit nicht auf Afrika anwendbar[17]. Allerdings könnte ein weiterer Grund genetisch sein: In Afrika – auch aufgrund islamisch geprägter Traditionen – existiert ein schockierend hohes Level an Inzucht unter Cousins in einigen Regionen.

Deutsche haben übrigens laut einer britischen Studie aus dem Jahr 2006 den höchsten Durchschnitts-IQ der Europäer mit 107, gemeinsam mit den Niederländern [18].

Wenn nun die Jahrtausende gewachsene Kultur eines der intelligenteren Völker der Welt auf die Jahrtausende gewachsene Kultur der weniger intelligenten Völker der Welt trifft, wie gut werden sich diese Kulturen vertragen? Und wie politisch inkorrekt ist eine derartige Frage?

Wie denken die Flüchtlinge über Frauen?

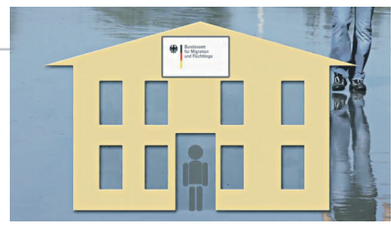
Wie kompatibel Kulturen sind, entscheidet sich auch mit der Einstellung gegenüber Frauen. Der Westen rühmt sich nicht nur mit einer atemberaubenden Gleichstellung von Mann und Frau, die westliche Kultur basiert sogar zum Teil darauf. Kann sich nun die durchaus patriarchale Kultur der Araber und Afrikaner mit der westlichen Kultur vertragen?

Die Huffington Post befragte einen syrischen Flüchtling und erfuhr, dass Frauen in Syrien in der Regel tatsächlich Menschen zweiter Klasse sind [19]. Sie dürfen nicht arbeiten und der Ehemann entscheide alles. Der befragte Syrer bevorzugte den Westen.

Die feministische Frauenzeitschrift EMMA warnte sogar im Oktober 2015 vor geflüchteten Männern[20]. Die Mädchen und Frauen in den Aufnahmelagern, so hiess es, seien massiv in Gefahr. Die EMMA forderte: Anerkennung von islamistisch motivierter Gewalt und Dolmetscher speziell für geflüchtete Frauen, um die Schweigespirale zu durchbrechen.

Alles nur Einzelfälle? Nein, wie eine Riesenstudie des «Pew Forum on Religion and Public Life» von 2013 belegt. Die Forscher führten Umfragen unter 38.000 Muslimen

Es geht weiter zur Zentralen Ausländerbehörde. Abbas' Daten und seine Gesundheit werden überprüft. Der Film hebt hervor, dass sich Flüchtlinge nicht vor Kommunikationsschwierigkeiten mit deutschen Beamten fürchten müssen.



Fotos: BAMF

Auch bei der Anhörung im BAMF – dem Auftraggeber des Filmes – wird Abbas höflich und zuvorkommend behandelt. Kein Wunder, denn er ist der Asylsuchende, den sich alle wünschen: Motiviert, freundlich, intelligent und sogar hübsch. Er ist lernhungrig und nutzt seine Zeit bis zur Anhörung, um sich zu integrieren und «mehr über Deutschland zu erfahren». Zudem hat Abbas natürlich eine tragische und traumatische Fluchtgeschichte vorzuweisen. Er stottert vor Angst, als er davon erzählt, wie er in seinem Heimatland politisch verfolgt wurde.

Ob Abbas' Asylantrag angenommen wird, bleibt offen, doch die Bildsprache vermittelt dem Zuschauer die Hoffnung auf eine strahlende Zukunft in Deutschland für den Immigranten.

in 39 Ländern durch. Die Ergebnisse waren länderspezifisch und recht unterschiedlich, doch einheitlich schockierend. In den Ländern Afrikas und des Mittleren Ostens bedeutet das: Je nach Land denken 74 bis 93 Prozent der Menschen, dass eine Frau immer ihrem Ehemann gehorchen sollte. Das Recht auf Erbe solle für Töchter und Söhne nur laut 15 bis 43 Prozent der Befragten gleich gelten. Die Steinigung als Strafe für Ehebruch halten 44 bis 84 Prozent der Befragten für richtig[21].

Kann die Integration gelingen?

Am Anfang des Artikels stellten wir die Frage, ob die Flüchtlinge in Deutschland integriert werden können und sollten. Wir untersuchten den Fachkräftemangel, der im Gegensatz zur Hysterie der Medien scheinbar immer nur ein paar Monate oder Jahre besteht und dann von allein ausgeglichen wird. Wir untersuchten die Bildung der Besucher, die allenfalls mässig ist und weit unter dem deutschen Standard liegt. Wir untersuchten die Motivation und Arbeitswilligkeit der Besucher, die gemessen an den tatsächlichen Arbeitsverhältnissen eher als gering eingestuft werden muss. Ausserdem wurden viele Flüchtlinge durch falsche Versprechungen und Propaganda nach Deutschland gelockt und sind daher unzufrieden. Auch bietet das Tabu-Thema Intelligenz eine Erklärung, warum die deutsche und die arabische und afrikanische Kultur nur schlecht harmonieren. Und zuletzt stellt das Frauenbild in Afrika und in Teilen des mittleren Ostens eine grosse Hürde zur möglichen Integration der Flüchtlinge dar.

Alles in allem sprechen überwältigend mehr Gründe dafür, dass eine dauerhafte Integration der Flüchtlinge in Deutschland nicht gelingen kann. Eine zeitlich begrenzte Beherbergung für Flüchtlinge ist vorstellbar, eine dauerhafte Unterbringung scheitert an allen Ecken und Enden. Auch daher ist zu empfehlen, statt «Flüchtlinge» den korrekteren Begriff «Besucher» zu verwenden.

Dienten die Argumente, mit denen die deutsche Politik die Masseneinwanderung der letzten zwei Jahre als sinnvoll und bereichernd verkaufte, etwa nur dazu, den Bürger in falscher Sicherheit zu wiegen? Wurde der Bevölkerung mittels falscher Zahlen und Statistiken eine politische Agenda verkauft, mit sie bei Betrachtung der ungeschönten Tatsachen nicht einverstanden gewesen wäre? Entscheiden Sie selbst.

Hagen Grell

ist Moderator, Produzent und Medien-Unternehmer. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Nachrichten, Politik, Philosophie und Gesellschaft. Sein unter seinem Namen geführter Youtube-Kanal erfreut sich sehr grosser Beliebtheit.

Quellen:

[1] https://www.youtube.com/watch?v=Z6_36j0EW_Y

[2] http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm

[3] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197867/umfrage/abgelehnte-asylantraege-in-deutschland/

[4] http://www.ihs-gmbh.de/blog-fachkraeftemangel-in-deutschland-ursachen-folgen-mittelstand-maschinenbau

[5] https://de.wikipedia.org/wiki/Fachkr%C3%A4ftemangel

[6] http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-bildung-107.html

[7] http://www.zeit.de/2015/47/integration-fluechtlinge-schule-bildung-herausforderung

[8] https://www.welt.de/regionales/hamburg/article153237847/Viele-Fluechtlinge-im-Grunde-Analphabeten.html

[9] http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/handwerkskammer-in-bayern-70-prozent-der-fluechtlinge-brechen-ausbildung-ab-13857887.html

[10] https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/untersuchung-dax-konzerne-stellten-bisher-63-fluechtlinge-ein-aber-das-ist-nur-die-halbe-wahrheit_H1125148391_322483/

[11] http://www.handelsblatt.com/unternehmen/beruf-und-buero/leaderin/ulrike-garanin-arbeit-ist-die-basis-fuer-menschenwuerde/13870562.html

[12] https://www.welt.de/politik/deutschland/article160651528/Zahl-der-Neuankoemmlinge-unterschreitet-CSU-Obergrenze.html

[13] http://www.oe24.at/welt/Fluechtlinge-lehnen-Arbeit-ab-Wir-sind-Merkels-Gaeste/247973362

[14] http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-deutschland-gelockt-von-falschen.724.de.html?dram:article_id=360598

[15] https://www.welt.de/politik/deutschland/article145792553/Der-Werbefilm-fuer-das-gelobte-Asylland-Germany.html

[16] https://en.wikipedia.org/wiki/Nations_and_intelligence

[17] http://www.tagesanzeiger.ch/wissen/medizin-und-psychologie/Warum-Afrikaner-in-IQTests-schlechter-abschneiden/story/13177168

[18] http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/britische-studie-deutsche-sollen-intelligenteste-europaeer-sein-a-408084.html

[19] http://www.huffingtonpost.de/sophia-maier/so-denkt-ein-syrischer-fluechtling-ueber-frauen_b_13577954.html

[20] http://www.emma.de/artikel/fluechtlinge-was-jetzt-passieren-muss-330655

[21] http://www.pewforum.org/2013/04/30/the-worlds-muslims-religion-politics-society-overview/

Religion

SOS Switzerland – Die schleichende Islamisierung Europas

Ein muslimischer Protestmarsch auf den Malediven. Auf den Schildern ist zu lesen «Zur Hölle mit der Demokratie» und «Der Islam wird die Welt regieren». Allmählich nähert sich Deutschland ähnlichen Zuständen an.

Foto: Dying Regime (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_public_demonstration_calling_for_Sharia_Islamic_Law_in_Maldives_2014.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

- Die Warnungen vor einer Islamisierung Europas wurden von Politik und Medien jahrzehntelang ignoriert, doch längst hat sich der Islam in unseren Alltag eingeschlichen
- Dem Islam wird im öffentlichen Leben immer mehr Raum eingestanden: Muslime fordern schariakonforme Hotels, Kredite, Arzneimittel uvm. und bekommen ihre Wünsche meist postwendend erfüllt
- Sogar die deutsche Rechtsprechung beugt sich mittlerweile vielfach dem islamischen Recht
- Nach seriösen Studien wird sich die Zahl der Muslime in Europa von 1990 bis 2030 auf mindestens 60 Millionen verdoppeln. In der Schweiz sollte man langsam darüber diskutieren, ob man das alles so auch will

Von Udo Ulfkotte

Leider ist der Journalist Udo Ulfkotte am 13. Januar 2017 verstorben. Diesen Artikel schrieb er kurz vor seinem Tod für uns. Wir verneigen uns vor seiner Arbeit und seinem Lebenswerk.

Schleichend wird Europa zu einer Kolonie des Islam. In jeder grösseren europäischen Stadt gibt es inzwischen eine zweite Stadt. Eine verdeckte Stadt, einen Staat im Staat, eine vom Koran regierte Stadt. Darüber zu sprechen ist ein Tabu. Von der Strasse von Gibraltar bis zu den norwegischen Fjorden, von den Kreidefelsen in Dover bis zu den Stränden von Lampedusa – überall die gleichen Bilder: Menschen haben Angst vor dem sich in ihr Leben zwängenden Islam.

Ab 16 Bildern pro Sekunde nimmt das menschliche Gehirn aufeinanderfolgende Einzelaufnahmen als bewegten Film wahr. Bei der Einführung des Tonfilms im letzten Jahrhundert wurden 24 Einzelbilder pro Sekunde als Standard festgelegt. Heute sind es bei HD sogar 48. Viele Einzelbilder ergeben ein bewegtes Gesamtbild. Und je mehr solcher Einzelbilder man zusammenfügt und schnell passieren lässt, umso klarer wird ein abgespielter Film. Man muss zuvor nur alles gut sortieren und zusammensetzen. Genau das ist das Ziel dieses Artikels. Viele «Einzelbilder» über die Facetten der schleichenden Islamisierung zu ordnen. Und so für jeden sichtbar ein Gesamtbild der Realität zu erstellen.

Es gibt unendlich viele Einzelbilder direkt vor unseren Haustüren, die man uns beim Thema Islam vorenthält. Ein typisches Beispiel aus dem Jahr 2015: Schwerstkranken deutschen Pflegepatienten sollen die Essensrationen gekürzt worden sein, um mit dem so eingesparten Geld mitten in Deutschland eine Spezialitätenküche für muslimische Patienten zu finanzieren. Die Staatsanwaltschaft Siegen ermittelte gegen das Gesundheitszentrum Wittgenstein in Bad Laasphe, weil mit dem Geld, das die deutsche Pflegeversicherung dort für die Versorgung der schwerstranken Pflegepatienten überwiesen hatte, eine Rehaklinik für Muslime finanziert worden sein soll. In einer Meldung zur Zweckentfremdung der deutschen Pflegegelder für Muslime heisst es: «Unter anderem sollen die Pflegepatienten kleinere Portionen zu essen bekommen haben. Mit dem so eingesparten Geld soll dann eine libysche Spezialitätenküche eingerichtet worden sein.»

Stellen Sie sich den Fall bitte einmal umgekehrt vor: Wir kürzen pflegebedürftigen Muslimen die Mahlzeiten, um mit dem so eingesparten Geld eine Spezialitätenküche für christliche Patienten finanzieren zu können. Wenn die Staatsanwaltschaft dann offiziell die Ermittlungen aufnehmen würde, dann wäre der Aufschrei in Politik und Medien ganz sicher gigantisch. Im tatsächlich real existierenden umgekehrten Fall aber gab es nur winzige Meldungen und allenfalls Andeutungen in der Lokalpresse. Wir schauen bei solchen brutalen Einzelbildern eines ebenso brutalen Films lieber systematisch

> Wenn wir mit ausreichend Autorität und Macht ausgestattet sind, dann sind wir als Muslime verpflichtet, die Ordnungsgewalt denen wegzunehmen, die sie innehaben, und dann die Scharia einzuführen.»
>
> *Der englische Islam-Prediger Anjem Choudary*

Foto: http://www.flickr.com/photos/snaperjack/ (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anjem_choudary.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

> Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist. Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.»

Foto: Martina Nolte (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Landtag_Niedersachsen_DSCF7770_cropped.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode

Der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Bremer Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010

> Von meiner Seite möchte ich sagen, dass unser früherer Bundespräsident Christian Wulff gesagt hat: Der Islam gehört zu Deutschland. – Das ist so; dieser Meinung bin ich auch.»

Foto: Kuebi = Armin Kübelbeck (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_11.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de

Angela Merkel 2015 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu

weg. Unsere Kinder werden uns ganz sicher einmal fragen, warum wir so lange weggeschaut haben. Deshalb habe ich diesen Artikel geschrieben. Keiner soll sagen können, er habe das alles nicht gewusst.

Deutschland halal

Angeblich gibt es keine Islamisierung in Europa. Soweit die politische korrekte Sicht. Und nun zur Realität: Wir werben in Europa jetzt mit Hotelzimmern, in denen der Gast einen Koran vorfindet, die Minibar keinen Alkohol enthält und die Gebetsrichtung nach Mekka ausgewiesen ist. Wir führen überall in Europa still und leise «islamkonforme Kredite» nur für muslimische Studenten ein. Wir machen unsere grossen Finanzmärkte schariakonform, damit mehr Muslime ihr Geld bei uns anlegen. Nicht nur in Deutschland beschliessen wir flächendeckend neue Badeordnungen für die städtischen Schwimmbäder, damit islamische Schwimmgewänder («Burkinis») zugelassen werden. Das alles hat selbstverständlich nichts mit «Islamisierung» zu tun.

In aller Stille entsteht zugleich ein Parallelmarkt für islamische Arzneimittel, wo Muslime andere Medikamente bekommen als Nichtmuslime, weil tierische Bestandteile von Medikamenten bei Muslimen ja nicht von «unreinen» Tieren stammen dürfen. Und wenn bei uns heute Mobiltelefone verkauft werden, die automatisch an die islamischen Gebetszeiten erinnern und gleich auch noch die Himmelsrichtung des Gebets nach Mekka anzeigen, dann finden wir das völlig «normal». Nein, das hat wirklich nichts mit Islamisierung zu tun.

In Deutschland ist die Vielehe verboten. Wer eine Zweitfrau heiratet, dem drohen bis zu drei Jahre Gefängnis (§172 StGB). Und eine Zweitehe ist natürlich bei Deutschen ungültig (§ 1306 BGB). Ganz anders ist die Rechtslage, wenn die Ehepartner Muslime sind. Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck ist seit 2013 Ehrenpate einer Bigamistenfamilie, genauer gesagt vom kleinen Ismail Tatari aus Gelsenkirchen. Dessen 24-jähriger Vater Sabedin Tatari ist Bigamist. Seine insgesamt acht Kinder stammen von den Ehefrauen Tatjana und Samanda. So etwas ist heute Alltag in Deutschland. Und Bundespräsident Gauck ist keineswegs in nur einer muslimischen Familie Ehrenpate. Nicht wenige jener Familienoberhäupter, bei denen Gauck die Ehrenpatenschaft übernommen hat, leben in islamischer Vielehe. Eine Berliner Zeitung titelte «Polygamie auf Staatskosten». Natürlich hat das nichts mit Islamisierung zu tun.

Die Zahl der Muslime, welche in Europa in Vielehe leben, steigt unterdessen von Jahr zu Jahr. Wir fanden bisher auch islamische Kinderehen völlig normal, immerhin sollen sie in Deutschland nun verboten werden. In Deutschland ist schon in jeder vierten Ehe von türkischen Mitbürgern die Braut minderjährig. Kinderhochzeiten haben bei unseren türkischen Mitbürgern schliesslich eine lange Tradition, berichteten die Deutsch-Türkischen Nachrichten.

Die Basilika von Mariazell ist der wichtigste christliche Wallfahrtsort in Österreich. Inzwischen wurde Mariazell zum interreligiösen Zentrum umgewandelt, in dem regelmässig auch islamische Veranstaltungen stattfinden. Während Christen am heiligsten Ort der Muslime in Mekka keinen Zutritt haben, öffnen die Christen ihre heiligsten Orte wie selbstverständlich für den Islam.

Foto: Bwag (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mariazell_-_Basilika1.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/at/deed.en

Scharia im Tal der Ahnungslosen

Vor einem Jahrzehnt hat es offizielle islamische Scharia-Gerichte in Europa allenfalls versteckt in Hinterhöfen gegeben. Inzwischen gibt es allein in Grossbritannien 85 Scharia-Gerichte. Die entscheiden dort über Familienangelegenheiten von Muslimen, deren Scheidungen und Polygamie. Sie dürfen sogar über die Bestrafung von unzüchtigen Frauen befinden. Vor einem Jahrzehnt hat man jene ausgelacht, die damals behaupteten, dass auch in Deutschland das Scharia-Recht bald Einzug halten werde. In Deutschland gilt angeblich nur deutsches Recht und nicht die Scharia. Das behaupten Politik und Medien gern. Dabei ist es eine glatte Lüge. Als die Münchnerin Rosemarie N. (67) ihren Mann durch Krebs verlor, da erbte sie an ihrem Wohnort in Bayern nur einen winzigen Teil des Familienvermögens. Der Grossteil ging an die Islamische Republik Iran. Ihr Mann war gebürtiger Iraner, trank gern Bier und ass auch Schweinefleisch, aber er war und blieb nun einmal Iraner und hatte Verwandte in Iran. Nach Angaben

➔

ZDF stellt Migrantengewalt als rechte Gewalt dar

Fake News im ZDF! Die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt war das Thema einer «Frontal21»-Sendung im November 2016. Gezeigt wurde eine brutale Szene, in der dubiose Gestalten auf einen wehrlosen Menschen einprügeln und schliesslich auf das am Boden liegende Opfer noch eintreten.

Tatsächlich handelte es sich aber bei den Film-Aufnahmen nicht um Gewalt gegen Migranten. Es war genau andersherum: Es handelte sich hier um einen Fall aus der Münchner U-Bahn aus dem Jahr 2007, als ein Türke und ein Grieche auf den 71-jährigen Rentner Bruno brutal einschlugen und eintraten.

Das ZDF musste die offensichtliche Manipulation später einräumen. Auf der «Korrekturenseite» war zu lesen:

«In der Sendung Frontal 21 vom 8. November wurde in einem Beitrag u.a. über die Zunahme fremdenfeindlicher Straftaten berichtet. Dabei wurden in einer Grafik fälschlicherweise Aufnahmen von Schlägereien auf U-Bahnhöfen gezeigt, die nicht in diesen Zusammenhang passen. Es handelt sich dabei nicht um fremdenfeindliche Übergriffe, sondern um Straftaten von Personen mit Migrationshintergrund.»

Diese Aufnahmen als «Schlägerei» zu bezeichnen, verhöhnt das Opfer, das von den zwei hochaggressiven Schlägern hinterrücks angegriffen wurde, ohne dass es sich zur Wehr setzen konnte. Die erste Attacke, bei der Rentner Bruno zu Boden ging, erfolgte feige von hinten durch einen Sprung in den Rücken. Danach traten die beiden auf den vollkommen wehrlos am Boden liegenden Rentner ein.

Quelle: *mmnews.de, ZDF – krasse Manipulation: Migrantengewalt als Übergriff Deutscher dargestellt, 11.11.2016*

Die vom ZDF gezeigte Aufnahme wurde dem Zuschauer als ein Gewaltakt rechter Schläger verkauft. In Wahrheit handelte es sich um einen Angriff von Migranten auf einen wehrlosen Rentner. /Foto: youtube.com

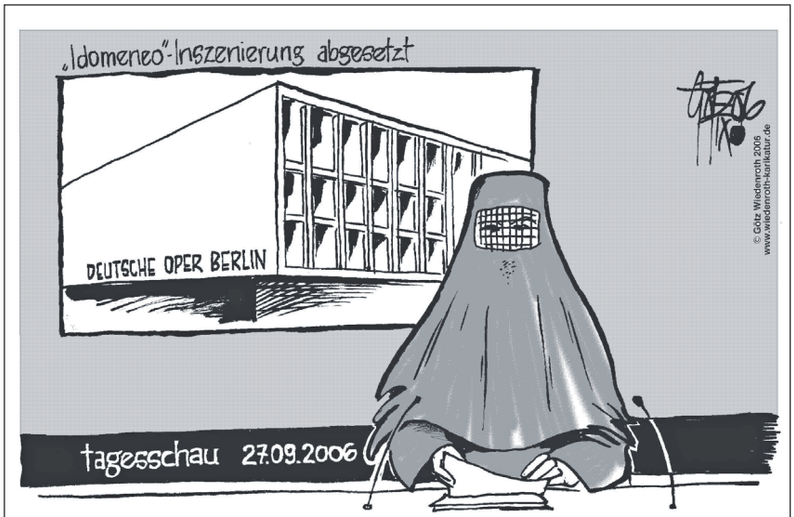
Seite 39

des Statistischen Bundesamtes war der an Krebs verstorbene Nouredin N. einer von 1,8 Millionen Ehegatten aus einer «binationalen Ehe» in Deutschland. Wenn ein solcher Ehepartner stirbt und nicht die deutsche Staatsbürgerschaft hat, dann gilt das Recht seines Herkunftslandes. Der Tod raubte der Münchnerin nicht nur ihren Mann, sondern ganz legal auch noch Hab und Gut. Auf deutschem Boden galt in diesem Falle iranisches Recht. Und danach erbten die männlichen Verwandten in Iran. Das deutsche Testament, das die Eheleute vor Jahrzehnten gemacht hatten, war das Papier nicht wert, auf dem es stand. Je mehr binationale Ehen es in Europa gibt, umso grösser wird das Problem. Die Politik kann daran nichts ändern, denn es gibt internationale Abkommen dazu. Also schaut man weg – oder leugnet das Problem.

Die Türkei hat die Scharia im Jahre 1926 abgeschafft. Seither gilt in der Türkei ein auf Schweizer Recht basierendes Zivilrecht. In Deutschland ist es genau umgekehrt. Je mehr Muslime zuwandern, umso mehr wird das Scharia-Recht angewendet. So ist in Deutschland die Vielehe inzwischen sogar im Sozialrecht insofern anerkannt, als eine im Ausland wirksam geschlossene Vielehe, Ansprüche mehrerer Ehegatten auf Witwenrente oder Witwerrente nach dem Sozialgesetzbuch begründet. Ein in einem islamischen Land mit mehreren Frauen verheirateter Mann kann somit in Deutschland damit rechnen, dass alle seine Frauen nach seinem Ableben Witwenrente bekommen. Die Fürsorgepflicht des deutschen Steuerzahlers ist eben inzwischen multikulturell. Umgekehrt haben die Geliebten eines deutschen Ehemannes allerdings auch weiterhin keinen Anspruch auf Witwenrente nach dem Ableben des Mannes.

Auch im Familien- und Erbrecht kommt das islamische Recht immer öfter zur Anwendung, wenn die Parteien Muslime sind. So entschied das Oberlandesgericht in Hamm, dass Scheidungsfälle in Deutschland, bei denen die Hochzeiten nach islamischem Recht in muslimischen Ländern arrangiert wurden, auch nach dem Scharia-Recht behandelt werden müssen. Das Oberlandesgericht Hamm hat auch einen Deutsch-Iraner dazu verurteilt, den Kaufpreis für eine Braut (800 Goldmünzen) zurückzuzahlen. Und das Limburger Landgericht hat unter Berufung auf die Scharia entschieden, dass eine Braut die islamische «Morgengabe» (in diesem Fall 12.000 Euro) nach der Scheidung behalten darf, weil das Geld aus islamischer Sicht dazu bestimmt sei, die Frau nach einer Scheidung abzusichern (Urt. v. 26.03.2012, Az. 2 O 384/10).

So schnell beugt sich das christliche Europa vor islamischen Forderungen: Als die Nationalbank von Abu Dhabi Ende 2014 einen Sponsorenvertrag mit Real Madrid unterzeichnete, da änderte der spanische Fussballverein sein traditionelles Logo und strich das christliche Kreuz aus dem Emblem.



"Unser nächstes Thema: Die Angst vor islamischen Gefühlen ..."

Foto: Bundeswehr-Fotos Wir. Dienen.Deutschland. © Bundeswehr/Archiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Verteidigungsminister_Helmut_Schmidt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden. Als Mittel gegen die Überalterung kommt Zuwanderung nicht in Frage. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht, schafft nur ein zusätzliches dickes Problem.»

Helmut Schmidt, 2005

Vorauseilender Gehorsam

Trotzdem wird den Bürgern von Politik und Medien ständig gesagt, dass es eine «Islamisierung» da draussen vor unseren Haustüren nicht gebe. Angeblich hat die islamische Scharia keinen Platz in Europa. Dabei gibt es in Deutschland seit 2009 für Muslime die Kreditkarte «Scharia Master Card». Und als ob das selbstverständlich wäre, haben wir in Europa auch schariakonforme Kfz-Versicherungen und schariakonforme Lebensversicherungen. Seit 2015 gibt es sogar Scharia-Urlaub. Da bucht man in Europa Scharia-Reisen, bei denen die auch von deutschen Veranstaltern angebotenen Hotels garantiert einen islamischen Gebetsraum haben und die Hotels nicht mit Sternen, sondern mit Halbmonden bewertet werden.

Politik und Leitmedien verdrängen das. Schon im Jahr 2012 wurde unter der deutschen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Berliner Bundesjustizministerium eine Planstelle für Scharia-Recht eingeführt. Natürlich hat auch das nichts mit Islamisierung zu tun.

Auch unsere Freizeit richten wir mehr und mehr nach islamischen Wünschen aus, nehmen wir nur den Sport. In unseren grösseren europäischen Fussballstadien werden derzeit in aller Stille nach und nach Gebetsräume für Muslime (ursprünglich nur für muslimische Spieler gedacht) gebaut. Die Islamisierung des Sports hat viele Facetten. Vor allem die reichen Golfstaaten finanzieren deutschen Sportjournalisten im Hintergrund die Berichterstattung – und erwarten natürlich eine Gegenleistung. Ein Beispiel: Der Emir von Katar bezahlte Anfang 2015 mehr als 700 Journalisten Reisen zur Handball-Weltmeisterschaft, darunter mehr als 20 deutschen Journalisten. Erwartet wird dabei natürlich, dass die so geschmierten Journalisten unserer Leitmedien positiv über den Geldgeber und den Islam berichten.

Länder wie Katar sind die Hauptgeldgeber für den Moscheebau in Europa. Wenn unsere finanziell notleidenden Medien so von Katar bestochen werden, dann muss man sich nicht wundern, dass sie auch über den Moscheebau nur positiv berichten. Im Sport führen die Geldspritzen der islamischen Geldgeber jedoch zur Aufgabe unserer Werte, ein Beispiel: Als die Nationalbank von Abu Dhabi Ende 2014 einen Sponsorenvertrag mit Real Madrid unterzeichnete, da änderte der spanische Fussballverein sein traditionelles Logo und strich das christliche Kreuz aus dem Emblem. Das ist keineswegs ein Einzelfall, sondern hat inzwischen im europäischen Fussball eine beachtliche Geschichte. Als Abu Dhabi sich 2008 den britischen Fussballclub Manchester City kaufte, da mussten die Spieler sich beim folgenden ersten öffentlichen Auftritt nicht nur mit arabischen Kopfbedeckungen auf dem Spielfeld zeigen, sondern auch britische Pfund-Noten beim Einzug in das Stadion in die Kameras halten, auf denen das Antlitz der britischen Königin durch das Bild des Herrschers der Vereinigten Arabischen Emirate ersetzt worden war.

In Grossbritannien, Frankreich, Spanien und Deutschland kaufen sich die reichen Golfstaaten in Fussballclubs ein, damit Spieler auf dem Spielfeld den Koran rezitieren oder vor einem Spiel zu Allah beten – auch so sollen die Europäer mehr und mehr an den Islam gewöhnt werden. Früher haben sich christliche Spieler vor dem Anpfiff bekreuzigt, heute bitten muslimische Spieler mit erhobenen Handflächen um den Segen Allahs. Auch dem Deutschlandfunk ist das inzwischen aufgefallen. Er berichtete: «Vor 20 Jahren sah man das nie, und jetzt sieht man das auch: Spieler, die beten und danken, ja, Allah danken.»

In vorauseilendem Gehorsam gegenüber dieser allmählichen Unterwanderung auf allen Gebieten passen wir uns dem aufziehenden neu-

Die ZEIT verteidigt Kinderehen

Schon nach jetzigem Stand gehen deutsche Gerichte sehr tolerant mit im Ausland geschlossenen Kinderehen um. Bisher werden Kinderehen in Deutschland nicht anerkannt, wenn ein Partner jünger als 14 Jahre ist. Bei Ehen, die mit 14-Jährigen oder älteren Minderjährigen geschlossen wurden, haben die Gerichte jedoch einen Ermessensspielraum und die Möglichkeit, die Ehe anzuerkennen. Die deutsche Presse scheint sich damit allerdings noch nicht zufrieden zu geben und springt für die Institution «Kinderehe» in die Bresche. Am 04.11.2016 veröffentlichte der Gastautor Ahmet Toprak auf zeit.de den Artikel «Was für Kinderehen spricht».

Toprak verteidigt in dem Artikel nach islamischem Recht arrangierte Ehen in Herkunftsländern wie Afghanistan, Syrien oder Irak. Er zieht das Fazit: «Aus der Logik der Eheschliessung und dem Wert der Ehre wird deutlich, dass vom Phänomen der Kinderehen in erster Linie die Mädchen betroffen sind. Eine pauschale Aberkennung solcher Ehen ist aus unserer mitteleuropäischen Sicht zwar konsequent und trifft die Meinung des Mainstream. Aber der Schutz der Frauen wird damit ausser Kraft gesetzt. Das heisst, die Ehe, die das Mädchen in ihrem eigenen Herkunftsland geschlossen hat, fand unter anderen sozialen und rechtlichen Bedingungen statt.»

Was ist dem «Schutz» der Frauen gemeint, der bei der Aberkennung einer Kinderehe durch den deutschen Staat verlorengeht? Will der Autor damit andeuten, die Frau habe Konsequenzen aus dem Kreis ihrer Familie oder ihrer muslimischen Mitbürger zu fürchten? Reicht das deutsche Recht nicht aus zum «Schutz» der Frau?

Quelle: *zeit.de, Was für Kinderehen spricht, 04.11.2016*

Foto: Bernd Schwabe in Hannover, (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henryk_M._Broder,_hier_zur_Lesung_in_der_Reihe_ZU_GAST_BEI_DECIUS,_Marktstra%C3%9Fe_52_in_Hannover_am_5._September_2013.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

> Wenn über die Umwidmung von Kirchen in Moscheen geredet wird, wenn Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt werden, wenn ahnungslose Ignoranten sich dafür starkmachen, dass in den Weihnachtsgottesdiensten muslimische Lieder gesungen werden, [...] dann kann von der Gefahr einer Islamisierung nicht die Rede sein, dann ist sie bereits in vollem Gange.»
>
> *Henryk M. Broder, deutscher Publizist und Buchautor*

Seite 41

en Zeitalter an. So ist die römisch-katholische Basilika von Mariazell der wichtigste christliche Wallfahrtsort in Österreich. Seit dem 12. Jahrhundert wird in Mariazell von Christen ein Mariagnadenbild verehrt. Nicht jeder Leser wird mitbekommen haben, dass ein Teil von Mariazell inzwischen zum interreligiösen Zentrum umgewandelt wurde, in dem regelmässig auch islamische Veranstaltungen stattfinden. Während Christen am heiligsten Ort der Muslime in Mekka keinen Zutritt haben, öffnen die Christen ihre heiligsten Orte, damit Muslime dort wie selbstverständlich zu Allah beten können. Immer mehr einstmals christliche Pilgerorte richten sich schon mal in aller Stille auf die islamische Zukunft ein.

Politisch korrektes Nationaltrikot zum Fußballspiel gegen die Türkei

Muslime bald in der Mehrheit?

Nach seriösen repräsentativen Studien wird sich die Zahl der Muslime in Europa von 1990 bis 2030 auf mindestens 60 Millionen verdoppeln. Schon seit 2010 ist «Mohammed» der häufigste Vorname für männliche Neugeborene in Europa. Selbst in der norwegischen Hauptstadt Oslo ist «Mohammed» seit 2014 der häufigste Vorname für Jungen. Mohammed ist der häufigste Vorname für männliche Neugeborene in Grossbritannien. Und schon seit 2006 ist Mohammed der häufigste Jungenname in der europäischen Hauptstadt Brüssel, seit 2008 in Amsterdam, Mailand und Marseille. Letztere ist die zweitgrösste französische Stadt. In Marseille waren schon 2009 mehr als 35 Prozent der Einwohner Muslime. Marseille ist damit neben Birmingham und Brüssel die islamischste Stadt in Europa. In der europäischen Hauptstadt Brüssel hatten 2012 nach offiziellen Angaben schon 43 Prozent der Schüler Islamunterricht – mit stark steigender Tendenz. Mein 2014 verstorbener Freund Peter Scholl-Latour sagte mir bei einem unserer letzten Gespräche, dass Europa eine «prophetengrüne» Zukunft habe. Er hob hervor: «Spätestens im Jahr 2028 werden wir den ersten Jahrgang jener Generation neuer Muslime in Europa haben, die in ungeheuren Zahlen in den Ballungsgebieten das alltägliche Leben prägen und bestimmen werden.»

In Offenbach ist «Mohammed» seit Ende 2013 auf Platz eins. Auch in Essen-Altenessen im Marienhospital führt Mohammed seit Ende 2014 die Hitliste der Babynamen an. Und auch Omar, Ahmed und Hamed, Tugce, Özlem und Selma dringen Jahr für Jahr weiter in den Hitlisten vor. In der katholischen Domhofschule in Bonn-Mehlem sind von 340 Schülern heute 55 Prozent Muslime. Kein Zweifel: Nicht nur Deutschland wird mehr und mehr und immer schneller islamisch. Das, was vor wenigen Jahren noch von Politik und Medien energisch bestritten wurde, ist heute eine nicht mehr zu übersehende Tatsache: Europa wird rasend schnell islamisiert. Auch in der Schweiz sollte man langsam aufwachen und darüber diskutieren, ob man das alles so wirklich will. Denn sonst wird die nachfolgende Generation an der Entwicklung nichts mehr ändern können. Und auch die Eidgenossen werden zu einer Kolonie des Islam.

Brüder von Integrationsbeauftragter sind Islamisten

Seit Dezember 2013 ist Aydan Özoğuz Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Ihre beiden Brüder haben sich für einen anderen Karriereweg entschieden. Yavuz Özoğuz und Gürhan Özoğuz betreiben das Internetportal «Muslim-Markt», das seit langer Zeit vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Dieser wirft ihnen Sympathien für den iranischen Gottesstaat vor. Die Gebrüder Özoğuz haben im Jahr 2003 das Buch «Wir sind ‚fundamentalistische Islamisten' in Deutschland» herausgebracht. Darin beklagen sie eine Diffamierung gläubiger Muslime als Radikale.

Foto: Olaf Kosinsky/Skillshare.eu (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:2015-12_Aydan_%C3%96zo%C4%9Fuzl_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-141.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.de

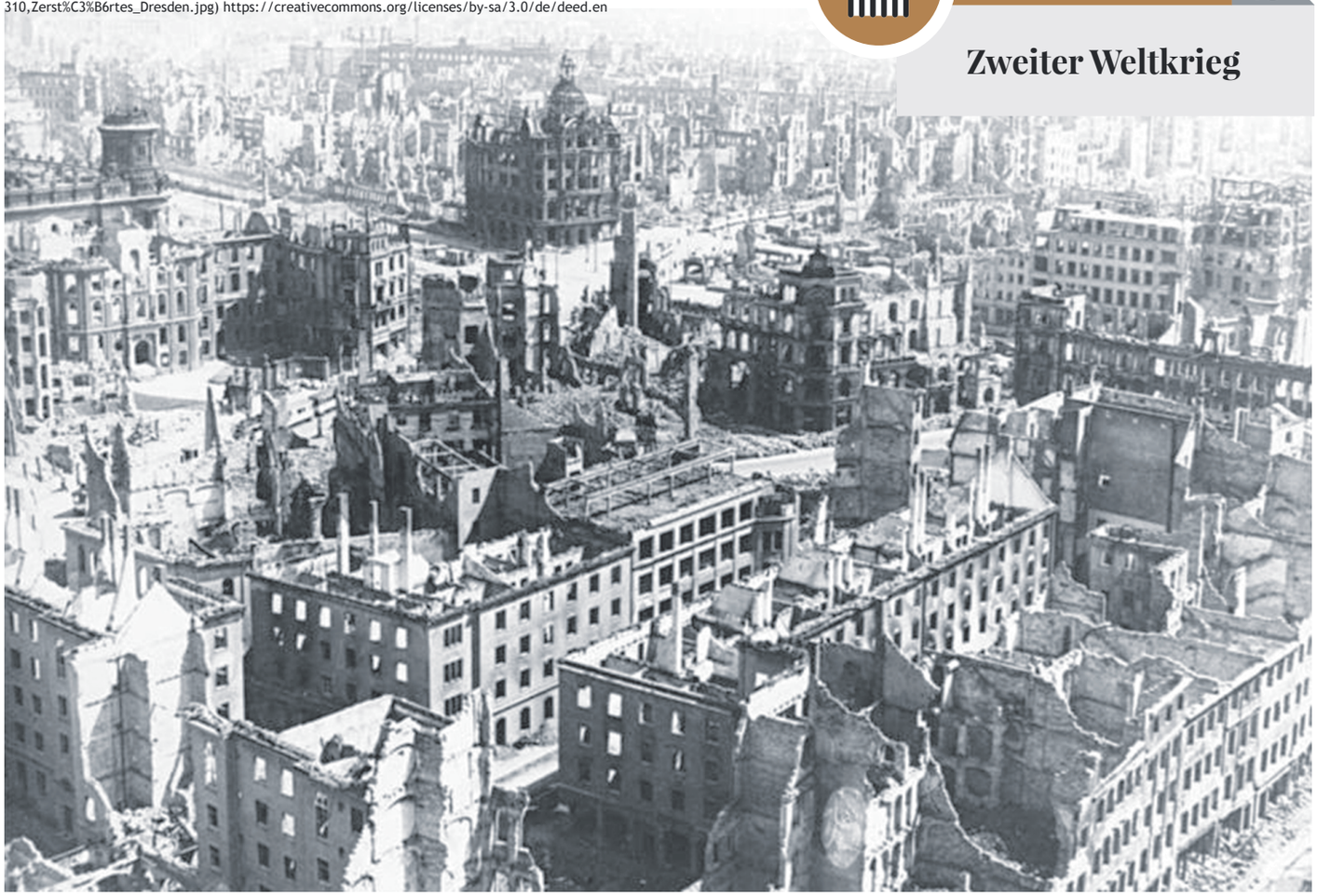
Özoğuz meinte, sie habe politische Differenzen mit ihren Brüdern, doch trotzdem weiterhin Kontakt zu ihnen. Allerdings mahnte sie auch an: «Ich fände es unfair, wenn ich für meine Brüder verantwortlich gemacht würde. Weil ich ihre Einstellung in keiner Weise teile, beginne ich nicht damit, mich von jeder neuen Aussage meiner Brüder abzugrenzen.»

Özoğuz' dem Islam entgegenkommende Politik spricht jedoch eine andere Sprache. Der BILD sagte sie am 24.12.2014: «Es gibt keine Islamisierung Deutschlands und es droht auch keine Überfremdung.»

Quelle: *merkur.de, Ministerin Özoguz: Ihre Brüder sind Islamisten, 16.11.16*

Udo Ulfkotte war einer der bekanntesten investigativen Journalisten Deutschlands, ein unbeugsamer Kritiker der Korruption innerhalb der Journalismus-Branche und des wachsenden Islams in Deutschland. Die von ihm angesprochenen Themen führten zu einer grossen Feindschaft der Mainstream-Presse gegen ihn. Doch seine zahlreichen Kritiker bekamen wenig Angriffsfläche aufgrund seiner journalistischen Sorgfalt, Faktentreue und Akribie. Nahezu alle seine Werke wurden Bestseller. Zu seinen grössten Erfolgen zählte das 2014 erschienene Buch «Gekaufte Journalisten», das über ein Jahr lang auf der Spiegel-Bestseller-Liste stand und in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Tage vor seinem 57. Geburtstag erlag der engagierte Journalist und Autor am 13. Januar 2017 einem Herzversagen.

Foto: Beyer, G. (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-Z0309-310,Zerst%C3%B6rtes_Dresden.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en



- Am 13. Februar jährte sich der Luftangriff der Alliierten auf Dresden zum 72. Mal
- Das Bombardement am 13. Februar 1945 war derart grausam, dass einige Historiker dieses Ereignis heute als den «Höhepunkt des Wahnsinns Churchills» bezeichnen. Circa neunzig Prozent der Stadt Dresden wurde zerstört
- Die Bombardierung war eindeutig darauf ausgelegt, möglichst viele Zivilisten zu töten. Dresdens militärische Infrastruktur hatte wenig Relevanz und wurde zudem weniger durch die Bomben beschädigt als die mit Zivilisten bevölkerten Stadtviertel. Die vorherrschende Geschichtsschreibung ignoriert meist die Tatsache, dass die grössten deutschen Luft-Bombardements, z.B. der englischen Industriestadt Coventry, gezielt militärisch relevante Fabriken ins Visier nahmen und nicht die Zivilbevölkerung
- Es scheint, als wären die heute als offiziell geltenden Opferzahlen von 18.000 bis 25.000 Menschen das Ergebnis einer politisch verordneten Herabsenkung
- Natürlich kann man Deutschland seine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg nicht absprechen, doch ähnlich der künstlich geschaffenen Flüchtlingskrise, war auch die Bombardierung Dresdens ein gezielter Schlag der Globalstrategen gegen die deutsche Bevölkerung

13.02.1945: Bomben auf Dresden

Zu den brutalsten Massakern der Menschheitsgeschichte gehört wahrscheinlich die Bombardierung Dresdens zwischen dem 13. und 15. Februar 1945. Durch angloamerikanische Luftangriffe kamen nach verschiedenen Schätzungen zwischen 18.000 und 500.000 Zivilisten und Flüchtlinge ums Leben. Damals wie heute hatten Globalstrategen Deutschland ins Visier genommen, und auch Flüchtlinge liess man damals in ihren eigenen Untergang laufen. So wie Kritiker der Migrations-Politik heute als Nazis verunglimpft werden, so einseitig wird den Deutschen auch im Zweiten Weltkrieg die Rolle des allein Schuldigen zugeschoben.

Während sich die USA und Grossbritannien heute medienwirksam als Verfechter der Menschenrechte in Afghanistan, Irak, Syrien und vielen anderen Ländern auf der ganzen Welt darstellen, wurden die mitunter grössten Massaker der Menschheitsgeschichte von ebenjenen verübt. So wurden bis zu 500.000 deutsche Zivilisten und Flüchtlinge, zum grossen Teil Frauen und Kinder, im Jahr 1945 bei einem mehrtägigen angloamerikanischen Flächenbombardement ermordet.

Dies sollte als eines der schlimmsten Bombardements aller Zeiten in die Geschichte eingehen. Am 13. Februar 1945, gegen 21 Uhr, ertönte der Fliegeralarm. Niemand ahnte, welche Hölle den Menschen bevorstand. Und die meisten nahmen den Alarm auch nicht wirklich ernst, da Dresden vorher noch nie aus der Luft bedroht worden war.

Der erste Luftangriff dauerte von 22:13 bis 22:28 Uhr. Circa drei Viertel der Dresdner Altstadt wurde zerstört. In der Nacht zum 14. Februar um

→

Seite 43

In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.»

Egon Bahr(†), SPD-Politiker, am 3. Dezember 2013 vor Schülern in der Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F055062-0011A (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F055062-0011A,_K%C3%B6ln,_SPD-Parteitag,_Bahr.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

1:23 Uhr begann die zweite Angriffswelle, in der sich die britische und die kanadische Luftwaffe an den lodernden Feuern der vorangegangenen Bombardierungen orientierten, um den Aufenthalt der geflohenen Menschen festzustellen und dort weitere Bomben abzuwerfen.

Versehentliche Bombardierung Prags

Um 12:23 Uhr wurde ein weiterer Angriff durchgeführt. Wegen schlechten Wetters kamen zwei Bombergruppen vom Kurs ab und bombardierten versehentlich die tschechische Hauptstadt Prag, so offizielle Erklärungen, wodurch 701 Personen starben und 1.184 weitere verletzt wurden. Da die Bombardements jedoch monatelang gründlich vorbereitet wurden, ist diese Version nur bedingt glaubwürdig.

Am 15. Februar erfolgte zwischen 11:52 und 12:01 ein weiterer Luftangriff auf Dresden. Über 700.000 Brandbomben wurden auf 1,2 Millionen Bewohner und Flüchtlinge in Dresden (Bewohner + ca. 600.000 Flüchtlinge aus Ostdeutschland) auf Befehl von Grossbritanniens damaligem Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt abgeworfen.

Das Bombardement am 13. Februar 1945 war derart grausam, dass einige Historiker dieses Ereignis heute als den «Höhepunkt des Wahnsinns Churchills» bezeichnen.

Brandbomben

Es kamen bei der Bombardierung verschiedene Brandbombentypen zum Einsatz. Unter anderem die Flammstrahlbombe, bestehend aus Magnesium, Benzin und Kautschuk, die beim Aufschlag eine meterhohe Stichflamme entzündete. Ebenfalls eingesetzt wurden Kanisterbomben mit einer extrem brennbaren Gummi-Phosphor-Mischung. Diese wurde durch die Detonation in alle Richtungen verspritzt. Auch Flüssigbomben mit einer zähen Brandmasse aus Benzol und Gummi wurden verwendet.

Auch 1,8 Tonnen schwere Luftminen kamen zum Einsatz, welche einen enormen Luftdruck entwickelten und damit Lungen und Trommelfelle der in der Nähe befindlichen Menschen zerrissen. Über 68.000 davon wurden während des Zweiten Weltkrieges über deutschen Städten abgeworfen.

650.000 Brandbomben wurden allein über Dresden abgeworfen. Insgesamt wurden laut einem Bericht des iranischen Staatsfernsehens 83,433 Millionen Brandbomben gegen Deutschland eingesetzt. Häufig wird das Massaker als eine Reaktion Grossbritanniens auf die Bombardierung der Flugzeugwerke von Coventry dargestellt. Allerdings steht dies in keinerlei Verhältnis.

Zudem war der Angriff auf die Rüstungsfabriken im Gegensatz zur Bombardierung der Dresdner Zivilbevölkerung von militärisch-strategischer Bedeutung und seinerseits eine Reaktion auf die Bombardierung Berlins. Bei der Bombardierung der Industriestadt Coventry wurden gezielt Fabriken beschossen, wodurch – je nach Quelle – zwischen 380 und 554 Menschen ums Leben kamen.

Geschichte ist die Lüge, auf die sich die Historiker geeinigt haben. Der Sieger schreibt die Geschichte und kontrolliert die Wahrnehmung der Vergangenheit. George Orwell schrieb dazu: «Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.»

In der Wüste von Utah baute der deutsche Erich Mendelsohn, nach dem heute in der Bundesrepublik Parks, Strassen und Denkmäler benannt sind, gemeinsam mit Technikern von Rockefellers Standard Oil, detailgetreu deutsche Stadtviertel nach. Zwischen Mai und September 1943 wurde «German Village» dreimal mit Brandbomben eingeäschert und wieder aufgebaut, um die geplanten Angriffe auf Deutschland genau durchzuspielen.

Opferzahlen

Über die Opferzahlen scheiden sich unter Historikern die Geister, leider gibt es stark voneinander abweichende Angaben dazu. In deutschen Geschichtsbüchern liest man neuerdings Zahlen zwischen 18.000 bis 25.000 Toten. Unabhängige internationale Schätzungen gehen von bis zu 500.000 Opfern aus. 260.000 Leichen wurden nach den Bombardements der Royal Air Force (RAF) und der United States Army Air Force (USAAF) in Dresden gezählt.

Da die Flächenbrände auf den Strassen Dresdens Temperaturen von bis zu 1600°C erreichten, verbrannten unzählige Menschen und hinterliessen aufgrund der extremen Hitze keinerlei Überreste. Aus diesem Grund konnten keine genauen Angaben gemacht werden. Man schätzte jedoch, dass sich die Zahl der getöteten Stadtbewohner und Flüchtlinge aus Ostdeutschland auf rund 500.000 belief, die in weniger als drei Tagen allein in Dresden ums Leben kamen.

Viele Jahrzehnte lang wurde der Commander-in-Chief der britischen Royal Air Force Arthur «Bomber» Harris dafür verunglimpft, für eine halbe Million Tote in Dresden verantwortlich zu sein. «Die genauen Opferzahlen der angloamerikanischen Bombenangriffe auf Dresden können bis heute nur vermutet werden», schrieb Hans-Joachim von Leesen im Jahr 2003.

Zwischen 18.000 und 500.000 Opfer

Das Dresdner Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen ging in einem Brief vom 31. Juli 1992 von insgesamt 202.040 Toten aus, überwiegend Frauen und Kinder, von denen nur etwa 30 Prozent identifiziert werden konnten. Am 30. April 1945 meldete der Erste Generalstabsoffizier von Dresden, Oberstleutnant i. G. Mathes, an das Führerhauptquartier 253.000 Todesopfer, andere Schätzungen gingen von 350.000 bis 400.000 Toten aus. Die deutsche Regierung liess jedoch nur ein Zehntel davon verlauten, wohl um keine Unruhe in der Bevölkerung auszulösen.

1955 sagte Hans Loch, stellvertretender Vorsitzender des DDR-Ministerrates, es seien über 300.000 Dresdner durch die Luftangriffe ums

Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2008_numb2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern.»

Henry Kissinger, Welt am Sonntag, 23. Oktober 1994

Tote durch Luftangriffe auf britischer Seite im Zweiten Weltkrieg	Tote durch Luftangriffe auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg
Ca. 43.000	**Ca. 635.000**

Bekanntlich schreibt der Sieger die Geschichte, doch selbst die offiziellen Zahlen der zivilen Opfer durch Luftangriffe sprechen eine eindeutige Sprache. Die Masslosigkeit der alliierten Luftangriffe wird von den etablierten Medien dennoch kaum thematisiert.

Leben gekommen. Das «Referat für Fremdenverkehr beim Rat der Stadt Dresden» meldete in 1960/61 «35.000 identifizierte Leichen».

Erst eine viel spätere Untersuchung durch deutsche Historiker korrigierte die Zahl der ermordeten Zivilisten durch die Luftangriffe auf 18.000 bis 25.000. Geht man also von der höchsten Schätzung (500.000 Tote) aus, kamen bei den Flächenbombardements 40% der Bewohner um. Glaubt man der am häufigsten geschätzten Zahl von 250.000, starben im «Feuersturm über Dresden» rund 20% aller dort befindlichen Bürger.

Folgt man der offiziellen Zahl deutscher Historiker (18.000 – 25.000), starben nur 1,5 bis 2% der Dresdner Bevölkerung. Welche der Zahlen der Realität am nächsten kommt, darf der Leser selbst einschätzen.

90 Prozent der Stadt Dresden zerstört

Neunzig Prozent aller Gebäude in der Innenstadt wurden komplett zerstört, darunter mehr als 20 Krankenhäuser. Der verursachte Qualm stieg mehr als 4,5 Kilometer in die Höhe. 2.640 Tonnen Bomben prasselten auf Dresden nieder, zwei Drittel davon waren Brandbomben.

Doch nicht nur die Flächenbrände hinterliessen hunderttausende von Toten, viele Menschen erstickten auch durch mangelnden Sauerstoff. Oder sie sprangen auf der Flucht vor dem Feuer in Wassertanks, in denen sich in vielen Fällen kochendes Wasser befand. Die Brandbomben machten aus ganzen Familien mit Frauen und Kindern «menschliche Fackeln», wie der damalige Kriegsgefangene und 1919 geborene Zeitzeuge Victor Gregg in einem Gastbeitrag im britischen Guardian schrieb.

Die ganze Stadt habe wie eine Fackel gebrannt und muss «für die Piloten hunderte Meilen entfernt sichtbar gewesen sein.» Er hörte die Schreie derer, die lebendig verbrannten wie auch die Schreie derer, die es noch nicht erwischt hatte. Dresden habe keinerlei militärische Verteidigung besessen. «Nicht einmal Flakgeschütze oder Scheinwerfer, nichts.»

Moral Bombing

Ziel des «moralischen Bombardements» (nach oben genanntem Arthur Harris) war die Demoralisierung der deutschen Zivilbevölkerung, um die Menschen gegen die eigene Regierung aufzubringen und somit den Krieg zu verkürzen. Die Demoralisierung der Bevölkerung hatte, wenn auch auf anderem Wege, laut verschiedenen Quellen bereits im Ersten Weltkrieg trotz militärischer Stärke zu lähmenden Streiks und damit letztendlich zur Kapitulation Deutschlands geführt.

1992 wurde in London ein Denkmal für «Bomber-Harris» enthüllt. Ist es nötig dem Oberbefehlshaber der britischen Luftwaffe 47 Jahre nach der «Hölle von Dresden» eine solche Ehre zu erweisen?

Foto: dadamax (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Arthur_Harris.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en

Beschlossen wurde die Zerstörung Dresdens und anderer ostdeutscher Städte auf der «Jalta Konferenz» zur Unterstützung sowjetischer Truppen an der Ostfront, durch die USA, Grossbritannien und die Sowjetunion vom 04. bis 11. Februar 1945, wo «die Erklärung über das befreite Europa» und «der Untergang Nazi-Deutschlands» festgelegt wurde.

Die Sowjetunion war zudem von einem baldigen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa überzeugt und fühlte sich Grossbritannien überlegen, weshalb eine Stärkung Frankreichs nach dem Sieg über Deutschland zunächst abgelehnt wurde, da man dadurch russische Interessen in Gefahr sah.

Die Schlüsselpunkte der Jalta Konferenz im Einzelnen:

- Die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands und die Aufteilung Deutschlands und Berlins in vier Besatzungszonen

1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte: Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

Der Autor Gerd Schultze-Rhonhof stellt in diesem Grundlagenwerk zum Zweiten Weltkrieg klar: Es war eine ganze Anzahl von Staaten, die den Zweiten Weltkrieg angezettelt haben. «Dieser Krieg», so Schultze-Rhonhof, «hatte viele Väter». Vieles der deutschen Geschichte zwischen 1919 und 1939 ist ohne Kenntnis des zeitgleichen Geschehens in anderen Ländern nicht zu verstehen, zu eng greifen oft Wirkung und Wechselwirkung ineinander. Doch es ist nicht allein die zeitgleiche Geschichte unserer Nachbarvölker, die den Kriegsbeginn beeinflusst hat, es ist auch - und das nicht unerheblich - die gemeinsame Vorgeschichte der streitenden Parteien. Der israelische Botschafter in Bonn, Asher ben Nathan, antwortete in einem Interview auf die Frage, wer 1967 den 6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: «Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.» So hat fast jede Geschichte ihre Vorgeschichte.

Dresden errichtet aus Versehen Terroristen-Denkmal

Am 07.02.2017 wurde die Kunstinstallation «Monument» auf dem Dresdner Neumarkt aufgestellt. Drei Busse wurden senkrecht vor der Dresdner Frauenkirche platziert, um den Kriegsopfern im syrischen Aleppo zu gedenken. Zahlreiche Medien hatten 2015 über ein Foto aus Aleppo berichtet und behauptet, die Busse auf dem Bild wären in der syrischen Stadt von Zivilisten aufgestellt worden, um sich gegen Scharfschützen des Staates zu schützen. Die drei Busse in Dresden sollen an dieses Foto erinnern.

Der syrisch-deutsche Künstler Manaf Halbouni, Absolvent der Dresdner Hochschule für bildende Künste und die Stadt Dresden wollten mit der Skulptur ein «Zeichen für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit» setzen. Vor kurzem tauchte allerdings ein Foto auf, das den ursprünglichen Grund für die Aktion in Frage stellt.

Auf einem Archiv-Foto der Agentur Reuters sind die drei Busse zu sehen, auf denen die Fahne der islamistischen Rebellengruppe Ahrar al-Scham gehisst ist. Die Gruppe wird als islamistisch eingestuft. Da die Ahrar-al-Sham-Brigade laut der Stiftung Wissenschaft und Politik zum islamistisch-salafistischen Teil der Bürgerkriegsparteien zählt, kamen inzwischen Zweifel auf, ob die Busse wirklich wie vom Künstler angenommen, primär als Schutz für Zivilisten oder eher als strategische Sperre der Brigade aufgestellt wurden. Halbouni distanzierte sich von der Brigade und von jeder politischen Strömung in Syrien. Der Bezug zur al-Sham-Brigade sei ihm bislang nicht bekannt gewesen.

Doch zeugt eine solche Aussage nicht von einem künstlerischen Totalversagen? Eine kurze Google-Recherche hätte wohl genügt, um das Reuters-Bild mit der Terroristen-Fahne zu finden. Wenn Halbouni, wie die Tagesschau berichtete, bereits vor zwei Jahren auf das Foto stiess, dann ist klar, dass zu diesem Zeitpunkt die Flagge der Terroristen auf den Bussen thronte. Man kann doch von einem Künstler, der sich gezielt mit dem speziellen Thema «senkrecht aufgestellte Busse in Syrien» beschäftigt, erwarten, dass er genauestens recherchiert, bevor er seine kostspielige Kunst-Aktion umsetzt? Die Kosten für die Installation «Monument» betrugen 57.000 Euro, mit 15.000 Euro finanziert von der Stadt Dresden. Die Empörung vieler Dresdner über das Mahnmal lässt sich durchaus nachvollziehen, da ihr Steuergeld für ein Kunstwerk ausgegeben wurde, das an eine von Islamisten errichtete Barrikade symbolisiert.

Am 07.02.2017 wurde die Kunstinstallation «Monument» in Dresden aufgestellt. Sie soll dort acht Wochen an die Kriegsopfer von Aleppo erinnern.

Es stellte sich heraus, dass auf dem Foto, auf das sich das Kunstwerk bezieht, die Fahne der islamistischen Rebellengruppe Ahrar al-Scham über den Bussen gehisst war. Die Presse hatte die Busse damals als Schutzmauer für Zivilisten verkauft.

Foto: Jörg Blobelt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20170213115DR_Dresden-Neumarkt_Installation_3_Busse.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Zudem zeugte es von wenig ausgeprägtem Fingerspitzengefühl der Dresdner Stadtverwaltung, ein Mahnmal für Aleppo ausgerechnet kurz vor dem 72. Jahrestag des Dresdner Jahrhundertbombardements zu errichten. Die Skulptur soll laut dem Erschaffer Halbouni die Verbindung des im 2. Weltkrieg von den Alliierten stark zerstörten Dresdens mit der aktuell stark zerstörten Stadt Aleppo herstellen. Viele Dresdner fragen sich dennoch, was Dresdens Geschichte mit der Lage in Aleppo zu tun haben soll und lehnen die Installation ab. Die Kunst-Aktion passt wie angegossen zum politischen Kurs der Bundesregierung: Es wirkt, als sollten die Deutschen aufgrund einer erzwungenen Globalisierungs-Agenda krampfhaft mit Problemen in anderen Teilen der Welt konfrontiert werden, um sie für noch mehr Hilfs- und Opferbereitschaft weichzuklopfen. Ihre eigenen Probleme, so wie auch ihre leidvolle Geschichte, werden den Deutschen hingegen als zweitrangig verkauft.

Seite 45

- Stalins Zustimmung zu einer vierten Besatzungszone unter der Kontrolle Frankreichs
- Deutschlands Entmilitarisierung und Entnazifizierung (Umerziehung)
- Reparationszahlungen und Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener zur «Wiedergutmachung»
- Der Status Polens und die Umwandlung der provisorischen kommunistischen Regierung in eine westlich-demokratische
- Eine «territoriale Entschädigung Polens»
- Die Überführung von «Einwohnern» der Sowjetunion und Jugoslawiens in ihre jeweiligen Länder, unabhängig von deren Zustimmung
- Den Beitritt der Sowjetunion samt aller 16 Sowjetrepubliken in die Vereinten Nationen (14 Republiken wurde der Beitritt verweigert)
- Stalins Zusage, innerhalb von 90 Tagen nach der Niederlage Deutschlands dem Krieg gegen Japan beizutreten. Tatsächlich erfolgte die Kriegserklärung genau 90 Tage nach der Kapitulation der Wehrmacht.
- Die Jagd auf Nazi-Kriegsverbrecher
- Ein «Ausschuss für die Zerstückelung Deutschlands», wo unter anderem auch vorgeschlagen wurde, Deutschland in sechs Nationen (Hannover, Preussen, Hessen, Sachsen, Bayern, Internationale Zone) zu unterteilen. Österreich sollte unter alliierte Verwaltung gestellt und von Deutschland abgespaltet werden.

Häuser überfüllt mit Flüchtlingen

Die in Dresden befindlichen Flüchtlinge waren zuvor vor der vorrückenden Roten Armee geflohen, die sich zu diesem Zeitpunkt nur noch 60 Meilen (~knapp 100 Kilometer) vor Dresden befand. Die Häuser waren überfüllt mit Flüchtlingen. Tausende sahen sich mangels

Platz gezwungen, auf den Strassen in der bitteren Kälte zu zelten.

Dresden war ein wichtiger Knotenpunkt mit Bahnverbindungen nach Berlin, Prag, Breslau, Warschau, Leipzig und Nürnberg. Die Bombardierung Dresdens war also kein Angriff auf das deutsche Militär, sondern ein Angriff auf die Zivilbevölkerung («um den Durchhaltewillen der Deutschen endgültig zu brechen») sowie die Infrastruktur.

Weitere deutsche Städte, in denen von Briten und Amerikanern gezielt Zivilisten bei Luftangriffen attackiert wurden, waren Kiel, Neumünster, Stralsund, Bremerhaven, Emden, Wilhelmshaven, Hamburg, Neubrandenburg, Neustrelitz, Prenzlau, Bremen, Hannover, Rheine, Osnabrück, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Bocholt, Münster, Kleve, Wesel, Dortmund, Hamm, Soest, Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf, Aachen, Düren, Bonn, Köln, Siegen, Koblenz, Trier, Bingen, Bad Kreuznach, Mainz, Worms, Kaiserslautern, Pirmasens, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart, Freiburg, Friedrichshafen, Ulm, München, Augsburg, Straubing, Heilbronn, Nürnberg, Ingolstadt, Bayreuth, Mannheim, Ludwigshafen, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Frankfurt/Main, Giessen, Schweinfurt, Würzburg, Giessen, Kassel, Nordhausen, Merseburg, Leipzig, Chemnitz, Eilenburg, Halberstadt, Magdeburg, Gelsenkirchen, Oberhausen, Witten, Duisburg, Hagen, Wuppertal, Solingen, Neuss, Remscheid, Brilon, Aschaffenburg und Swinemünde.

«German Village»

Auf die Bombardierung deutscher Städte hatte sich das amerikanische Militär bereits ab 1943 akribisch vorbereitet. In der Wüste von Utah baute der deutsche Erich Mendelsohn, nach dem heute in der Bundesrepublik Parks, Strassen und Denkmäler benannt sind, gemeinsam mit Technikern von Rockefellers Standard Oil, detailgetreu deutsche Stadtviertel nach («German Village»).

Diese wurden dann von der US-Luftwaffe zu Testzwecken bombardiert. An genauen Duplikaten von Berlins dichtbesiedelten Arbeitervierteln in Wedding und Kreuzberg wurde der «Feuersturm in der Reichshauptstadt» erfolgreich getestet und später entsprechend durchgeführt. Mendelsohn lieferte den USA detaillierte Informationen über die Dachkonstruktionen in den Wohngebieten, um die grösstmögliche Wirkung mit den Brandbomben zu erreichen.

Zudem wurde ein Experte für deutschen Holzrahmenbau von der Harvard Architecture School hinzugezogen. Um das nasskalte Wetter in Deutschland nachzustellen, wurde sogar das Regenwetter simuliert. Auch japanische Wohnviertel wurden aufgebaut und die Gebäude mit Hinoki-Holz und Strohmatten eingerichtet.

Sind nach den Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg auch Millionen Deutscher ins weit entfernte Ausland geflüchtet wie momentan Syrer, Libyer oder Iraker? Nein, sie sind geblieben und haben ihr Heimatland wieder aufgebaut! So würden es die Bewohner der Krisengebiete im Nahen Osten sicher auch machen, würde man sie nicht unter falschen Vorwänden nach Deutschland locken! Daran erkennt man, dass es sich bei der Flüchtlings-«Krise» um eine globale Strategie gegen die Interessen aller Völker handelt.

Zwischen Mai und September 1943 wurde «German Village» dreimal mit Brandbomben eingeäschert und wieder aufgebaut, um die geplanten Angriffe auf Deutschland genau durchzuspielen. Das US-Militär beteuerte später, dass man «ausschliesslich militärische Ziele» zu treffen beabsichtigte. Die Engländer äusserten später hingegen, dass man mit den Bombardements «dem deutschen Industriearbeiter sein Dach über dem Kopf nehmen wollte.»

Erfolge

Dass die europäischen Mächte der amerikanischen Führung ein Dorn im Auge waren, beweist folgende Aussage von Harry S. Truman, der am 23. Juni 1941 vor dem US-Senat sagte: «Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Auf diese Weise sterben so viele wie möglich.»

Die USA stiegen nach dem Zweiten Weltkrieg zur neuen globalen Supermacht auf. Das britische Empire lag in Scherben. Die Sowjetunion hatte nach offiziellen Zahlen die grössten menschlichen Verluste. Und der «Petrodollar» umspannte von nun an die Welt.

Deutschland wurde in vier Teile gespalten: Ostdeutschland wurde ethnisch gesäubert und an Polen übergeben; die DDR, die BRD und Österreich waren als wirtschaftliche Konkurrenten komplett ausradiert bzw. standen unter Totalkontrolle. Sie stellten für die wirtschaftliche Vorherrschaft der Westmächte von nun an keine Gefahr mehr dar.

Churchill wurde im Jahr 1953 von der britischen Königin Elizabeth II. zum Ritter geschlagen und erhielt den Orden des blauen Hosenbandes. Dabei handelt es sich um einen der exklusivsten Orden des Vereinigten Königreichs und um einen der angesehensten Europas. Bis heute werden in deutschen Städten fast täglich britische und amerikanische Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt und müssen aufwendig gesprengt oder entschärft werden.

Quelle: *Gegenfrage.com*

Quellen:

http://www.dailymail.co.uk/news/article-1078529/WW2-Dresden-bombing-killed-far-fewer-people-half-million-new-records-show.html
https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/mar/28/drone-gun-killing-bad-guys
http://community.zeit.de/user/loki45/beitrag/2009/10/25/der-luftkrieg-%C3%BCber-deutschland-moral-bombing
https://en.wikipedia.org/wiki/1945_Bombing_of_Prague
https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/feb/15/bombing-dresden-war-crime
http://www.answers.com/Q/What_decision_was_made_at_The_Yalta_Conference
https://www.uibk.ac.at/kosaken/historisches/jalta.html
https://www.theguardian.com/artanddesign/2003/may/12/architecture.artsfeatures
http://www.salem-news.com/articles/august072013/truman-murder-ds.php
http://news.feed-reader.net/111835-bombenfund.html

Frankreich und Schweden brennen – doch die Medien stellen sich blind

Die verhängnisvollen Folgen einer unkontrollierten Einwanderungspolitik zeigen sich in anderen europäischen Ländern bereits deutlicher als in Deutschland. In Frankreich und Schweden kommt es seit Mitte Februar zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in mehreren Städten. Sich zusammenrottende Migrantengruppen, junge Leute ohne Jobs und Perspektiven randalieren auf den Strassen, schmeissen Steine, zünden Autos an. Je weiter sich die Gewalt zwischen den (vorwiegend) jungen Arabern und Afrikanern auf der einen, sowie Polizei und Armee auf der anderen Seite gegenseitig hochschaukelt, umso mehr Menschen werden hineingezogen. Trotz der alarmierenden Lage ignorieren die politisch korrekten Leitmedien die Ausnahmezustände in Dutzenden französischen und schwedischen Städten fast durchweg – es herrscht ein regelrechter medialer Blackout vor.

Foto: youtube.com

Die beiden Länder verfolgen seit langer Zeit eine grosszügige Einwanderungspolitik, mit deren Offenheit Deutschland erst seit Merkels Entscheidung zur Grenzöffnung im Sommer 2015 mithalten kann. In Frankreich und Schweden stellten sich die absehbaren Folgen ein, vor denen Kritiker der zügellosen Migration vergeblich gewarnt hatten: Die Muslime erwiesen sich, genauso wie in Deutschland, nicht als die von der Politik versprochenen Fachkräfte. Die schwächelnde Wirtschaft der beiden Länder hat wenig Bedarf an neuen Arbeitern. Vielen Immigranten fällt es schwer, sich in die europäische Gesellschaft zu integrieren, weshalb sie sich in Ghettos abschotten, die für die einheimische Bevölkerung teilweise als «No-Go-Areas» gelten. Die Perspektivlosigkeit der jungen Muslime wird dann häufig von radikal-islamistischen oder gar terroristischen Gruppen ausgenutzt, die sie für ihre Zwecke rekrutieren.

Nun fragt man sich, wann solche Krawalle auch weitere Länder mit grossen Zuwanderercommunities erfassen. Denn solche Parallelgesellschaften sind soziale Pulverfässer, die jederzeit explodieren können. Egal ob Grossbritannien, Belgien, die Niederlande, Norwegen, Deutschland, Österreich oder die Schweiz – in manchen Gegenden dort braucht es nur den passenden Funken zu geben und die Lage eskaliert. Heute Paris und morgen dann Berlin? Mit der massiven Zuwanderungswelle ab 2015 hat Angela Merkels Politik die Umstände geschaffen, die es nur zu einer Frage der Zeit machen, bis auch die Strassen Deutschlands brennen. Die europäische Politik erntet jetzt die giftigen Früchte, die sie mit ihrer Migrations-Agenda gesät hat.

Quelle: *contra-magazin.com, Heute da brennt Frankreich und morgen halb Europa?, 20.02.2017*

Werden die flammenden Anti-EU-Reden des UKIP-Parlamentariers Nigel Farage in Zukunft durch die Regel 165, die es dem Parlamentspräsidenten erlaubt, Liveübertragungen zu unterbrechen, nicht mehr öffentlich zu sehen sein?

So wie die europäischen Entscheider die elementarsten rechtsstaatlichen Grundsätze bei ihrer Migrations-Politik missachten, so schamlos greifen sie nun auch in die Redefreiheit missliebiger Abgeordneter im EU-Parlament ein. In Strassburg wird die parlamentarische Demokratie inzwischen nicht mal mehr geheuchelt: Das EU-Parlament schafft in einem historischen und an dunkle Zeiten der Geschichte erinnernden Schritt das fundamentale Abgeordnetenrecht auf ungefilterte Rede ab. Die EU führt die Live-Zensur unliebsamer Redner ein.

Bei Wiederspruch Zensur: Ende der freien Rede im EU-Parlament

Die Angst vor freier Rede war im EU-Parlament schon lange vorherrschend und tiefsitzend. Bisher durfte sich der jeweilige EU-Parlamentspräsident bei der Leitung von Debatten als die Redner unterbrechender, willkürlich zensierender und belehrender Gottspieler gerieren. Martin Schulz´ Natur kam das immer sehr entgegen.

Eine neue Parlaments-Zensurregel verankert nun gesetzlich, was bisher nur illegitime Praxis im EU-Parlament war. Welt.de schreibt dazu am 27.02.2017 unter dem Artikel «Bei Hass und Beleidigungen darf der Stecker gezogen werden»:

«Sinnvolle Massnahme oder Zensur? Die neue Regel 165 des EU-Parlaments gestattet dem Präsidenten, Liveübertragungen zu unterbrechen, wenn Abgeordnete sich diffamierend äussern. In einem Jahr mit potenziell weichenstellenden Wahlen in mehreren EU-Staaten geht das Europäische Parlament gegen Rassismus und Hassreden in seinen eigenen Reihen vor. Die Abgeordneten statteten den Parlamentspräsidenten mit der Vollmacht aus, im Fall von rassistischen Reden oder Handlungen bei der Liveübertragung einer Debatte den Stecker zu ziehen – ein bislang beispielloser Schritt.

Zudem darf der Präsident beleidigendes Video- oder Audiomaterial aus dem System entfernen. Das Problem dabei: Was als beleidigend gilt, ist nicht klar umrissen. [...] Es gebe eine wachsende Zahl von Politikern, ‚die Dinge sagen, die über die Grenzen normaler parlamentarischer Diskussion und Debatte hinausgehen', sagt der britische EU-Parlamentarier Richard Corbett, der sich für die neue Regelung einsetzte. Er befürchte, dass dies gezielt als Mittel eingesetzt und das Parlament als ‚fantastische Plattform' dafür gesehen werden könnte.»

Die neue Regel 165 des Parlaments gestattet dem Präsidenten, unliebsame Meinungen zu unterdrücken und Reden wie jene des EU-Gegners Nigel Farage in Zukunft einfach zu löschen. Die Definition des EU-Parlaments für «Rassismus» und «Hassrede» wird selbstverständlich neben allgemeiner Kritik an der EU auch Kritik an ihrer «Neuansiedlungs»-Agenda (siehe S.7) umfassen.

Man beachte den geschichtlichen Kontext: Nicht einmal die Nazis konnten im Reichstag noch bis weit in das Jahr 1933 hinein kritische Reden stoppen. Sie mussten die kritischen Widerstands-Redner gegen das System ggf. erst AUSSERHALB des Parlaments verhaften oder (wie 1933 Otto Wels / SPD) zwangsausbürgern. Nicht zuletzt deshalb geniessen Abgeordnete in den rechtsstaatlichen Ländern Immunität und im Parlament ABSOLUTE Redefreiheit. Künftig nicht mehr so in der Gesinnungsdiktatur des Europäischen Parlaments.

Quelle: *mmnews.de, EU: Live-Zensur für unliebsame Redner, 28.02.2017*